



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

20
20



FUNDAMENTE

MEILENSTEINE DER
REPUBLIK

Österreich in der
Europäischen Union

25

J A H R E

FUNDAMENTE MEILENSTEINE DER REPUBLIK

25 JAHRE ÖSTERREICH IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Mit Beiträgen von

Ernst Bruckmüller, Michael Gehler, Thomas Pankratz,
Paul Schmidt, Barbara Schrank und Herbert Vytiska

Herausgegeben von der Parlamentsdirektion



**DAS BRUTTOINLANDSPRODUKT
(BIP) DER EU – DIE LEISTUNGSSTÄRKSTEN
VOLKSWIRTSCHAFTEN**

76,9
Billionen €
BIP weltweit

Das Bruttoinlandsprodukt beschreibt den Gesamtwert aller im Inland hergestellten Güter und Dienstleistungen und ist demnach ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. 2018 erweist sich Deutschland als leistungsstärkste Volkswirtschaft der EU, gefolgt vom Vereinigten Königreich, Frankreich, Italien und Spanien. Österreich erreicht EU-weit Rang zehn. Rund ein Viertel der österreichischen Wirtschaftsleistung wird in der Hauptstadt Wien erbracht.



386
Mrd. €
BIP AT

15,9
Billionen €
BIP EU28

INHALT

Europa muss die Herzen der Menschen erreichen	6
Wolfgang Sobotka, <i>Präsident des Nationalrats</i>	
Die EU ist ein einzigartiges Friedensprojekt	9
Doris Bures, <i>Zweite Präsidentin des Nationalrats</i>	
25 Jahre Beitritt Österreichs zur Europäischen Union	11
Norbert Hofer, <i>Dritter Präsident des Nationalrats</i>	

RÜCKBLICK

30 Jahre Fall der Berliner Mauer und das Ende des Kalten Kriegs in Europa	16
Michael Gehler	
Die Geschichte des Eisernen Vorhangs	20
Herbert Vytiska	
So kam es zum Fall der Berliner Mauer	40
Herbert Vytiska	
Österreichs Weg in die EU	48
Herbert Vytiska	

VORAUSSCHAU

Europa 2020 – Ein schwieriges Jahr	80
Ernst Bruckmüller	
25 Jahre Österreich in der Europäischen Union – Gekommen, um zu bleiben	84
Paul Schmidt	
Der Beitritt Österreichs zur EU – Die sicherheitspolitische Dimension	88
Thomas Pankratz	
Von „EU-Momenten“ und was sie uns lehren – Sichtweisen einer jungen Europäerin	96
Barbara Schrank	
Kurzbiografien	101

WOLFGANG SOBOTKA

Präsident des Nationalrats

Europa muss die Herzen der Menschen erreichen

Das Jahr 2020 ist in mehrfacher Hinsicht ein Jahr der Jubiläen und somit auch ein Chance zur Orientierung und zur Standortbestimmung in unserem Land: Es sind dies vor allem der Beitritt zur Europäischen Union (1. Januar 1995), die Erklärung der Unabhängigkeit der Zweiten Republik (27. April 1945) und schließlich das 100-jährige Bestehen der österreichischen Bundesverfassung (1. Oktober 1920).

Diese Jubiläen sind Meilensteine in der Entwicklung unseres Landes in den letzten einhundert Jahren. Sie sind äußere Zeichen einer wechselvollen Geschichte, die einerseits das Fundament unseres Landes betrifft, andererseits auch die wesentlichen Entwicklungsschritte, die seit dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geschaffte wurden.

Die vorliegende Publikation versucht, den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Sie soll die künstlerische Installation ergänzen, die am Wiener Heldenplatz seit Jahresbeginn zu sehen ist und die im Laufe des Jahres um die Themen 75 Jahre Zweite Republik und 100 Jahre Bundesverfassung erweitert werden wird.

Die Europäische Union, ohne Zweifel das größte Friedensprojekt in der Geschichte des europäischen Kon-

tinents, ist nicht nur eine politisch und wirtschaftlich konnotierte Gemeinschaft, sondern auch ein Lebensmodell mit den damit verbundenen Emotionen.

Man kann versuchen, die Europäische Union als Kulturraum über ihre wesentlichen Narrative zu beschreiben. Diese Zugänge erheben meist weder Anspruch auf Vollständigkeit, noch sind sie taxativ zu sehen. Vielmehr geht es um eine Annäherung über prägende Themenkomplexe wie zum Beispiel Wirtschaft, Bildung, Währung und auch Sport.

Was diese Publikation nun ausmacht, ist der gemeinsame Blick einer Reihe von Autoren auf die österreichische Mitgliedschaft in der Europäischen Union, wobei dabei ganz unterschiedliche Perspektiven eingenommen werden. Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union am 1. Januar 1995 bildete den Endpunkt einer über Jahre andauernden Annäherung, die mit Fortschritten und auch Rückschlägen verbunden war.

Europa ist kein statischer Zustand, sondern einer Vielzahl von Einflüssen unterworfen. Es steht vor Herausforderungen multikausaler Art. Zu den gegenwärtig größten Aufgaben zählt neben dem Brexit vor allem der Erweiterungsprozess um die Staaten des Westbalkans.

Das Friedensprojekt Europa ist erst dann vollständig, wenn auch der Westbalkan Teil der Europäischen Union ist. Österreich ist den Ländern der Region sowohl in wirtschaftlicher, aber auch in sicherheitspolitischer Hinsicht ein verlässlicher Partner und genießt dort seit vielen Jahrzehnten, nicht zuletzt durch die unermüdlichen Bestrebungen zur Heranführung von Außenminister a.D. Alois Mock, einen Ruf der besonderen und nachhaltigen Anerkennung.

Der Prozess der Annäherung und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den Staaten des Westbalkan sind von höchster Dringlichkeit. Hierbei geht es um geopolitische Überlegungen, vielmehr jedoch um die Annäherung eines Raums, der unzweifelhaft ein Teil der Geschichte Europas und damit auch seiner Zukunft ist. Das Wesen der Europäischen Union ist ihre Fähigkeit zur Weiterentwicklung. Sie ist kein statisches System, sondern ein Prozess, der von Generation zu Generation weiter gestaltet werden muss.

Als Präsident des Nationalrats wünsche ich mir, dass die vorliegende Publikation einen Beitrag dazu leistet, den europäischen Weg Österreichs in den vergangenen 25 Jahren nachzuzeichnen, und dass wir einen von Zuversicht geprägten Blick in die Zukunft wagen.



*Europa ist wesentlich mehr als
eine vertraglich
begründete Gemeinschaft
von Staaten oder
ein gemeinsamer Markt.
Es ist vor allem
auch ein Kulturraum, der nicht
nur in den Köpfen,
sondern auch in den Herzen
der Menschen
verankert sein muss.*

DER INDUSTRIESEKTOR DER EU – AUTOMOBILINDUSTRIE

15,9
Billionen €
BIP EU

7 %

Automobilindustrie

Im Industriesektor, dem größten Wirtschaftszweig der EU (rund 21,87 % des EU-weiten Bruttoinlandsprodukts), kommt der Automobilindustrie eine Schlüsselrolle zu. Auf sie gehen 7 % des EU-weiten Bruttoinlandsprodukts zurück und die Beschäftigungszahl von gut 14 Millionen Menschen in diesem Sektor stellt 6 % der EU-weiten Beschäftigungszahl dar. Nicht zuletzt aufgrund ihrer Vernetzung mit anderen Industriesektoren wie etwa Stahl, Chemie oder Textilien gilt die Automobilindustrie als Wachstumsmultiplikator. Einen immer wesentlicheren Stellenwert innerhalb der EU-Automobilindustrie nehmen alternativ betriebene Autos wie Elektro- und Hybridautos ein, wobei allein im Jahr 2018 ein Anstieg der Registrierungen um 30,4 % erreicht werden konnte.

127 806
Milliarden €
Export

46 081
Milliarden €
Import

14
Millionen
EuropäerInnen

6 %

der EU-weiten Beschäftigungszahl

DORIS BURES

Zweite Präsidentin des Nationalrats

Europa: Eine Erfolgsgeschichte weiterdenken

Kaum ein Ereignis in der Geschichte unseres Landes hat unsere Zukunft in dem Ausmaß verändert wie der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995. Im Jahr 2020 blicken wir auf eine 25-jährige Erfolgsgeschichte zurück, ein Jubiläum, das Österreich zu Recht begehrt und das gleichzeitig Verpflichtung ist, unseren Blick in die Zukunft zu richten.

Die EU ist ein einzigartiges Friedensprojekt. Wir schätzen die Reisefreiheit, die Dienstleistungsfreiheit und die Annehmlichkeiten einer europäischen Währung. Ergebnisse einer gemeinsamen europäischen Politik, die uns heute selbstverständlich erscheinen. Auch die Bilanz der ÖkonomenInnen könnte nicht positiver ausfallen: Die Kaufkraft und die Wirtschaftsleistung stiegen und Österreich hat wirtschaftlich stark von der EU-Osterweiterung profitiert.

Doch viele Entwicklungen der EU werden auch kritisch betrachtet: Brüssel wird von vielen als „Bürokratiemonster“ gesehen. Die Wirtschaftskrise, die weitgehend ohne tief greifende Konsequenzen geblieben ist, offenbarte die Führungskrise der europäischen Institutionen. Die Migrationsbewegungen zeigten die Lösungsunwilligkeit vieler Regierungen, solidarisch und entschlossen zu handeln. Auch die soziale Dimension kommt in den Augen vieler politischer Beobachter zu kurz. Dazu kommt in Zeiten der zunehmenden Unsicherheiten das Gefühl des Souveränitätsverlusts und der Fremdbestimmtheit von einer scheinbar entfernten und unbekannteren europäischen Macht. Ängste, die von Nationalisten in vielen europäischen Ländern populistisch verstärkt werden. Anstatt diesen Ängsten mit einer kritischen Auseinandersetzung und der Erarbeitung sinnvoller Lösungen zu begegnen, werden sie durch eine Wir-gegen-die-anderen-Politik zur Schuldfrage minimiert. Gerade rechtspopulistische und nationalistische Parteien betreiben neben einer Entsolidarisierung unserer Gesellschaft auch eine, wie der Historiker Jürgen Habermas es nennt, Phase des Abbaus an Demokratie. In Österreich waren und sind die BefürworterInnen der EU in der klaren Mehrheit, einen Austritt aus der Europäischen Union können sich hierzulande nur die wenigsten vorstellen. Doch zwischen wirtschaftspolitischer Notwendigkeit und Begeisterung für die Union liegt ein weiter Weg. Wie schnell außerdem Populismus und Nationalismus die Stimmung in der Bevölkerung drehen können und politische Entscheidungen beeinflussen, sehen wir nicht nur in Großbritannien, sondern auch in Ungarn, Polen und in vielen anderen Ländern. Uns soll suggeriert werden, es gäbe eine Alternative zu unserem demokratischen Gefüge, zur liberalen Demokratie und eben auch zur Europäischen Union

und ihrer Wertegemeinschaft basierend auf Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte.

Die Fragen, die sich stellen, sind: Wohin entwickelt sich die EU und was können wir positiv dazu beitragen? Dabei sind das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente und ihre Abgeordneten in besonderem Maße gefordert. Gerade heuer, wenn wir auf 25 Jahre Österreich in der EU zurückblicken, müssen wir unseren Blick unweigerlich nach vorne richten. Wenn wir über unsere Zukunft nachdenken, dann müssen wir uns über die Zukunft der Europäischen Union Gedanken machen. Es liegt an uns europäischen DemokratInnen, die wahre Idee hinter der Europäischen Union wieder in Erinnerung zu rufen: Nach dem Zweiten Weltkrieg beginnt mit der Montanunion die Idee der Zusammenarbeit der europäischen Staaten über Grenzen hinweg – den physischen Grenzen, den ökonomischen und kulturellen Grenzen sowie über sprachliche Barrieren hinaus. Es ist die Idee der Überwindung dessen, was uns trennt. Die europäischen Institutionen bilden den demokratischen Rahmen für diese Idee. Diese sollten für einen fairen Ausgleich zwischen großen und kleinen, wirtschaftlich starken und schwächeren Ländern sorgen. Dahinter steht die Überzeugung, gemeinsam mehr zu schaffen und allen Menschen in Europa ein gutes Leben zu ermöglichen.

Ich bin überzeugt, dass sich die Menschen für diese Idee nach wie vor begeistern. Wenn wir sie beherzigen, dann ist die Zukunft der EU eine Zukunft nicht des Abbaus der Demokratie, sondern von mehr Demokratie, nicht der Beschneidung der Rechte der Parlamente, sondern von mehr Parlamentarismus. Eine Zukunft nicht in nationaler Isolation, sondern der Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprozesses. Dazu braucht es Mut, der scheinbaren nationalstaatlichen Idylle, dem Isolationismus und Protektionismus entgegenzutreten und Fehlentwicklungen der EU zu korrigieren. Es braucht mehr Einsatz für ein Gleichgewicht zwischen ökonomischer Freizügigkeit, sozialer Absicherung und ökologischer Nachhaltigkeit. Die Europäische Union muss auch zukünftig das Bollwerk für multilaterale Zusammenarbeit, für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sein. Alles andere würde der Zukunft Europas und Österreichs keinen Dienst erweisen.

Die vorliegende Publikation bietet einen guten historischen Überblick über den Weg Österreichs in die Europäische Union. Bei allen Feierlichkeiten und historischen Rückblicken auf die letzten 25 Jahre sollten wir aber vor allem über die Zukunft reden, gerade im Jahr 2020.

**30 JAHRE ERASMUS+
EINE EUROPÄISCHE ERFOLGSGE-
SCHICHTE
(1987-2017)**

83 %

der Alumni fühlen sich mit Europa
stark verbunden

9 Millionen

Gesamtzahl der TeilnehmerInnen
1987-2017

4.400.000
als Hochschulstudierende

1.300.000
als Auszubildende

1.400.000
Jugendaustausch

1.800.000
Lehrkräfte und Jugendbetreuer

* 100.000
Erasmus-Mundus Studierende und Angestellte

** 100.000
Europäische Freiwillige

2017 feierte die einzigartige europäische Erfolgsgeschichte Erasmus+ ihr 30-jähriges Jubiläum. Das Austauschprogramm, an dem Österreich seit 1992 beteiligt ist und das seit 2014 mit anderen Bildungsprogrammen zu Erasmus+ verschmolzen ist, macht es jährlich Millionen jungen EuropäerInnen möglich, sich im Jugend-, Bildungs-, und Sportbereich innerhalb und außerhalb Europas weiterzuentwickeln, im Ausland zu studieren, Berufserfahrung zu sammeln oder Freiwilligenarbeit zu leisten. Nicht zuletzt aufgrund der kontinuierlich steigenden Fördersummen waren in diesen 30 Jahren rund 9 Millionen EuropäerInnen mobil, angefangen 1987 mit nur 3.244 Studierenden in 11 Programmländern. Dass Erasmus+ jedoch nicht nur Fähigkeiten und Kompetenzen für das zukünftige Berufsleben, sondern vor allem auch ein internationales und europäisches Gemeinschaftsdenken fördert, bestätigen 83 % der Erasmus-TeilnehmerInnen, die sich nach ihrem Auslandsaufenthalt noch mehr als EuropäerInnen fühlten.

* * *

NORBERT HOFER

Dritter Präsident des Nationalrats

25 Jahre Beitritt Österreichs zur Europäischen Union

In der österreichischen Bundeshymne heißt es in der zweiten Strophe: „Heiß umfehdet, wild umstritten, liegst dem Erdteil du inmitten“. Und es war auch ein heißer Kampf im Vorfeld der Volksabstimmung am 12. Juni 1994, dass das in der Mitte Europas liegende Land auch in der Mitte der Europäischen Union ankommt – neben der Freiheitlichen Partei waren auch die Grünen damals gegen einen EU-Beitritt Österreichs. Die damaligen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP warben für ein Ja der Österreicherinnen und Österreicher zum EU-Beitritt. Stolze 82,3 % der Stimmberechtigten machten von ihrem Recht Gebrauch und nahmen an dieser Volksabstimmung teil – am Ende des Tages setzten sich die Befürworter eines EU-Beitritts mit 66,6 % durch.

Seit dem 1. Jänner 1995 ist Österreich Teil der Europäischen Union, die sich auch in den nächsten Jahren stets vergrößerte. Nach dem Ende des Kommunismus in den Ländern Osteuropas wurden viele von ihnen Mitglieder. Dreimal (1998, 2006 und 2018) hatte Österreich den Ratsvorsitz in der Europäischen Union inne – beim dritten Vorsitz durfte ich als Infrastrukturminister diese Arbeit im Verkehrs-, Telekom- und Forschungsbereich begleiten. Die sechs Monate des zweiten Halbjahrs 2018 bedeuteten für die gesamte damalige Regierung ein Höchstmaß an Einsatz – alleine im Bereich des damaligen Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie wurden mehr als 150 Rats-Arbeitssitzungen abgehalten. Insgesamt wurde der österreichischen Bundesregierung aus Brüssel ein gutes Zeugnis für die Vorsitzführung attestiert.

Die Europäische Union brachte den Menschen in Österreich viel Veränderung. Wer rund um die Jahrtausendwende geboren wurde, hat den Schilling nicht mehr miterlebt. Am 1. Jänner 2002 wurde in Österreich der Euro eingeführt – eine unmittelbare Folge des EU-Beitritts Österreichs vor 25 Jahren. Ein Euro entspricht 13,7603 Schilling – diesen Wechselkurs haben viele von uns auch 18 Jahre nach dem Ende der österreichischen Währung noch

immer im Kopf. Mehr noch: Ich kenne gar nicht wenige, die Euro-Preise überschlagsmäßig im Kopf noch immer in Schilling zurückrechnen. Das ist vielleicht auch ein Zeichen dafür, dass in all den 25 Jahren die Europäische Union von unseren Bürgerinnen und Bürgern ambivalent betrachtet wird. Bei regelmäßig durchgeführten Umfragen rund um das Image der EU gab es von den Österreicherinnen und Österreichern sehr oft keine allzu guten Noten. Unser Land wurde in den Euro-Barometer-Umfragen oft als Land mit einer gehörigen Portion EU-Skepsis ausgewiesen.

In den Köpfen vieler Menschen ist die EU weit weg. EU-Kommission und EU-Parlament residieren in Brüssel und Straßburg, die dort getroffenen Entscheidungen und Handlungen kommen in Österreich oft nicht an. Das ist eines der Hauptprobleme der EU in der öffentlichen Wahrnehmung. Daran müssen die Europäische Union und ihre politischen Vertreter arbeiten, um die EU auch für die Zukunft attraktiv zu machen. Zwei Jahrzehnte lang war es nicht denkbar, dass ein Land dem Bündnis den Rücken kehren würde – mit dem Brexit-Referendum ist es dann passiert, dass ein Land diese EU verlässt. Das anschließende jahrelange Ringen um einen Brexit-Deal hat das Ansehen und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nicht gerade erhöht. Hier muss für die Zukunft angesetzt werden, um die EU in den Köpfen der Menschen positiver zu verankern – denn eines ist unwiderlegbar: Die Europäische Union hat unserem Kontinent Frieden gebracht. Gleichzeitig haben wir aber erlebt, dass in einem Mitgliedsland öffentlich die Fahne eines anderen Mitgliedslands verbrannt wurde oder dass gefordert wurde, dass ganz bestimmte Mitglieder aus der Union geworfen werden. Diese Entwicklung erfüllt uns mit Sorge.

Ich wünsche unserem Land weitere erfolgreiche Jahre als selbstbewusstes und selbstbestimmtes Mitgliedsland der Europäischen Union.

**HABEN SIE IN DEN LETZTEN
12 MONATEN...?
POLITISCHE PARTIZIPATION DER
JUGEND IM INTERNET
(16-26 JAHRE)**



Das politische Engagement der Jugendlichen spielt sich heutzutage maßgeblich online, das heißt über das Internet und in sozialen Netzwerken, ab. Dies umfasst gemäß der Jugendstudie „Junges Europa 2019“ etwa Klicks in sozialen Netzwerken, Onlinepetitionen, das Teilen politischer Beiträge oder die Erstellung derselben in Form eines Blogs. Formen des Engagements, die eine höhere aktive Beteiligung erfordern, nehmen dennoch tendenziell einen eher geringen Stellenwert ein. So gaben 49 % der Befragten an, bei politischen Beiträgen in sozialen Medien „Gefällt mir“ gedrückt zu haben, gefolgt von 42 %, die sich an Onlinepetitionen/Unterschriftenaktionen im Internet beteiligten. Während 31 % der Befragten politische Beiträge anderer Personen in sozialen Medien geteilt oder weitergeleitet haben, spielt das aktive Verfassen von Kommentaren zu politischen Beiträgen sowie das Posten eigener Beiträge mit 20 % bzw. 18 % eine untergeordnete Rolle. Lediglich 11 % gaben an, Politikerinnen und Politiker über das Internet kontaktiert zu haben. 32 % betrieben kein Onlineengagement.

Anlässlich des Beitritts Österreichs in die Europäische Union vor 25 Jahren am 1. Jänner 1995 erzählt das Parlament ab 1. Jänner 2020 bis Jahresende 2020 in einer künstlerischen Installation über diesen wichtigen Meilenstein in der österreichischen Zeitgeschichte. In der frei zugänglichen Ausstellung des Parlaments beim Erzherzog-Carl-Reiterdenkmal am Wiener Heldenplatz werden Schlaglichter auf die Entwicklung der Europäischen Union geworfen. Das Leitmotiv der Installation beruht auf den Farben der EU-Mitgliedsstaaten: Die Farben der Flaggen dieser Länder sind – nach ihrer Häufigkeit gewichtet – für diese Installation zu einer temporären Fahne komponiert. Die Reihenfolge des Abdrucks in dieser Publikation entspricht der Abfolge der Stelen in der Ausstellung.

Die Installation wurde von Alexander Kada grafisch gestaltet mit Inhalten von Universitätsprofessor Ernst Bruckmüller sowie der Historikerin Barbara Schwarz.

Seit Oktober 2018 nutzt das Parlament den Heldenplatz für Ausstellungen und künstlerische Installationen. Die bisher gezeigten Ausstellungen „100 Jahre Erste Republik – Tage der Entscheidung“, „100 Jahre Frauenwahlrecht“ und „30 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs“ zogen mehr als 160.000 interessierte Menschen an.

RÜCKBLICK

MICHAEL GEHLER

30 JAHRE FALL DER BERLINER MAUER UND DAS ENDE DES KALTEN KRIEGS IN EUROPA

Die hier einzuführenden beiden Texte von Herbert Vytiska bieten zwei zentrale europäische Erzählungen. Die eine handelt vom Eisernen Vorhang als dem Kennzeichen des Kalten Kriegs. Die andere Geschichte berichtet vom Ende dieses Symbols, das mit einem denkwürdigen Tag verbunden ist. Es ist die Öffnung des Grenzübergangs an der Bornholmer Straße am 9. November 1989 in Berlin, vielfach zitiert als der sogenannte Fall der Mauer, die noch einige Wochen stehen bleiben sollte, um dann aber systematisch geschleift zu werden. Dieser Tag wurde jedenfalls zum Symbol für das Ende eines Systems und dessen Ideologie.

Der Begriff des Kalten Krieges

Beginnen wir mit dem Begriff des Kalten Kriegs zur Einführung der Thematik: Er umfasst allgemein Rivalitäten und Konfrontationen zwischen Staaten oder Staatengruppen, die durch wirtschaftliche Beziehungen, politische oder militärische Bündnisse untereinander verbunden sind. Im engeren Sinne handelt es sich um den unterschiedlich intensiv ausgetragenen Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sowie die Beziehungen der von ihnen geschaffenen „Blöcke“. Heute wissen wir, dass diese weit weniger homogen als angenommen und von Fragmentierungen und Rissen geprägt waren. Der Kalte Krieg äußerte sich insbesondere durch Auf- und Wetrüsten, Propaganda, Druck durch Diplomatie und Politik, Kriegsdrohungen, Wirtschaftsembargos und Militärinterventionen in Regionalkonflikten. Erinnert sei an die Kriege in Indochina (1946–1954), Korea (1950–1953) oder Vietnam (1959–1975), ideologische Infiltration, Geheimdienstaktivitäten und Unter-

stützung von Putschversuchen und Staatsstreichern im gegnerischen Lager. Die zeitlichen Anfänge des Kalten Kriegs werden unterschiedlich angesetzt, z. T. schon mit dem Zerwürfnis der zerfallenden Anti-Hitler-Koalition während des Zweiten Weltkrieges. Die Interessenkonflikte entstanden ausgehend vom US-Atomwaffenmonopol (1945–1949), der kommunistischen Gleichschaltung in Mittel- und Osteuropa (1946–1948) und der Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) 1947 in Nachfolge der im Krieg durch Stalin aufgelösten Kommunistischen Internationale (Komintern) 1943 sowie der Festigung der sowjetischen Machtstellung im Mittelmeerraum und in Asien. Demgegenüber standen das amerikanische European Recovery Program (ERP) des Marshallplans und die Politik der Eindämmung (containment) des Kommunismus, verknüpft mit wirtschaftlichen und militärischen Hilfsangeboten an westeuropäische Staaten und Kommunistenverfolgungen in den USA (McCarthyismus) selbst. Kristallisationspunkte des Kalten Kriegs waren die Berlinblockade (1948/49) und die Berlin- und Kubakrise (1958–1961 bzw. 1962). Die zeitliche Dauer des Kalten Kriegs wird bis zum Zerfall der UdSSR und ihres Satellitensystems 1989–1991 angesetzt, wobei dieser durch die Abrüstungsverhandlungen mit den USA 1986/87 schon früher festzulegen ist. Der Kalte Krieg war auch begleitet von Phasen der semi-détente (1953–1955) und der Entspannungspolitik der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975–1989. Er hinterließ prägende Spuren: In Ost- und Mitteleuropa verschärfte sich der Stalinismus trotz kurzfristiger Abschwächungen im Zuge des Tauwetters nach Stalins Tod am 5. März 1953 und der Entstalinisierung nach Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1956. In westlichen Staaten gab es antikommunistische Gesinnungszwänge und

Repressionen, die sich in Regierungsausschlüssen und Berufs- sowie Parteiverboten äußerten. Neben enormen Ressourcenvergeudungen und Staatsausgaben auf dem Rüstungssektor trug der Kalte Krieg maßgeblich zur Vertiefung der politisch-ökonomischen Spaltung Europas bei. Außerhalb des Kontinents führte er im Zuge der Entkolonialisierung zur Angst vor der Ausbreitung des Kommunismus (Dominotheorie) und zur Stärkung korrupter, undemokratischer Militärregime, z. B. in Lateinamerika. Der Kalte Krieg basierte vielfach auf wechselseitigen Fehlwahrnehmungen, Überschätzungen gegnerischer Potenziale und Ängsten vor dem Risiko eines direkten militärischen Zusammenstoßes sowie dem Vernichtungspotenzial nuklearer Waffen. Das Gleichgewicht des Schreckens trug allerdings auch zur weitgehenden Vermeidung eines heißen Kriegs bei, der den Europäern allerdings nicht nur im Zeichen der Kubakrise, sondern auch noch Anfang der 1980er-Jahre drohte.

Das Jahr 1989, seine Ursachen und die Folgen

Nun zur zweiten von Herbert Vytiska sehr lebhaft vortragenen Erzählung: Das Jahr 1989 und die folgenden Jahre standen im mittleren und südlichen Osten Europas im Zeichen dramatischer politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Umwälzungen. Die kommunistischen Herrschaftssysteme gaben alle ihre Macht ab und lösten sich in atemberaubender Rasanz nacheinander auf. Nicht zuletzt deshalb wird das Jahr 1989 von Vytiska in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung begriffen. Der 9. November steht seines Erachtens daher auch für eine Zeitenwende. Zahlreich waren seine Ursachen: die ökonomische Dauerkrise des bürokratischen Staatssozialismus, die Folgen der Entspannungspolitik durch die KSZE-Schlussakte von Helsinki (1. August 1975), das Anwachsen von Zivilgesellschaften und die Entstehung von Schattenwirtschaften in den Bruderstaaten, ein erster polnischer Papst (1978), Karol Wojtyła (Johannes Paul II.), als antikommunistischer Akteur im Kalten Krieg, die Überdehnung des sowjetischen Machtbereichs in Afghanistan (1979), die NATO-Nachrüstung (1982), die Reaktionsschwäche des Ostens auf die Entwicklung der Kommunikationstechnologie im Westen, die Niederlage gegen das Erfolgsmodell der Europäischen Gemeinschaften und die Wettbewerbsunfähigkeit des kommunistischen Ostens im weltwirtschaftlichen Kontext. Hinzu kamen die schleichende ideologische Erosion sowie die Selbsterneuerungsunfähigkeit der kommunistischen Einparteiensysteme. Im Herkunftsland des Papsts gründete sich 1980 mit der Gewerkschaft Solidarność

die erste organisierte Massenopposition. Im Jahr darauf galt Kriegsrecht. Die Streikbewegung wurde untersagt. Lech Wałęsa erhielt den Friedensnobelpreis, den er infolge eines Ausreiseverbots nicht persönlich entgegennehmen konnte. 1988 wurden landesweite Streiks eingestellt, nachdem Solidarność wieder zugelassen worden war. 1989 gab es Gespräche zwischen neuer Regierung, Kirche und Opposition am Runden Tisch, an dem die Kommunisten Polens die Macht abgeben mussten. Der katholische Oppositionspolitiker Tadeusz Mazowiecki wurde erster frei gewählter nicht kommunistischer Regierungschef, die führende Rolle der Arbeiterpartei wurde aus der Verfassung gestrichen und die Staatsbezeichnung Republik eingeführt. In Ungarn kam die Transformation auch durch Pakte zwischen Regierung und Opposition zustande. Der Übergang zum Verfassungsstaat verlief so geräuschlos, dass er einer stillen Revolution glich. Am 27. Juni 1989 folgte die symbolische Durchschneidung des Eisernen Vorhangs durch die Außenminister Gyula Horn (Ungarn) und Alois Mock (Österreich). Das Bild ging um die Welt und wurde zur Ikone des ausklingenden Kalten Kriegs. Das beförderte eine Flüchtlingswelle von in Ungarn urlaubenden Ostdeutschen. Die Urlaubsrevolution ging Hand in Hand mit einer Feierabendrevolution in der DDR. Die Deutschen folgten den Polen und Ungarn. Die gewaltfreien Demonstrationen waren von westlichen Fernsehberichten getragen, deren Sender als Produzenten und Multiplikatoren der Informationen agierten. Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der ostdeutschen Staatsgründung waren von massenhaften Protestaktionen begleitet. SED-Chef Erich Honecker trat in der Folge zurück. Der 9. November war dann Anfang vom Ende des SED-Staats. In Prag trugen studentische Demonstrationen zu Massenprotesten bei, die zu einem Generalstreik und schließlich zum Einlenken der Regierung führten. Die samtene Revolution bewirkte die rasche Umgestaltung des politischen Systems. In Rumänien wurde Ceaușescu nach Massendemonstrationen von einer parteiinternen Gegenelite im Zuge eines Putsches gestürzt und mit seiner Frau Elena verhaftet; beide wurden von einem Militärgericht verurteilt und hingerichtet. Es blieb eine unvollendete Revolution mit ungeklärten Hintergründen. In Jugoslawien brach der Bürgerkrieg aus, der zu „ethnischen Säuberungen“ ungeahnten Ausmaßes führte. Dem Ende der Sowjetunion 1991 folgte die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Ohne den seit 1985 amtierenden KPdSU-Generalsekretär Michail S. Gorbatschow und seine Reformen wären die Umstürze in Mittel- und Osteuropa nicht möglich gewesen. Verursacher des Wandels, konnte er diesen weder steuern, noch dessen Resultate verhindern: die deutsche

Einigung im Rahmen des atlantischen Bündnisses, das Ende der UdSSR und die NATO-Mitgliedschaft der vormaligen „Bruderstaaten“, gleichwohl ihr EU-Beitritt noch 15 Jahre auf sich warten ließ.

Die Ereignisse in Deutschland um den 9. November, auf die Herbert Vytiska ebenfalls gekonnt eingeht, standen von der zeitlichen Abfolge gesehen in der Mitte: Die Deutschen machten bei den Umstürzbewegungen nicht den Anfang, sondern folgten erst Polen und Ungarn, was für die Akzeptanz des späteren deutschen Einigungsprozesses nicht unerheblich war. Der 9. November mit der unbeabsichtigten Selbstaflösung des Einparteienstaats (Hermann Hertle) entwickelte dann jedoch die entscheidende Schubkraft für die Umwälzungen in der Tschechoslowakei und in Rumänien im Dezember 1989.

Für das Geschehen um den 9. November spielte eine Reihe von Faktoren eine Rolle: erstens die sich immer deutlicher abzeichnende Niederlage der UdSSR in Afghanistan und der militärische Rückzug Anfang 1989; zweitens die Entlassung der alten Politikergarde im Kreml unter Leonid Breschnew und dessen Nachfolgern; drittens ein schleichender ideologischer Erosionsprozess, der zum Glaubwürdigkeitsverlust führte; viertens das Entstehen zweiter oder sogenannter Schattenwirtschaften in den verbündeten sozialistischen Bruderstaaten; fünftens die verstärkte Integration Mittel- und Osteuropas in das westlich-kapitalistische Wirtschaftssystem mit Zunahme des Handels und der Auslandsschulden; sechstens die gescheiterten Versuche, noch Mitte der 1980er-Jahre die von der dritten industriellen Revolution ausgehenden Innovationen der Mikroelektronik nachzuvollziehen, und siebtens das Anwachsen einer civil society als zweite Gesellschaft. All das führte zu einem Problemstau, der sich in den politischen Umstürzen 1989 äußerte. Achtens hatte die blutige Unterdrückung der Demokratiebewegung in Peking am 4. Juni 1989 gezeigt, wie eine kommunistische Führung auf Opposition und die Gefahr einer Spaltung des sozialistischen Lagers reagierte. In Mitteleuropa blieb eine „chinesische Lösung“ aus, weil die Sowjettruppen in den Kasernen blieben, aber auch weil sich Opposition und Machthaber in diesen Ländern – anders verliefen die Umstürze in Rumänien, Bulgarien und Albanien (von Jugoslawien ganz zu schweigen!) – über die Notwendigkeit eines friedlichen Übergangs im Wesentlichen einig waren. Diese Vorgänge markierten auch Unterschiede der politischen Kulturen und ihres Umgangs mit Konflikten zwischen (östlichem) Mitteleuropa und dem (südöstlichen) Balkanraum. Neuntens waren die kommunistischen Diktaturen von „Selbsterneuerungsunfähigkeit“ (Ludger Kühnhardt) gekennzeichnet: Mit permanenten Systemdefiziten waren mittelfristig Systemkrisen und langfristig Systemzerfall verbunden.

Fünf Fakten für die deutsche Einigung

Die schwierigste Frage, die sich nach dieser Benennung von Multifaktoren für den Historiker stellt, ist die ihrer Analyse und Gewichtung. Hier wird man nach akzidentuellen, punktuellen, situativen, strukturellen und temporären Faktoren Überlegungen anstellen, aber auch die Eigendynamik als eigenen Faktor sowie die Kombination und die Multiplikation der Faktoren heranziehen müssen. Von diesen verschiedensten Befunden sind meines Erachtens fünf Faktoren für den 9. November und die deutsche Einigung besonders entscheidend gewesen, wobei sich über die Auswahl trefflich streiten ließe:

1. Die Dauerkrise und Erosion des Staatssozialismus wirkten langfristig. Die These lautet hierbei: Die Sowjetunion hatte den Wettbewerb mit dem westlichen Kapitalismus spätestens seit den 1970er-Jahren verloren.

2. Der imperial overstretch war für das Sowjetreich mit der Überdehnung des eigenen Machtbereichs in Afghanistan gegeben. Die These in diesem Zusammenhang lautet, dass sich ohne das Desaster der Intervention am Hindukusch und ohne Gorbatschow die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Eingreifens in der DDR 1989 erhöht hätte. In Litauen ließ Gorbatschow bekanntlich noch im Januar 1991 Truppen militärisch intervenieren.

3. Der Frust mit den Systemmängeln und die Unfähigkeit des SED-Regimes, auf den Reformbedarf zu reagieren, führten zu einem massiven Glaubwürdigkeitsverlust aufgrund von Kommunikations- und Legitimationsdefiziten. Hinzu kamen die Attraktivität des D-Mark-Westens und der wirtschaftliche Konsum. Die These lautet hier, dass die DDR-Bürgerinnen und -Bürger die rasche Einheit erzwangen und die Politik in Ost- wie Westdeutschland 1989/90 vor sich hertrieben.

4. Der Faktor Vereinigte Staaten von Amerika zur Unterstützung der deutschen Vereinigungspolitik war ganz wesentlich, jedenfalls mitentscheidend. Die These lautet: Ohne die Unterstützung der US-amerikanischen Politik unter Präsident George H. W. Bush und Außenminister James Baker wäre der westeuropäische Widerstand gegen die deutsche Einheit, der von November 1989 noch bis zum März 1990 (der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR am 18. März, die ein Plebiszit für die Einheit darstellte) angehalten hatte, nicht so rasch zu brechen gewesen.

5. Letztlich entscheidend war Helmut Kohl als Akteur und Entscheidungsträger. Die These lautet hier: Ohne Kohl – bzw. anders gewendet: mit Oskar Lafontaine als SPD-Kanzler – hätte es keine so rasche deutsche Einheit gegeben.

Zwischenfazit: Der Erfolg der Freiheitsrevolution der Ostdeutschen und die deutsche Einheit sind dem Zusammenwirken verschiedenster innersowjetischer sozialistischer Systemdefizite, dem Glaubwürdigkeits- und Loyalitätsverlust des SED-Regimes, den daraufhin einsetzenden Massendemonstrationen sowie der Unterstützung der USA und nicht zuletzt der Entschlusskraft und Willensstärke Helmut Kohls zu verdanken.

Folgen und Wirkungen der mittel-osteuropäischen Umbrüche

Die Folgen und Wirkungen der mittel-osteuropäischen Umbrüche fallen im Historikerurteil gemischt und zwiespältig aus: Die revolutionären Ereignisse bewirkten insgesamt eine Kettenreaktion. Die Gewerkschaftsbewegung in Polen und die Liberalisierungspolitik in Ungarn fungierten als Vorläufer. Rumänien eilte der Entwicklung gewaltsam nach. DDR und ČSSR erlebten demokratische Revolutionen mit nationaler Dimension: Einigung mit der Bundesrepublik und Sezession. Auf der einen Seite gab es substanzielle Hilfe, auf der anderen fehlte ein helfender großer Bruder. Die Freiheitserringung bedeutete nicht automatisch Demokratisierung und Rechtsstaatsgarantie: Das Dilemma zwischen rascher institutioneller Reform im staatlichen Bereich und zäher Demokratisierung des politischen Lebens tat sich auf. Wie Polen befreite sich Ungarn selbst, ohne dass durch die Machtverschiebungen politische Stabilität erzielt wurde. Die Revolutionen fraßen ihre Kinder: Solidarność zerbrach in Einzelparteien, das Bürgerforum zerfiel noch vor der Trennung der Slowaken von den Tschechen und das Neue Forum der DDR verkam zur Marginalie. In der Beseitigung alter, nicht aber in der Herstellung neuer Machtverhältnisse bestand ihre Leistung. Verbindlich war das Ende der russischen Hegemonie über Mittel- und Osteuropa. Insofern wurde das Jahrhundert des Kommunismus abgewählt. Der Kalte Krieg ging zu Ende, doch der Friede brach nicht aus: Anstelle des alten Sozialismus trat ein neuer Nationalismus, der scheinbar vom Sowjetuniversalismus überwunden worden war. Nach Ausbleiben rascher Freiheitserfolge mündete vieles in die nicht einfach einlösbare Gleichheitsforderung. Diese doppelte Enttäuschung führte in den postkommunistischen Gesellschaften zu neuer politischer Gleichgültigkeit und Agonie sowie zur Wiederentdeckung der Nische des Privaten, nationaler Rückbesinnung und sozialistischer Nostalgie. Die in der Fritzeuse erfolgte Demokratisierung der kommunistischen Gesellschaften reichte nicht aus, um die im real existierenden Sozialismus bestehenden Gewohnheiten zu überwinden, die Legitimation neuer Institutionen zu gewährleisten und das konstitutionelle Gleichgewicht

zu halten. Daraus erwachsen Stabilisierungs-, Konsolidierungs- und Identitätskrisen. Vor einer Mythologisierung und Überhöhung des Jahres 1989 und des 9. November ist daher abzuraten: Dem Systemwechsel folgte nicht zwangsläufig ein Elitenwechsel. Die Umorganisation der Ökonomien von einer Kommandowirtschaft zum Kapitalismus legte mentale Probleme offen. 1989 bedeutete zwar die Wiederentdeckung Mitteleuropas, seine Rückkehr nach Europa und den Beginn einer gesamteuropäischen Neufindung. Westeuropa legte jedoch mit EG-Kommissionspräsident Jacques Delors die Priorität zunächst klar auf die Vertiefung des Integrationsprozesses (Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion) vor der Osterweiterung. Der dagegen erteilte doppelte Ratschlag zur Einführung der Demokratie und zum Aufbau der Marktwirtschaft für die Mittel- und Osteuropäer war alles andere als leicht realisierbar. Die politische Transformation war von ökonomischem Niedergang begleitet. Dem wundervollen 1989 folgten miserable Jahre. Demokratie und Marktwirtschaft liefen selbst Gefahr, zur realitätsfernen Empfehlung zu gerinnen, das definitive Ende der Machbarkeitsideologie zu signalisieren. 1989 bedeutet daher auch die Entzauberung der demokratischen Fortschrittsidee. Die Grenzen des Parteien- und Sozialstaats wurden deutlicher denn je.

Nach der Durchschneidung des Eisernen Vorhangs, der Öffnung des Ostens und der Überwindung der Mauer in Berlin sowie dem Ende der seit 1989 bereits in Auflösung befindlichen Sowjetunion eröffneten sich neue friedens- und integrationspolitische Möglichkeiten. Die Charta von Paris für ein neues Europa stand für die Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung in Europa nach der Einigung Deutschlands und der Einstellung der Ost-West-Konfrontation. Sie wurde am 21. November 1990 in Paris als Schlussdokument der KSZE-Sondergipfelkonferenz von 32 europäischen Ländern sowie den USA und Kanada unterschrieben. Die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten erklärten die Spaltung Europas für beendet, verpflichteten sich zur Demokratie als einziger Regierungsform und sicherten ihren Völkern die Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu. Das Ende des Kalten Kriegs und der Teilung Europas waren damit offiziell dokumentiert.

Fazit: Herbert Vytiska hat als langjähriger sachkundiger Beobachter das Geschehen des Kalten Kriegs mit dem dazugehörigen Eisernen Vorhang sowie die historischen Ereignisse vor und nach dem 9. November 1989 hautnah miterlebt, mit zahlreichen Zeitzeugeneinschätzungen ergänzt und damit sehr nachdrücklich in Erinnerung gerufen. Der Text bietet eine sehr authentische und persönliche Darstellung der Erfahrungen und Erlebnisse des Autors, die lesenswert sind. Ich wünsche der Publikation viele Interessenten und damit den entsprechenden Erfolg!

HERBERT VYTISKA

DIE GESCHICHTE DES EISERNEN VORHANGS

Nicht nur Europa, auch Österreich war geteilt

Bis vor 30 Jahren nannte man das Gebiet entlang der Grenze von Österreich zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) und zur Volksrepublik Ungarn noch tote Grenze. Der Grund war damals, dass der sogenannte Eisernen Vorhang das Gebiet zum Nachbarland hermetisch abriegelt hatte. Ein Stacheldraht, ein breit gepflügter Streifen mit vergrabenen Tretminen, Wachtürme, von denen der Grenzverlauf eingesehen werden konnte und von dem aus auf Menschen, die diese Grenze zu überwinden versuchten, geschossen wurde – all das markierte die Trennung von zwei Ideologien: dem westlichen System parlamentarischer Demokratien von jenem der östlichen kommunistischen Volksdemokratien.

Die Teilung Europas geht auf die Konferenz von Jalta zurück, die noch während des Zweiten Weltkriegs, von 4. bis 11. Februar 1945, stattfand. Für Josef Stalin, Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill ging es um die Aufteilung Deutschlands und die Machtverteilung in Europa. Ziel Stalins war es, vor allem den Machtanspruch der Sowjetunion auf die ost- und südosteuropäischen Länder zu fixieren, was auch so gelang. Damit aber wurde auch – was Churchill alsbald als Fehler eingestand – ein Graben zwischen West und Ost gezogen, der die Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ganz entscheidend prägte und Europa in zwei Welten teilte.

Österreich wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt: Die sowjetische im Osten war von den amerikanisch, britisch und französisch verwalteten Zonen durch die Demarkationslinie getrennt. Diese verlief vom oberösterreichischen Mühlviertel entlang der niederösterrei-

chisch-steirischen Grenze bis zum südlichen Burgenland. Für das Passieren war eine sogenannte Identitätskarte (I-Karte) nötig, ausgestellt von den vier Besatzungsmächten. Während die westlichen Besatzungsmächte schon alsbald Lockerungen erließen, hoben die Sowjets erst im Juni 1954 diese Kontrollen auf.

Diese Demarkationslinie ist mit vielen, meist unbekannteren Schicksalen von Menschen verbunden, die aus dem Zug, aus dem Auto herausgeholt, verhaftet und in die Sowjetunion deportiert wurden. Eines dieser Schicksale schrieb Geschichte. Es betraf eine Beamtin des Ministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung in Wien, Margarethe Ottillinger. Sie wurde am 5. November 1948 an der Ennsbrücke aus dem Auto geholt, verhaftet, verhört, als Spionin verdächtigt, nach Russland gebracht und landete in sowjetischen Kerkern. Erst 1955 kam sie wieder frei und kehrte zurück nach Österreich. Sie machte schließlich eine beachtliche Karriere und wurde Generaldirektorin der OMV.

Der östlichste Vorposten der freien Welt

Österreich war, wie es Außenminister Leopold Figl bei seinem Besuch 1952 in Großbritannien und den USA wörtlich formulierte, als er für den Abschluss eines Staatsvertrags und für die demokratische Reife des neuen Österreich warb, der „*östlichste Vorposten der freien Welt*“.

Die Basis dafür hatten die Wählerinnen und Wähler bei den ersten freien Wahlen gelegt, indem sie 49,8 Prozent der Stimmen der ÖVP, 44,6 Prozent der SPÖ und nur

5,4 Prozent der KPÖ gaben. Zwar musste noch eine Konzentrationsregierung aller drei Parteien gebildet werden, die KPÖ verließ diese allerdings bereits nach zwei Jahren. Entscheidend war aber der Zusammenhalt der beiden großen politischen Lager. Nach dem Gegeneinander in der Zwischenkriegszeit fanden sich viele ihrer politischen Repräsentanten in den KZs wieder – und schworen sich dort auf ein Miteinander nach Kriegsende ein. So kam es zur Gründung der Sozialpartnerschaft, in der Arbeitnehmer und Unternehmer gemeinsam vertreten sind und an einem Tisch sitzen.

Als erstmals von einem Iron Curtain die Rede war

Die Geschichte des Eisernen Vorhangs begann bereits mit dem Oktoberputsch. Am 7. November 1917 ergriffen die kommunistischen Bolschewiki die Macht in Russland. Schon damals taucht erstmals der politische Begriff des Eisernen Vorhangs auf. So nutzte die britische sozialistische Politikerin Ethel Snowden den Begriff Iron Curtain 1920 in einem allerdings positiven Reisebericht über das „bolschewistische Russland“.

Was sich in der Zeit bis zu Beginn des Zweiten Weltkriegs in der Sowjetunion abspielt, dringt kaum an die Öffentlichkeit. Im Westen wird dem Terrorregime in der Sowjetunion keine Aufmerksamkeit geschenkt. Man erfährt auch wenig über die Säuberungsaktionen quer durch das Land von 1918 bis 1922, die absichtlich herbeigeführte Hungersnot 1932/1933 in der Ukraine, die über sechs Millionen Menschen das Leben kostete, oder die Deportation und zum Teil Liquidierung ganzer Volksgruppen (wie etwa der Donkosaken und Kulaken).

Mit dem 1973 erscheinenden „Archipel Gulag“, einem aufrüttelnden literarischen Werk des russischen Schriftstellers Alexander Solschenizyn, wird die Dramatik des Lebens hinter dem Eisernen Vorhang, wenn man zu den Regimegegnern und Klassenfeinden zählt, offenkundig.

„Die Zellen messen anderthalb zu zwei Meter. [...] In den Steinboden sind zwei runde Schemel eingeschweißt, wie Baumstümpfe, und wenn der Aufseher in der Wand das Vorhängeschloss aufsperrt, dann kippt für die sieben Nachtstunden [...] aus der Wand ein Brett heraus und eine winzige Strohmatten, für ein Kind gerade recht. Am Tag sind die Schemel frei, aber darauf sitzen darf man nicht. [...] Die Lüftungsklappe im Fenster ist immer zu, am Morgen nur wird sie für zehn Minuten aufgesperrt. [...] Zum Spaziergang wird

man nie geführt, zum Austreten nur um sechs Uhr früh [...] am Abend nie. Auf jeden Block zu sieben Zellen kommen zwei Aufseher, deswegen blickt dich das Guckloch in einem fort an [...]. Darin liegt die Absicht [...]: dir keinen Schlaf zu lassen und keinen fürs Eigenleben gestohlenen Augenblick; dich stets im Auge zu behalten und stets im Griff.“

Es dauert bis zum Ende der 1990er-Jahre, ehe mit der Aufarbeitung begonnen werden kann. Das 1997 vom französischen Historiker Stéphane Courtois herausgegebene „Schwarzbuch des Kommunismus“ liefert die erste weltweite Gesamtbilanz von 80 Jahren Kommunismus, die insbesondere das Terrorregime von Josef Stalin schwerster Menschenrechtsverletzungen anklagt:

„Hinrichtung mit verschiedenen Mitteln (Erschießen, Erhängen, Ertränken, Prügeln; in bestimmten Fällen Kampfgas, Gift, Verkehrsunfall), Vernichtung durch Hunger (Hungersnöte, die absichtlich hervorgerufen und/oder nicht gelindert wurden), Deportation (wobei der Tod auf Fußmärschen oder im Viehwaggon eintreten konnte oder auch am Wohnort und/oder bei Zwangsarbeit durch Erschöpfung, Krankheit, Hunger, Kälte).“

Die Brutalität des Vorgehens wird zum System gemacht:

„Jede Region, jeder Bezirk mußte einen bestimmten Prozentsatz von Personen verhaften, deportieren oder erschießen, die ‚feindlichen‘ Gesellschaftsschichten angehörten. Diese Prozentsätze wurden zentral von der Parteileitung festgelegt.“

Im Kampf gegen die nationalsozialistische Herrschaft von Adolf Hitler, die sich über Europa breitmacht, kommt es während des Zweiten Weltkriegs ab 1941 zu einer Allianz zwischen den Truppen der Westmächte und der sowjetischen Armee. Der Krieg ist noch nicht einmal zu Ende, da werden die Partner allerdings schon wieder zu Gegnern. So schreibt am 12. Mai 1945, wenige Tage nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, der britische Premier Winston Churchill in einem Telegramm an US-Präsident Truman:

„An iron curtain is drawn down upon their front. We do not know what is going on behind.“

Am 5. März 1946 lässt Churchill bei seiner Rede in Fulton, USA, bereits den herannahenden Kalten Krieg durchklingen:

„Von Stettin an der Ostsee bis Triest an der Adria hat sich ein Eiserner Vorhang auf Europa herabgesenkt. Dahinter liegen all die Hauptstädte der alten Staaten

Mittel- und Osteuropas. Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia. Diese berühmten Städte und die Bevölkerung ringsum liegen alle im sowjetischen Wirkungskreis“.

Und tatsächlich, Jugoslawien ist bereits seit 1944 unter kommunistischem Einfluss. Der Umbau der mittel- und osteuropäischen Staaten zu Volksdemokratien ist in vollem Gang. Im Sommer 1948 werden in Ungarn und der Tschechoslowakei die demokratischen Parteien verboten, sogenannte Volksdemokratien werden geschaffen. Österreich bleibt dieses Schicksal erspart.

Westeuropa beginnt, sich neu zu erfinden

Nach zwei verheerenden Weltkriegen und jahrhundertelangen kriegerischen Auseinandersetzungen um Macht und Einfluss von Herrscherhäusern und Völkern setzt im Westen Europas ein Umdenkprozess ein.

Am 19. September hält Churchill übrigens noch eine Rede, und zwar in Zürich, in der er sich mit der Zukunft Europas beschäftigt. Es ist eine Rede, die einen Eindruck von der damaligen Dramatik vermittelt, aber auch bereits jene Perspektive aufzeigt, die in den folgenden Jahrzehnten bestimmend werden soll:

„Augenblicklich leben wir in seltsamer und bedenklicher Weise unter dem Schild, und ich will sogar sagen Schutz, der Atombombe. [...] Aber es ist wohl möglich, dass dieses ungeheuerliche Zerstörungsmittel in ein paar Jahren weitverbreitet sein wird, und die Katastrophe, die seinem Gebrauch durch verschiedene kriegsführende Nationen folgen würde, bedeutete nicht nur das Ende all dessen, was wir Zivilisation nennen, sondern könnte wahrscheinlich sogar den Erdball selbst zerstören.“ Daher plädiert er dafür, *„die Vereinten Nationen aufzubauen und zu festigen. Unter- und innerhalb dieser weltumfassenden Konzeption müssen wir die europäische Völkerfamilie in einer regionalen Organisation neu zusammenfassen, die man vielleicht die Vereinigten Staaten von Europa nennen könnte. Der erste praktische Schritt wird die Bildung eines Europarates sein. [...] Bei all diesen dringenden Aufgaben müssen Frankreich und Deutschland zusammen die Führung übernehmen“* – allerdings ohne Großbritannien: *Dieses sowie „das britische Commonwealth, das mächtige Amerika [...] sollen die Freunde und Förderer des neuen Europa sein“.*

Eine entscheidende Weichenstellung kommt dabei einer Initiative von US-Außenminister George C. Marshall zu. Er lässt ab Mai 1947 für das von den Kriegsschäden so schwer getroffene Europa eine Wirtschaftshilfe in der Höhe von 12,4 Milliarden Dollar entwickeln, was schließlich im April 1948 zur Gründung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) führt. Ein wichtiger Schritt auch in Richtung eines Zusammenwachsens der Europäer, der mit der Gründung des Europarats im Mai 1949 seine Fortsetzung findet. In Anspruch genommen wird dieses wirtschaftliche Belebensprogramm aber nur von den westeuropäischen Staaten, so auch von Österreich. Die Sowjetunion untersagt ihren Satellitenstaaten eine Teilnahme. Damit beginnt auch die wirtschaftliche Entkoppelung von West- und Osteuropa.

Der Kalte Krieg dauert über 40 Jahre

Fast nahtlos gleitet die Welt von einer in die nächste Konfrontation. Es ist das Zeitalter des Kalten Kriegs, das mit den Ereignissen des Jahres 1989 endgültig Geschichte ist. Geht es nach dem heutigen Forschungsstand, so endet der Kalte Krieg schon zwei Jahre früher.

Es kommt zwar zu keiner direkten Auseinandersetzung der Weltmächte USA und Sowjetunion, aber zu Stellvertreterkriegen und krisenhaften Konfrontationen.

Die sogenannte Truman-Doktrin, verkündet am 12. März 1947 von US-Präsident Harry S. Truman, wird als ein Markstein für den Kalten Krieg bezeichnet. Damit verpflichteten sich die USA angesichts der Expansionsbestrebungen der Sowjetunion, *„freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen“.* Für den Militärhistoriker Erwin A. Schmidl greift diese Feststellung zu kurz:

„Mehrere Daten werden für den Beginn des Kalten Krieges genannt: die kommunistischen Machtübernahmen in Ungarn und der Tschechoslowakei 1948 oder die Berliner Blockade und die Luftbrücke 1948/49, die Bürgerkriege in Griechenland und China 1946–49, die Bildung der beiden deutschen Staaten 1949 oder der Koreakrieg 1950–53.

Für jeden dieser Zeitpunkte lassen sich plausible Argumente finden – insgesamt illustrieren sie das langsame Hinübergleiten der Alliierten von der Kriegscoalition gegen das Deutsche Reich und Japan in eine neue Konstellation, in die Rivalität zwischen den beiden Blö-

cken, die sich im ersten Jahrzehnt nach 1945 bilden. Beide Seiten befürchten einen Übergriff der jeweils anderen Seite – und beide Seiten trachten, ihre jeweiligen Einflusszonen zu konsolidieren. Dabei geht es nicht zuletzt um einen ideologischen Wettbewerb: Beide Seiten halten ihr Modell einer Gesellschaftsordnung für besser und gerechter. Sowohl das marxistische bzw. kommunistische Modell (in seiner von Lenin und Stalin geprägten Variante der Diktatur der Partei) wie das westliche Modell einer freien Marktwirtschaft gehen davon aus, das bessere und letztlich auch siegreiche zu sein.“

Es kommt zu einer Aufrüstung, politisch (Krieg der Worte), militärisch (NATO versus Warschauer Pakt) und wirtschaftlich. Ausgehend von der Marshallplanhilfe, mit der die USA ab 1948 12,4 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen, gelingt Westeuropa der große Wirtschaftsaufschwung. 1957 wird die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet, die sich zu einem Erfolgsmodell für wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickelt. Der 1949 von Moskau gegründete Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der COMECON (Council on mutual economic assistance), hat keine Chance, mitzuhalten. Während militärisch in etwa Parität zwischen Osten und Westen herrscht, wird wirtschaftlich und industriell Ost- von Westeuropa abgehängt.

Die Demarkationslinie war in den Köpfen der Sowjets

Wenngleich die innerösterreichische Demarkationslinie keine scharfe Grenze war, so hatte sie für die Machthaber im Kreml bis zuletzt eine wichtige strategische Bedeutung, und das trotz des neutralen Status der Alpenrepublik, bestand doch die Möglichkeit, dass man den östlichen Teil Österreichs besetzt und so gewissermaßen einen Lückenschluss bis hin zur Grenze Jugoslawiens vollzieht. Dessen Staatschef Josip Broz Tito führte zwar ein straffes kommunistisches Regime, hatte sich aber sehr zum Missfallen des Kreml 1948 vom Diktat der sowjetischen Führung losgesagt. Eine solche Besetzung hätte zwar zu Protesten der USA und der Westmächte geführt, mit einem echten Einschreiten wäre aber nicht wirklich gerechnet worden. Das Interesse Washingtons galt damals nur der Nord-Süd-Route, um eine Verbindung zwischen den NATO-Truppen in Deutschland und Italien sicherzustellen.

Wie ernsthaft man es jenseits der österreichischen Grenze nahm, die Macht über Mittel- und Osteuropa hi-

naus auszudehnen, erfuhr Österreichs Verteidigungsminister Werner Fasslabend bei Gesprächen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs:

„Interessant waren die Gespräche mit führenden Politikern und Funktionären der Tschechoslowakei, etwa mit Ján Čarnogurský. Als wir zum ersten Mal darüber diskutierten, eine Brücke über die March zu schlagen um die Verkehrsverbindungen zwischen Österreich und der Slowakei zu verbessern, sagte Čarnogurský ganz offen: Das ist mit Sicherheit kein Problem, denn wenn es nur darum geht, dass eine Brücke gebaut wird, so liegen in der Slowakei Brückenteile für alle Flüsse in Österreich. Die Tschechoslowakei, insbesondere der slowakische Bereich, hatte vor allem eine Pionieraufgabe im Rahmen des gesamten Warschauer-Pakt-Systems, nämlich für die Voraussetzungen für die Überquerungen von Donau, aber auch von March, Enns usw. zu sorgen, um einen raschen Vorstoß der Warschauer-Pakt-Kräfte, die im Wesentlichen aus der heutigen Ukraine, dem südlichen Teil des Sowjetterritoriums, gekommen wären, in den süddeutschen Raum hinein zu gewährleisten. Das war von der Planung her relativ klar. Es war auch so, dass man im Warschauer Pakt nicht nur für alle deutschen, sondern auch für die westeuropäischen Großstädte bereits Namensschilder für die wichtigsten Straßenzüge parat hatte, um dort einfach die logistischen Voraussetzungen zu schaffen, dass man sich entsprechend rasch orientieren konnte. Diese Ausrichtung auf einen raschen terrestrischen Vorstoß bis an den Atlantik, die Inbesitznahme des Territoriums und zu warten, wie die Amerikaner reagieren, war das strategische Konzept Moskaus.“ (1)

Langsam senkt sich der Eisernen Vorhang

Kaum war der Zweite Weltkrieg vorüber, begann auch schon der sogenannte Kalte Krieg, ausgelöst durch die sowjetische Führung, die nach der totalen Besitznahme Osteuropas, von der Ostsee bis an die Adria, auch einen politischen Zugriff auf Griechenland, die Türkei und den Iran versuchte. US-Präsident Harry S. Truman stellte sich dieser Herausforderung. Am 12. März 1947 gab er vor dem US-Kongress die bereits vorhin im Text erwähnte Erklärung ab (Truman-Doktrin), wonach es ein außenpolitischer Grundsatz der Vereinigten Staaten von Amerika sei, „freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äuße-

ren Druck widersetzen“. Es ist dies die Kampfansage an die Expansionsbestrebungen des Kommunismus. Washington übernimmt die Rolle eines Weltpolizisten zum Schutz und zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie.

Österreich bekommt die Aufteilung Europas in zwei Machthälften voll zu spüren. Die Grenze zwischen West- und Osteuropa wird mit Kriegsende schrittweise dicht gemacht.

Das erfährt ein Kriegsheimkehrer, der als Zollbeamter zum Dienst an der österreichisch-ungarischen Grenze bei Rattersdorf-Liebing eingeteilt wird. In seinem Tagebuch findet sich dazu diese Aufzeichnung:

„Ein guter Platz. Während in Wien Lebensmittel rationiert sind oder nur im Schleich zu überhöhten Preisen erworben werden können, lässt es sich hier schon besser leben. Der Kontakt mit den ungarischen Grenzern ist sehr freundlich. Wir können nach drüben zu den Bauern hamstern gehen. Eines Tages bittet man uns zu einem Dienstgespräch nach Kőszeg. Dort teilt man uns mit, dass man schon bald wieder mit dem Grenzverkehr beginnen möchte. Allerdings ist man in Budapest noch dagegen. Die Russen würden Druck machen, die Grenze geschlossen zu halten. In den nächsten Wochen merkt man, dass Änderungen passieren. Einige Beamte werden abgezogen und durch neue ersetzt, die kaum mit uns sprechen. Der Kontakt mit den Kollegen von drüben beginnt einzufrieren. Aus Wien erfahren wir, dass der österreichische Posten aufgelassen wird.“

Von 66 Grenzübergängen zu Österreich sind am 10. Juni 1949 nur noch 13 passierbar. Viele Straßenverbindungen sind blockiert und Eisenbahnstrecken unterbrochen.

1948 – in allen osteuropäischen Hauptstädten haben die Kommunisten die alleinige Macht übernommen – beginnen die spätere DDR, die Tschechoslowakei und Ungarn mit dem Aufbau einer Grenzsicherung, die das Passieren der Grenze unmöglich macht. Panzer und Bagger fahren auf, Häuser in unmittelbarer Grenznähe werden niedergerissen. Eine Schneise von Nord nach Süd wird in Europa geschlagen.

Dieter Szorger, Referent in der burgenländischen Landesregierung, beschreibt den Aufbau des Eisernen Vorhangs:

„Zuerst wurden Wachtürme, danach zwei Reihen Stacheldrahtzäune errichtet, die auf 1,5 Meter hohen Holzpfählen fixiert waren. Anschließend wurde mit dem Verlegen von Minen begonnen. Der Minengürtel war ca. 4 Meter breit und bestand aus hölzernen Tret- und Kontaktminen. Dem Minengürtel folgten zuerst ein weiterer Stacheldrahtzaun, dann ein Spurstreifen, der täglich auf Fußspuren untersucht wurde. An die-

se Sperrlinien schloss eine Grenzzone, die nur mäßig bewachsen sein durfte, damit die Grenzwatchen freie Sicht auf Flüchtende hatten. Die Gemeinden des als Grenzgebiet bezeichneten Hinterlandes, das bis zu 20 Kilometer ins Landesinnere reichte, unterlagen der besonderen Kontrolle der Staatssicherheitsorgane. Militär- und Grenzwatcheeinheiten waren in den Dörfern des Grenzgebietes stationiert.“ (2)

Aufbegehren in der DDR gegen das Diktat Moskaus

Die Trennung von West und Ost markiert der Eiserne Vorhang. Er ist in der Praxis länger als von Churchill erwähnt, reicht er doch von der Barentssee im Norden Norwegens bis hinunter in den Süden an das Schwarze Meer. Petra Mayrhofer vom Demokratiezentrum Wien beschreibt dessen Ausgestaltung:

„Der Eiserne Vorhang als hochgerüstete Grenzsperre wurde ab Ende der 1940er-Jahre an den Grenzen Ungarns zu Österreich, der damaligen Tschechoslowakei zur damaligen BRD und zu Österreich, Bulgariens zu Griechenland und zur Türkei und an der damaligen innerdeutschen Grenze der DDR errichtet. In Skandinavien war die Grenze zwischen der damaligen Sowjetunion und Norwegen beziehungsweise Finnland zwar geschlossen und streng bewacht, es gab aber keine Grenzanlagen wie in Mittel- und Südosteuropa.“

Etwas anders war die Situation betreffend Jugoslawien. Dort gab es zu Österreich zwar eine scharf bewachte, aber nicht mit Stacheldrahtverhau gesicherte Grenze. Dafür aber gab es – bedingt durch das Ausscheren aus dem Diktat Moskaus – Grenzbefestigungen zu Albanien, Bulgarien und Rumänien.

Das Diktat Moskaus, die Unterdrückung der Bevölkerung und eine katastrophale wirtschaftliche Versorgungslage schufen alsbald den Nährboden für Aufstände, so auch am 17. Juni 1953. Joachim Rudolph (Jahrgang 1938) erlebt diesen als Schüler in Berlin. Bereits am Vortag hatte man über den Westberliner Radiosender RIAS erfahren, dass Bauarbeiter auf der Stalinallee spontan die Arbeit niedergelegt hatten. Weil man ihnen aber kein Gehör schenkte, beschlossen sie, für den 17. Juni einen Generalstreik auszurufen:

„Ich hatte mich mit einem Freund verabredet. Bereits unterwegs sahen wir, dass sich ein großer Demons-

trationszug in Richtung Innenstadt bewegte. Vorbei ging es an einer Schuhfabrik. Die Frauen sollen runterkommen!, wurde gerufen. Aber sie konnten nicht, denn die Betriebsleitung hatte die Tore zugeschlossen. Daraufhin brachen die Arbeiter die Türen auf. Viele Frauen haben sich gleich mit der Arbeitskleidung dem Demonstrationszug angeschlossen. Es herrschte richtig Euphorie. Parolen wurden gerufen: Freie Wahlen! Der Spitzbart muss weg! – Gemeint war damit Walter Ulbricht.

Dann kamen wir an einem großen Parteigebäude am Rosenthaler Platz vorbei – ein sehr bewegender Augenblick. Der Demonstrationszug blieb zunächst mal stehen. Vor den zahlreichen Glastüren waren Stahlgitter runtergelassen. Ein Mann, der im Krieg ein Bein verloren hatte und auf Krücken ging, war enorm aufgeregt. Er nahm immer wieder eine Krücke und stach durch das Rollgitter hindurch. Jede der Glastüren ging in die Brüche.

Wir kamen schließlich auf den Marx-Engels-Platz. Der ganze Platz war voller Menschen. Es ging nicht weiter. Irgendwann war ein ganz leises, dumpfes Dröhnen zu hören. Plötzlich riefen die Leute: Die Russen, die Panzer kommen! Und schon kam der erste Panzer aus der Rathausstraße um die Ecke gebogen. Er fuhr einfach in die Menschenmenge hinein. Die Menschen versuchten, so schnell wie möglich auseinanderzufliehen. Wir hatten eine fürchterliche Angst und sind so schnell wie möglich nach Hause gerannt.“ (2)

Als Ungarn von der Neutralität träumte

Eineinhalb Jahre nach dem Abschluss des Staatsvertrags hat Österreich bereits die erste internationale Bewährungsprobe zu bestehen. Es beginnt zunächst mit einer Art Tauwetter. Nach dem Tod Stalins rechnet der neue Kremlchef Nikita Chruschtschow auf einem Parteitag mit den Verbrechen seines Vorgängers ab. In den Satellitenstaaten sieht man die Chance gekommen, Reformen einzuleiten. In Ungarn wird der verhasste Altstalinist Rákosi zum Rücktritt gezwungen. Unter den Bauern und Arbeitern, vor allem aber unter den Intellektuellen wächst die Unzufriedenheit mit dem Regime weiter. In einem Artikel des MDR heißt es:

„Die Universitäten entwickeln sich in dieser Zeit zunehmend zu Zentren des kritischen Diskurses und des Protests. [...] Der Demonstration der Budapester

Studenten am 23. Oktober 1956 schließen sich tausende Hauptstädter an. Als der Zug das staatliche Rundfunkgebäude passiert, wird er aus dem Komplex heraus beschossen. [...] Am Abend versammeln sich 200.000 Menschen vor dem Parlament. Sie fordern Meinungs- und Pressefreiheit, freie Wahlen und die Unabhängigkeit von der Sowjetunion.“ Imre Nagy wird zum Ministerpräsidenten berufen. In den folgenden Tagen überschlagen sich die Ereignisse: „Am 30. Oktober verkündet Ungarns Ministerpräsident das Ende der Einparteienherrschaft. [...] Am 1. November proklamiert Nagy sogar die Neutralität Ungarns und kündigt die Mitgliedschaft seines Landes im Warschauer Vertrag auf.“

Man glaubt in Budapest, mit Österreich im Westen und dem blockfreien Jugoslawien im Süden eine Art Friedenszone mitten in Europa bilden zu können – eine Fehleinschätzung, wie der erste demokratisch gewählte Außenminister der Regierung Antall, Géza Jeszenszky, resümiert:

„Ende Oktober/Anfang November gab es so eine freudige, eine Aufbruchsstimmung. Egal wen man angeht, alle waren glücklich und haben Freude ausgestrahlt. In den Zeitungen konnte man aber auch lesen, dass einige Gefahren lauern. Zu diesem Zeitpunkt war aber noch die Hoffnung vorhanden, dass in Ungarn eine freiere Gesellschaft möglich ist. Ich habe mich mit diesem Thema, ob die USA und überhaupt der Westen damals Fehler begangen hätten, später als Historiker beschäftigt. Ich bin jedenfalls der Meinung, dass mit einer besseren diplomatischen Tätigkeit seitens Ungarns eventuell hätte vermieden werden können, dass die Sowjetunion erneut eingreift.

Im Nachhinein stellte sich freilich heraus, dass es damals in den Vereinigten Staaten Persönlichkeiten wie Dwight D. Eisenhower gab, die sich mit der Idee hätten anfreunden können, dass hier in der Mitte, im Herzen von Europa eine große neutrale Zone geschaffen wird, sogar mit Deutschland, der Tschechoslowakei und Polen. Aus strategischen Gründen konnten der Westen und die Vereinigten Staaten diese Lösung nicht unterstützen. Man muss auch bedenken, dass diese Revolution 1956, nur ein Jahr nach der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages, geschah. Die Sowjetunion hätte nie akzeptiert, dass Ungarn neutral wird.“ (1)

Die Sowjets lassen die Panzer rollen, walzen die Revolution nieder. Die NATO vermeidet eine direkte Konfrontation. Ausschlaggebend dafür ist Washington, das kein Interesse hat, die Nachkriegsordnung in Europa zu verändern. Als die Sowjettruppen einmarschieren, ergreifen 180.000 Ungarn die Flucht. Österreich ist zu diesem Zeit-

**28 %
Hoffnung**

**27 %
Vertrauen**

**GEFÜHLE IM ZUSAMMENHANG
MIT DER EU**

Ein zentrales Merkmal der EU stellt das europäische Gemeinschaftsgefühl dar, – das Gefühl einer gemeinsamen Identität. Jüngste Befragungen zu den Wohlfühlwerten innerhalb der EU ergaben, dass mehr als die Hälfte aller EU-Bürger positive Assoziationen mit der EU verbindet, wobei 28 % Hoffnung und 27 % Vertrauen empfinden. Lediglich 33 % der Befragten hegen Zweifel, 5 % verspüren Angst und 4 % hegen keinerlei Assoziation. Bei den Geschlechtern lassen sich kaum Unterschiede feststellen. Männer (57 %) sind gegenüber Frauen (54 %) leicht positiver gegenüber der EU gestimmt. Während besonders die jüngere Alterskohorte (15–24 Jahre) zur EU tendenziell mehr Vertrauen hat (31 %), verbinden Befragte über 55 Jahre eher Hoffnung mit ihr. Bemerkenswert ist, dass die Wohnsituation die Gefühle in Bezug auf die EU stark beeinflusst. Wie die Befragung ergab, erweckt die EU bei Großstadtbewohnern tendenziell mehr Vertrauen und Hoffnung als bei Bewohnern ländlicher Gebiete, wo Angst (6 %) und Zweifel (37 %) als Gefühlsregungen dominieren.

**5 %
Angst**

**4 %
Nichts**

**3 %
Weiß nicht**

**33 %
Zweifel**

DIE GEMEINSAME AGRARPOLITIK (GAP) DER EU ALS SÄULE DER EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFT

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) stellt das Steuerungs- und Finanzierungsinstrument für die europäische Landwirtschaft dar und gilt als einer der ältesten und wesentlichsten Politikbereiche der EU. Mit einem Gesamtbudget von 58,537 Milliarden € im Jahre 2018 sind rund 39 % des EU-Budgets (gemäß EU-Finanzrahmen 2014–2020) für die Agrarpolitik vorgesehen. Ihr wesentliches Ziel besteht heute darin, die EU-LandwirtInnen auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig zu halten und die Bewahrung der hohen Standards zu fördern. Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik beruht auf zwei Säulen, wobei die erste (Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft) primär Direktzahlungen an LandwirtInnen und Agrarunternehmen (je Hektar) leistet sowie Marktordnungen für bestimmte Agrarerzeugnisse umfasst. Die zweite Säule (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) leistet etwa Zahlungen an LandwirtInnen, Kommunen, Verbände, Bürgerinitiativen und Unternehmen. 2018 wurden 71 % des Agrarbudgets aufgewandt, um LandwirtInnen und Agrarunternehmen in Form von Direktzahlungen zu unterstützen, 5 % wurden wiederum in die Marktordnungen für bestimmte Agrarerzeugnisse investiert. Fast ein Viertel des Budgets (24 %) wurde für die Entwicklung des ländlichen Raums aufgewendet.

39 %
des EU-Gesamtbudgets

= 58,5
Milliarden €

71 %
Direktzahlungen an Landwirte und
Agrarunternehmen

5 % Marktordnungen

24 %
Entwicklung des ländlichen Raumes

punkt ein freies, aber noch armes Land und erhält keine Hilfe aus dem Westen. Die Bevölkerung hilft spontan, die sogenannte B-Gendarmerie (noch gibt es kein eigenes Bundesheer) hilft den Flüchtlingen beim Überqueren der Grenze. Die Alpenrepublik ist erstes Asylland. Die österreichischen Behörden agieren völlig unbürokratisch. Viele ungarische Flüchtlinge finden in Österreich ein neues Zuhause, so auch die Familie Vécsei, die in Sopron lebt. Der älteste Sohn, Vilmos, erlebt mit, wie man zur Flucht aufbricht:

„Meine Mutter weckt uns um halb 6 in der Früh auf. Sie hat Radio gehört und sagt: ‚Die Russen kommen, jetzt gehen wir nach Österreich.‘ Wir gehen los, mit Tante, Onkel, vier Kinder. Innerhalb einer Strecke von maximal einem Kilometer waren wir bereits ein Zug von 50 Leuten. Wir sind in die Felder hineinmarschiert. Es war furchtbar schwer, zu gehen, weil der Boden lehmig war, dazu kam der viele Schnee. Jeder Schritt bedeutete eine Kraftanstrengung.

Vom Ende unserer Gasse konnte man den Kirchturm von Schattendorf sehen. Wir sind also immer in diese Richtung gegangen, haben geheult, aber auch hin und wieder gelacht, um den Mut nicht zu verlieren. Als wir bereits in Richtung Grenze kommen, stehen plötzlich zwei Wachsoldaten vor uns und fragen, was wir wollen. Meine Mutter hatte Angst, trotzdem sagte sie forsch: ‚Wir wollen nach Österreich, Ungarn ist verloren.‘ – ‚Ihr könnt doch Ungarn nicht verlassen!‘ – ‚Wir gehen aber.‘ – ‚Ihr könnt nicht gehen, wir haben Schießbefehl.‘

Darauf meine Mutter: ‚Wo ist euer Kommandant?‘ Wie aus dem Nichts heraus taucht auf einem weißen Pferd der Major auf: ‚Was wollt ihr? Wir schießen! Ich bin dafür verantwortlich, dass kein Mensch Ungarn verlässt und kein Mensch von Österreich hereinkommt!‘ Die Situation spitzt sich zu und die beiden Soldaten nehmen wirklich ihre Waffen, richten sie auf die Gruppe der Flüchtenden. Der Major zu den Soldaten: ‚Ich sage euch, ihr habt Schießbefehl! Schießt!‘ Da löst sich meine Mutter aus dieser Menge heraus, geht auf die beiden zu, drückt deren Waffen hinunter und sagt: ‚Ihr werdet doch nicht auf Ungarn schießen?‘

Wir sind dann alle schrittweise durchgegangen. Der Major saß auf dem Pferd und hat seinen Kopf abgewendet. Wenige Meter später haben wir die rot-weiß-roten Fähnchen gesehen, die hingesteckt worden sind, um die österreichische Grenze zu markieren. Auf der anderen Seite standen Menschen, ein paar Soldaten, und sie alle haben gewunken: ‚Hier kommt her!‘ Wir sind auf sie zugelaufen, sie haben heißen Tee gereicht. Wir waren in Freiheit.“

Dem Tauwetter folgt der Bau der Berliner Mauer

In Ungarn beginnt mit der Niederschlagung des Aufstands zunächst eine Zeit der Säuberungen. Mehr als 300 Funktionäre und Politiker, die an der Revolution beteiligt waren, werden hingerichtet. Indessen zeichnet sich in Moskau ein Kurswechsel ab. Nach dem Tod Stalins im März 1953 wird Nikita Chruschtschow neuer starker Mann an der Spitze der KPdSU. Auf einem Parteitag im Jahr 1956 rechnet er in einer Geheimrede mit den Verbrechen Stalins ab. Es ist der Beginn eines Umdenkens im Kreml, das ein Tauwetter einleitet. Einen Höhepunkt dieses Tauwetters bildet das Treffen mit US-Präsident John F. Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien. Die Welt hofft auf ein Ende des Kalten Kriegs.

Unabhängig und unbeeindruckt davon verfolgen Walther Ulbricht und seine rechte Hand, Erich Honecker, einen Geheimplan. Während an der innerdeutschen, fast 1400 Kilometer langen Grenze der Eisernen Vorhang die Flucht vom Osten in den Westen zu einem lebensbedrohlichen, ja tödlichen Unterfangen macht, besteht in Berlin noch ein offener Grenzverkehr. Dies hat zur Folge, dass seit 1949 an die 2.6 Millionen Menschen die Möglichkeit nutzten, der DDR den Rücken zu kehren und in die BRD zu flüchten – ein schwerer Aderlass für die DDR-Wirtschaft. Dazu kommt, dass die Offenheit zwischen West- und Ostberlin auch dazu führt, dass die westliche Pop-Kultur Einfluss auf die ostdeutsche Jugend ausübt, den die Staatsführung unbedingt unterbinden will. In Absprache mit Chruschtschow wird daher der Bau einer 168 Kilometer langen Mauer vorbereitet. – überfallsartig. Selbst das Politbüro der SED und alle Minister erfahren davon erst am Abend des 12. August.

Bereits in den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 wird mit dem Bau der Mauer begonnen und Berlin so zu einer geteilten und abgeriegelten Stadt. Entlang dieser Mauer, die in den nächsten Jahren zu einer schwer befestigten Anlage mit Wachttürmen, Sprengminen und einem so genannten Todesstreifen ausgebaut wird, herrscht Schießbefehl. Mit der Berliner Mauer erfährt die Trennung Europas durch den Eisernen Vorhang eine besondere Symbolkraft.

Die Abkehr vom Stalinismus wird in zwei Satellitenstaaten aufgegriffen. So lockert ab 1963 das KP-Regime in Ungarn seine Zügel. Es beginnt eine Periode, die in die Geschichtsbücher als sogenannter Gulaschkommunismus eingeht. Nach mehreren Jahren äußerster Härte entschließt sich die Regierung, vor allem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Die Bevölkerung soll so ruhiggestellt werden, nach dem Motto: „Wer

nicht gegen uns ist, ist mit uns.“ Jeszenszky findet noch einen anderen zutreffenden Vergleich: „Der Hund war immer noch an der Leine, er durfte aber bellen.“ (1)

Prager Frühling: Eine Diktatur ist nicht reformierbar

Gegen Ende der 1960er Jahre gibt es auch in der Tschechoslowakei Bestrebungen, die Fesseln zu lockern. Das Jahr 1968 hat eine Vorgeschichte, wie Václav Klaus, Ministerpräsident der Tschechischen Republik innerhalb der CSFR ab 1992, erläutert, der zu dieser Zeit am Volkswirtschaftlichen Institut der Akademie der Wissenschaften studierte:

„Die Ereignisse des Jahres 1968 sind nicht vom Himmel gefallen. Alles begann bereits am Anfang dieses Jahrzehnts mit den ökonomischen Schwierigkeiten, der damaligen Wirtschaftskrise, die für uns alle – für die normalen Menschen, aber auch für die kommunistischen Eliten – eine totale Überraschung war. In der zentral geplanten Wirtschaft durfte per Definition keine Krise entstehen. Das stand in allen Lehrbüchern. Diese Krise hat schon in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre eine relativ seriöse Debatte über die notwendigen grundsätzlichen Veränderungen unseres ineffizienten Wirtschaftssystems hervorgerufen. Die Reform wurde in der Mitte der Sechzigerjahre formuliert und bereits am 1. Januar 1966 eingeführt.“

Ihre Umsetzung scheiterte vorerst an der von Antonín Novotný neostalinistisch geführten Kommunistischen Partei. Für Juraj Alner, einen führenden slowakischen Schriftsteller und Dissidenten, reicht diese Argumentation nicht:

„Für die Beurteilung, die zum sogenannten Prager Frühling führte, muss man noch andere Entwicklungen in Betracht ziehen. Man hat nicht nur geglaubt, dass nach Stalins Tod und in der Ära Chruschtschow Wirtschaftsreformen machbar sind, sondern es hat sich auch die Kulturfront zu Wort gemeldet. Das war z. B. die Kafka-Konferenz, die sich mit der modernen Kunst und der Wirkung des damals noch weitgehend verbotenen Prager Schriftstellers Franz Kafka beschäftigte. Die dritte Linie war der innenparteiliche Druck, der in der Forderung gipfelte: Novotný muss weg! Im Sommer 1967 begann der Streit in der Partei: Kann man Novotný ausschalten? Wer soll an seinen Posten? Man hat hauptsächlich in den Reihen der Technokraten gesucht, erst kurz nach Neujahr 1968 hat man sich

auf die Person von Alexander Dubček geeinigt. Resümee: Zu 1968 führten drei Linien: die wirtschaftliche, die intellektuelle und die innenparteiliche. Dazu ist letztlich auch die Beziehung Tschechen–Slowaken zu Wort gekommen. Alle diese Faktoren zusammen haben zu der Idee der Demokratisierung geführt.“

Am 5. April 1968 (daher der Name Prager Frühling) wird von der Regierung das neue Aktionsprogramm vorgestellt, das insbesondere auf Wirtschaftsreformen, Meinungs- und Informationsfreiheit und eine Neuausrichtung der Rolle der Kommunistischen Partei in der Gesellschaft abzielt. Dubčeks Absicht ist es, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu prägen. Und er vertraut, wie sein Sohn Pavel heute erzählt, dabei unter anderem auch auf die Freundschaft zu Leonid Breschnew, der nach Chruschtschow in Moskau die Macht übernommen hat – für Alner eine Rechnung, die nicht aufgehen konnte:

„Walter Ulbricht hat sich in Moskau mit aller Kraft gegen den Reformkurs in Prag engagiert. Er wusste: Wirtschaftsreform geht ohne Investitionen von der Bundesrepublik nicht. Das wäre das Ende der DDR. So sind mehrere Ultimaten seitens des Kreml, von Berlin, aber auch von Warschau gekommen – und (nicht überraschend) auch die Panzer. Diese Entwicklung hat gezeigt, dass eine Diktatur nicht reformierbar ist.“

Am 21. August marschieren Truppen des Warschauer Pakts in Prag ein und verhaften die Führung von Partei und Regierung. Sie müssen eine Kapitulationserklärung unterschreiben und alle Reformprojekte werden zurückgenommen. Der Prager Frühling ist zu Ende. Dubček und seine politischen Weggefährten kommen mit dem Leben davon, weil ein Aufstand in der Tschechoslowakei ausbleibt.

Als das Hören westlicher Sender gefährlich war

Die Zensur der Medien stand im Mittelpunkt der Desinformationspolitik in den Volksdemokratien; freilich war in den Grenzregionen zu Westeuropa eine Durchbrechung nicht zu verhindern. So gehörte der Sender RIAS, dessen Sendestation sich im Herzen der Stadt befand, zur ersten Informationsquelle der Ostberliner. Trotz technischer Störversuche konnte nicht verhindert werden, dass Nachrichten so in den Osten gelangten und jenem Bild widersprachen, das die Propagandasender, die unter totaler Regimekontrolle standen, vermittelten. Das be-

traf schließlich auch die Fernsehsender ARD und ZDF, die authentisches Geschehen aus der Welt in Bild und Wort ausstrahlten. Aufgrund der Topografie konnten diese aber nicht im Raum Dresden empfangen werden, was zur Bezeichnung „Tal der Ahnungslosen“ führte.

In den Grenzgebieten zur Tschechoslowakei und zu Ungarn spielte der Österreichische Rundfunk eine zentrale Rolle, so auch während des Prager Frühlings. Der neue, unabhängige ORF nahm die Gelegenheit wahr, um mit Radioreportagen und offenen TV-Diskussionen die Zuseher und Zuhörer dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs Zeugen eines ideologischen Umbruchs werden zu lassen. Im August sorgte er für besondere Authentizität bei der Berichterstattung über die sich überstürzenden politischen Ereignisse – legendär die Berichte von Hugo Portisch, die Stadtgespräche von Helmut Zilk. Generalintendant Gerd Bacher veranlasste sogar, die Sendestärke in Richtung Osten zu erhöhen, um so möglichst weit hinter den Eisernen Vorhang senden zu können, was zu einer Intervention seitens der russischen Seite bei der Regierung in Wien führte.

Darüber hinaus hatte vor allem der in München ansässige Sender Radio Freies Europa in den osteuropäischen Ländern ein aufmerksames Publikum. Der 1950 von einem US-Komitee gegründete Sender strahlte nämlich ein mehrsprachiges Programm aus. Dessen Empfang war allerdings mit einem gewissen Risiko verbunden. Vilmos Vécsei schildert einen solchen Fall:

„Zu Hause habe ich von meinen Eltern immer wieder gehört, was ich in der Schule, in der Öffentlichkeit nicht sagen darf, nämlich zum Beispiel, dass sie Radio Free Europe gehört haben. Das war zwar stark gestört, aber man erfuhr, dass das ganze Regime eine Scheiße ist. Nur durfte man das niemals irgendjemandem verraten. Einer meiner Mitschüler ist am Morgen aufgestanden und hat erklärt: ‚Ich möchte jetzt wirklich vor allen sagen, dass meine Eltern Radio Freies Europa gehört haben.‘ Und die sind dann tatsächlich schwer verhört worden.“

Die Kirche als wesentlicher Teil des Widerstands

Kardinal König sorgte sich um die bedrängte Kirche im Osten. Am 4. November 1964 kam es in Wien auf Initiative von Kardinal König zur Gründung der Pro-Oriente-Stiftung. Im Vordergrund stand die Überwindung der Spaltung zwischen der römisch-katholischen Kirche sowie den orthodoxen und orientalisch-orthodoxen Kirchen.

König ging es aber um mehr. Er bemühte sich vor allem um den Kontakt zur Kirche hinter dem Eisernen Vorhang und galt als einer der wichtigsten Protagonisten der Ostpolitik.

Priester, Ordensschwestern und Gläubige gehörten zu den ersten Opfern der kommunistischen Machthaber. 1948 wird der Fürstprimas von Ungarn, Kardinal József Mindszenty, verhaftet und in einem Schauprozess verurteilt, 1950 wird der tschechische Erzbischof Josef Beran interniert. In die Internierung muss 1953 auch der polnische Kardinal Stefan Wyszyński. Die Kirche lässt sich aber nicht bezwingen und wird zu einem wichtigen Teil des Widerstands.

Das zeigt sich am Beispiel von Kardinal Mindszenty. Mitten im Volksaufstand wird er aus dem Gefängnis befreit und in einem Triumphzug nach Budapest gebracht. Als die Rote Armee den Aufstand niederwirft, flieht er in die US-Botschaft, wo er Asyl erhält. Kardinal König hält im Auftrag des Vatikans Kontakt zu ihm und setzt sich massiv für seine Freilassung ein. Im Oktober 1971 lässt er sich überreden, ins Exil nach Wien zu gehen – eine Art politischer Deal, wie Géza Jeszenszky schildert:

„Die ungarische Regierung hätte es gerne gesehen, dass Mindszenty ganz aus Ungarn verschwindet. Er war aber nicht zum Verzicht bereit und auch nicht bereit, das Land zu verlassen. Als Paul VI. Papst wurde, europaweit eine Zeit der Lockerung zu sehen war, wurde ihm nahegelegt, das Land zu verlassen, würde doch dann, so der Papst, die kommunistische Regierung ein etwas freieres Agieren der katholischen Kirche erlauben. Kardinal König übernahm eine sehr bedeutsame Vermittlerrolle in diesem Fall. Ich persönlich habe Mindszenty sehr dafür respektiert, dass er nicht bereit war, aus persönlichem Interesse einen Kompromiss mit den Kommunisten zu schließen.“ (1)

Nach seinem Tod am 6. Mai 1975 wird er in der Basilika von Mariazell beigesetzt, um schließlich 1991, nach dem Abzug der russischen Truppen aus Ungarn, im Dom von Esztergom seine letzte Ruhe zu finden. Bis heute ist Mariazell ein wichtiger Wallfahrtsort für ungarische Gläubige.

Der Versuch des Vatikans, mit den kommunistischen Regimes in Osteuropa einen Weg der Verständigung zu suchen, wird nicht honoriert. So trachtet man in der Tschechoslowakei und in Ungarn, die kirchliche Einheit zwischen Katholiken und römisch-katholischer Weltkirche zu zerstören, indem eine Organisation sogenannter Friedenspriester gefördert wird.

„Diese Friedenspriester waren regimetreu. Man hatte zwar akzeptiert, dass bei Beerdigungen ein Priester dabei sein soll, dass die Familien ihre Babys taufen

lassen. Gleichzeitig begannen die Kommunisten aber, etwas dagegen zu unternehmen. So versuchte man, zu unterbinden, dass Priester sich mit jungen Menschen beschäftigen. Man war der Meinung, dass wenn immer weniger Leute religiös sind, die Kirche dann irgendwann ganz ausstirbt.“ (1)

Der Papst aus dem Osten, der zum Hoffnungsträger wurde

16. Oktober 1978: Es ist dies der dritte Tag, da das Konklave in Rom tagt, um einen neuen Papst zu wählen. Die Katholische Nachrichtenagentur KNA schreibt:

„Die Kirche musste einen Mann zum Papst wählen, der sie mit Schwung bis zum Jahr 2000 führen konnte. Nach den ersten Wahlgängen sah es allerdings nicht so aus, als hätten die 111 Kardinäle die ganze Tragweite ihrer Entscheidung begriffen. Es zeichnete sich ein Patt ab. In dieser Situation brachte der Wiener Kardinal Franz König einen Namen ins Spiel, den bis dahin nur wenige auf dem Zettel hatten: Karol Wojtyła, Erzbischof von Krakau. Der 58-Jährige galt aber als Außenseiter – unter anderem, weil er aus Polen kam und noch nie ein Osteuropäer Papst war.

Den Fortschrittlichen schien Wojtyła vor allem deshalb wählbar, weil er vom liberalen Kardinal König empfohlen wurde, und die Konservativen sahen den polnischen Katholizismus als eine der letzten Hochburgen des wahren Glaubens in Europa, in der die allgemeine Verunsicherung durch die Moderne noch nicht angekommen war. Für den Kandidaten Wojtyła zahlte sich zudem seine gute Vernetzung mit anderen Kardinälen aus. Mit seinem Kirchenbau in der Arbeitersiedlung Nowa Huta bei Krakau, den er gegen den Willen der kommunistischen Machthaber durchsetzen konnte, hatte er ein Symbol gesetzt, das ihm in vielen Ländern Bewunderung einbrachte.

Wie schwer sich die Kardinäle aber taten, einen Mann von jenseits des Eisernen Vorhangs zu wählen, lässt sich auch daran ablesen, dass erst im achten Wahlgang die erforderliche Mehrheit von mehr als zwei Drittel der Stimmen zusammenkam. Als der Neugewählte am Abend des 16. Oktober auf den Balkon der Petersbasilika tritt, läuten wenig später in ganz Polen die Glocken.

In der Woche darauf verkündet er in seiner Antrittspredigt sein theologisch-politisches Programm mit den Worten: ‚Habt keine Angst!‘“

Über die Hintergründe, die zu dieser Wahl geführt haben, gibt es viele Spekulationen. Tatsächlich wird Johannes Paul II. zu einem Hoffnungsträger für die Menschen hinter dem Eisernen Vorhang. Er hat Signalwirkung, besonders in seiner Heimat Polen.

Von der KSZE zur Charta 77

Der Kalte Krieg nervt. In den 1970er-Jahren wächst in Ost und West das Interesse an einer weitreichenden Verständigung. Am 3. Juli 1973 wird in Helsinki die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eröffnet. Sieben Staaten des Warschauer Pakts, so auch die ČSSR, 13 neutrale Länder und die 15 NATO-Staaten nehmen daran teil. Zwei Jahre später, am 1. August 1975, unterzeichnen sie die Schlussakte. Die Staaten verpflichten sich darin zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur friedlichen Regelung von Streitfällen, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Was zunächst nach geduldigem Papier aussieht, motiviert vor allem die Untergrundbewegungen, die Intellektuellen, Dissidenten und Oppositionellen im Ostblock. Das betrifft vor allem jenes Kapitel, in dem von der „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit“ die Rede ist.

Im Gegensatz zu den kommunistischen Machthabern nahmen die Regimekritiker diese Formulierungen sehr ernst, zeigte sich doch, dass eine tiefe Kluft zwischen den auf Papier gedruckten Paragrafen und der gelebten Alltagspraxis bestand. Mit der Niederschlagung des Prager Frühlings war für alle Regimekritiker eine harte Zeit angebrochen. Jeder, der sich nur irgendwie verdächtigt gemacht hatte oder denunziert wurde, stand unter Beobachtung, wurde verhört, kam vor Gericht oder ins Gefängnis.

Nur ein Jahr nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte schließen sich Künstler und Intellektuelle, aber auch Arbeiter und Geistliche zusammen, um auf die permanenten Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen. Am 1. Januar 1977 wird die Charta 77 veröffentlicht. 242 Personen stehen für diesen Protest mit ihrem eigenen Namen, so Pavel Kohout, Václav Havel, Zdeněk Mlynář, Jan Patočka und Jiří Dienstbier. In diesem Dokument wird unter anderem darauf verwiesen, dass „das Recht auf freie Meinungsäußerung völlig illusorisch sei, Hunderttausenden von Bürgern die Freiheit von Furcht, das Recht auf Bildung

verweigert wird“, Hunderttausende von Jugendlichen wegen ihrer Ansichten oder der Ansichten ihrer Eltern nicht zum Studium zugelassen werden.

Für die Unterzeichner der Charta 77 hat dieser Protest, ja Aufschrei persönliche Folgen – so auch für Jiří Dienstbier, einen der führenden oppositionellen Journalisten, und dessen Familie. Seine Tochter Monika, der wegen der politischen Tätigkeit ihres Vaters das Studium in der Heimat verboten wird, schildert die Situation:

„Als die Charta 77 geboren wurde, wurde die Repression noch schlimmer – Vater war dann auch Sprecher von Charta 77. Da wurden gleich zehn Personen verhaftet. Havel, mein Vater, Václav Malý, der Prager Bischof und weitere. Ihnen wurde ein großer Prozess gemacht. Václav Havel hat vier Jahre bekommen, mein Vater drei Jahre. Diese haben sie auch voll abgesessen.“ (1)

Havel und Dienstbier werden zu tragenden Figuren der Wende Ende 1989.

Die Solidarność leitet das Ende des Kommunismus ein

Nach der DDR 1953, Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968 kommt es im Sommer 1980 in Polen zu einer Streikbewegung, aus der die erfolgreichste unabhängige und freie Gewerkschaft im ehemaligen Ostblock entstehen sollte. Sie trägt schließlich am Ende des Jahrzehnts entscheidend zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems, zum Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer bei. An die Spitze dieser polnischen Gewerkschaftsbewegung tritt, fast aus dem Nichts kommend, ein gewisser Lech Wałęsa (ausgesprochen: Wau-enssa), der binnen weniger Wochen zur Leitfigur der Solidarność wird und der kommunistischen Staatsführung die Stirn bietet. Ein „Spiegel“-Journalist beschreibt diesen Aufstieg:

„Nach der Grundschule sucht er sich eine Lehrstelle als Elektromonteur [...], bekommt [...] 1967 auf der Danziger Leninwerft einen Job und wird schon ein Jahr später als 24-jähriger für den Betriebsrat vorgeschlagen. Ein Kollege von damals: ‚Er konnte gut reden und hatte keine Angst vor großen Tieren.‘

Im Dezember 1970, beim Arbeiteraufstand in den Küstenstädten, ist [...] Walesa Mitglied des Arbeiterrats auf der Leninwerft. Aber der Aufstand wird von Polizei und Miliz blutig niedergeschlagen [...]. Im Frühjahr 1976

wird Walesa wegen seines Eintretens für die Bildung Freier Gewerkschaften von der Leninwerft mit der Begründung ‚präventive Maßnahme‘ entlassen [...] vier Jahre lang [...] war Lech Walesa ohne feste Arbeit und mußte seine Familie [...] mit Gelegenheitsjobs und der Unterstützung von Freunden durchbringen. [...] Was den arbeitslosen Elektromonteur freilich von seinen Nachbarn unterschied, war sein verbissener Kampf für gewerkschaftliche Rechte. Das brachte ihn in Kontakt zu dem 1976 von Warschauer Intellektuellen gegründeten ‚Komitee zur Verteidigung der Arbeiter‘ [...], das sich unter der anhaltenden Repression der Geheimpolizei schnell zu einer Keimzelle wachsender Opposition gegen die Partei entwickelte.

Als am Vorabend des 1. Mai 1978 in Danzig die ‚Freie Gewerkschaft des Küstengebiets‘ gegründet wurde, war Walesa auch dabei. [...]

Ganze 17 Tage und Nächte hält Walesa sein bis auf 200 000 Streikende anwachsendes Arbeiterheer gegen Drohungen und Verlockungen diszipliniert zusammen. Dann sind die Forderungen der Streikenden -- an deren Erfüllung vorher niemand gedacht hatte, von der verunsicherten Parteiführung angenommen, und Walesa ist der Sieger.“

Am 31. August 1980 unterschreibt die Regierung das sogenannte Danziger Abkommen. Es ist dies das erste Abkommen, in dem eine kommunistische Regierung die Opposition legalisiert.

Die neue Gewerkschaft wird aber zur Herausforderung für Moskau. Lech Wałęsa ist der Bannerträger der neuen Revolution. Wissend um die starke Rolle der Kirche in Polen, die im Papst eine ganz besondere Symbolfigur hat, wagt sich die UdSSR-Führung aber nicht, direkt einzugreifen. So wird zwar 1981 das Kriegsrecht verhängt und General Wojciech Jaruzelski Ministerpräsident, 6.000 Gewerkschafter, unter ihnen die Leitfigur Lech Wałęsa, werden verhaftet. Schon ein Jahr später muss der Gewerkschaftsführer aber wieder freigelassen werden. 1983 erhält er den Friedensnobelpreis. Die Solidarność lebt in den Köpfen der Menschen und im Untergrund weiter.

Österreich als Brückenbauer über den Eisernen Vorhang hinweg

In den 1980er-Jahren hat man sich weitgehend mit der Berliner Mauer, mit dem Eisernen Vorhang, mit zwei Europas abgefunden. Wien ist so etwas wie der Endbahnhof des freien Westens, sucht aber, neues Leben zu ent-

fallen. Es gibt viele Anläufe, den Dialog mit „drüben“ zu pflegen. In den Gebieten entlang der tschechischen und ungarischen Grenze sucht man die Zusammenarbeit, wenn es zum Beispiel um Notfälle im Grenzgebiet geht, wenn etwa schnelle Hilfe durch die Feuerwehr gefragt ist. Man beginnt aber auch mit dem Austausch auf kulturellem Gebiet, wie Niederösterreichs späterer Landeshauptmann Erwin Pröll schildert:

„Ich habe mit aller Leidenschaft nach Strohhalmen gesucht: Wie kann man in einer derartigen Grenzregion einfach einen Weg nach vorne finden? Mir ist bewusst geworden: Wenn man den Eisernen Vorhang überwinden will, dann kann man dies am ehesten tun, indem man auf der Ebene der Kultur einen Austausch von Menschen zustande bringt.“ (1)

Mit der Entstehung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Solidarność können so manche westliche Gewerkschaften zunächst gar nichts anfangen. Man bangt um die Beziehungen zu den kommunistischen Staatsgewerkschaften, die oftmals ein Türöffner für Aufträge mit den Oststaaten sind. Die christlichen Gewerkschafter in Österreich nehmen die Solidarität aber sehr ernst, setzen sich massiv für die Unterstützung der polnischen Kollegen ein. Daraus erwächst eine Fülle persönlicher Kontakte, die auch zu einem intensiven politischen Meinungsaustausch über die Grenzen hinweg führt. Spielt bei FCG-Sekretär Günther Engelmayr die gewerkschaftliche Schiene eine Rolle, so sind es beim Wiener ÖVP-Obmann Erhard Busek seine Wurzeln in der katholischen Jugend- und Hochschulbewegung. Er baut sich ein Netzwerk mit der Intellektuellenszene von Polen bis nach Jugoslawien auf. Eine Begegnung mit Freunden in Prag, nur kurz nach dem Einmarsch der Sowjettruppen, ist für ihn besonders prägend:

„Als ich da nun unmittelbar deren Depression, Leiden und Aussichtslosigkeit der Lage erlebt habe, schwor ich mir: Für die musst du etwas machen.“ (1)

In der österreichischen Politik zeichnet sich ein Schwerpunktwechsel ab. Alois Mock, zunächst noch als Oppositionschef, legt dann als Vizekanzler und Außenminister, mehr Gewicht auf die Pflege der Nachbarschaftspolitik – gerade auch zu den östlichen und südöstlichen Staaten. Durch seine Tätigkeit als Präsident des Dachverbands der christdemokratischen und Zentrumsparteien (EDU, European Democrat Union) gelingt es ihm, auch in deren Kreisen für eine entsprechende Bewusstseinsbildung für die Situation hinter dem Eisernen Vorhang zu sorgen. Die Politische Akademie der ÖVP, aber auch die Konrad-Adenauer-Stif-

tung der CDU werden wichtige Gesprächsplattformen mit den im Osten heranwachsenden Oppositionskräften. Mock selbst nimmt jede Gelegenheit wahr, um bei Auslandsbesuchen – sehr zum Missmut der kommunistischen Gastgeber – mit Oppositionspolitikern und Kirchenvertretern zusammenzutreffen. Eine solche Szene schildert sein Pressesekretär Gerhard Ziegler im Außenamt:

„Wir waren auf einem offiziellen Besuch in Prag, alle Nochkommunisten waren da und Mock bestand darauf, auch Havel zu treffen. Man suchte nach Ausreden, aber die halfen nichts. Nach langem Hin und Her kam ein armselig gekleideter, schmaler Mann in der Früh in die Österreichische Botschaft und wurde dann dort demonstrativ empfangen: Václav Havel – ein bewegender Augenblick. Nach dem Frühstück entschieden wir uns: So, jetzt setzen wir noch einen drauf und wollen Kardinal Tomášek treffen.“ (1)

Was auch so geschah. Eine besondere Rolle als Brückenbauer spielt Karel Schwarzenberg. 1937 in Prag geboren, muss er im Dezember 1948 mit seinen Eltern das Land verlassen. In Wien schließt er seine Schulbildung ab und beginnt, sich politisch zu engagieren, steht in engen Kontakten mit den Bundeskanzlern Josef Klaus und später Bruno Kreisky, mit Alois Mock und Erhard Busek. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings engagiert er sich auf internationaler Ebene für die Menschenrechte. 1984 wird er Präsident der Internationalen Helsinki-Föderation für Menschenrechte. Seine Rolle beschreibt Schwarzenberg besonders zurückhaltend:

„Ich habe mich immer auf die Funktion des Wasserträgers beschränkt. Ich versuchte, Artikel in westlichen Zeitschriften unterzubringen. Ansonsten habe ich mich sehr zurückgehalten. Es gehörte mir nicht, dass ich mich in der Tschechoslowakei einmischte. Ich habe beobachtet. Meine Aufgabe war, zu helfen, aber den Mund zu halten. Der große Erfolg der Helsinki-Föderation war, dass zunächst einmal die westlichen Länder unsere Unterlagen, die wir geliefert haben, akzeptierten. Das war wertvolles Material. Zum Schluss haben auch die Ungarn und Polen mitgearbeitet. Dann kam die Einladung für die Sowjetunion. Die Helsinki-Föderation war wichtig, um die Informationen aus den Staaten hinter dem Eisernen Vorhang in den Westen zu bringen.“ (1)

Der Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks

Die Einschätzungen sowohl was den inneren Zustand des Sowjetimperiums und seiner Satellitenstaaten als auch das Tempo des Auflösungsprozesses an sich betraf wurden letztlich von der Realität überrollt. Die Entwicklung, die Gorbatschow ausgelöst hatte, bekam nicht nur eine Eigendynamik, sondern widersprach fast allen Erwartungen. Univ.-Prof. Stefan Karner dazu:

„Ich nehme an, dass Gorbatschow 1988 das System retten wollte. Recht bald musste er aber einsehen, dass ihm das misslingen wird. Es gibt CIA-Prognosen über die Entwicklung im Ostblock. Man war der Meinung, dass es, wenn Gorbatschow so weitermacht, also eine Unordnung im System erzeugt, zumindest zwei bis fünf Jahre dauern würde, bis eine Situation entsteht, in der die USA handeln müssen, denn dann werde das System Jalta zu Ende gehen, dann müsse man die Ostblockstaaten aus dem Warschauer Pakt herauslösen und Einzelverträge mit ihnen abschließen.“

Über 40 Jahre lang bestimmte an der Ostgrenze Österreichs ein Bedrohungsszenario den politischen Alltag Europas. Dann bricht dieses System des Schreckens wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Eine Zeittafel macht dies deutlich:

1988

- | | |
|------------|--|
| 1. Juli | Die 19. Parteikonferenz der KPdSU beschließt ein Programm politischer Reformen. Dazu gehört auch das Ende der sogenannten Breschnew-Doktrin. Fortan können die sogenannten Bruderstaaten selbst über ihr politisches Schicksal entscheiden. |
| 31. August | Auf Vermittlung von Intellektuellen und der katholischen Kirche kommt es zu einem ersten Gespräch zwischen Regierung und Opposition in Polen. Nach einer TV-Diskussion zeigt sich, dass eine Reform ohne Einbeziehung der Solidarność nicht möglich ist. |
| 8. Oktober | An der Spitze der polnischen Kommunistischen Partei vollzieht sich schrittweise ein Systemwechsel. Die Opposition wird zugelassen und nimmt am runden Tisch zu Gesprächen über die Zukunftsgestaltung teil. |

1989

- | | |
|----------|---|
| 5. April | Regierung und Opposition in Polen einigen sich auf politische Reformen, freie Wahlen und die Anerkennung der Solidarność. |
| 2. Mai | Ungarn beginnt mit einem Abbau der Grenzsperrren. |

Auf einem mittlerweile aufgelassenen Autobahnparkplatz unmittelbar vor dem Grenzübergang Hegyeshalom befindet sich eine heute kaum noch bekannte Gedenkstätte. Der Abgeordnete Leopold Helbich ließ einen Gedenkstein errichten, in der Bodenplatte findet sich dieser Text:

„Freiheit und Demokratie haben über Unterdrückung und Kommunismus gesiegt. Als ich am 27. Juni 1989 mit meinem ungarischen Amtskollegen den Eisernen Vorhang durchschnitt, begann für Europa eine neue Phase der Geschichte. Alois Mock“.

- | | |
|-------------|---|
| 4./18. Juni | Aus den Parlamentswahlen in Polen geht das Bürgerkomitee Solidarność als Sieger hervor. |
| 27. Juni | Die Außenminister von Ungarn und Österreich, Horn und Mock, durchschneiden in einem Waldstück an der Grenze zwischen Sopron und Klingenbach offiziell den Eisernen Vorhang. |

Eine der Geschichten, die heute erzählt werden, lautet, dass an dieser Stelle der Eisernen Vorhang bereits abgerissen war und nachträglich noch schnell aufgebaut werden musste. Wolfgang Bachkönig, der sich mit burgenländischer Lokalgeschichte beschäftigt, schreibt dazu:

„Aufgrund eines Wolkenbruches konnten die Vertreter der Medien zu dem vorgesehenen Ort, an dem sich noch ein Stück Zaun befand, nicht zufahren, weil der Boden zu tief war. Daher entschloss man sich, an einer anderen – in unmittelbarer Nähe befindlichen Stelle – ca. 30 Meter Zaun kurzerhand wieder zu errichten. Das war kein Problem, weil ja die Pfähle noch im Boden verankert waren.“

Dieser 27. Juni ist übrigens einer von drei hintereinanderliegenden Schicksalstagen – nicht nur für Österreich. Am 26. Juni einigt sich die SPÖ-ÖVP-Koalition – übrigens unbeeinflusst von den Auflösungstendenzen des kommunistischen Ostblocks – nach einem gut zweijährigen Diskussionsprozess darauf, um Beitrittsverhandlungen mit der EG anzusetzen.

Am 28. Juni gedenkt das (noch) kommunistische Jugoslawien am Amselfeld im Kosovo des 600. Jahrestages der Schlacht gegen das Osmanische Reich. Es ist dies die Initialzündung zum Auflösungsprozess am Balkan, einem beson-

deren Drama der jüngeren europäischen Geschichte.

- 19. August Paneuropafrühstück: Mehr als 600 DDR-Bürger können nach Österreich fliehen.
- 24. August Tadeusz Mazowiecki wird erster nicht kommunistischer Ministerpräsident Polens nach dem Zweiten Weltkrieg.
- 23. Oktober Ungarn erklärt sich am Jahrestag der 1956er-Revolution zur Republik, zu einem freien, demokratischen Rechtsstaat.
- 8. November Das Politbüro der DDR-Führung tritt zurück. Am darauffolgenden Tag fällt die Berliner Mauer.
- 17. November Die Bürgerbewegung gegen das kommunistische Regime in Prag weitet sich aus.
- 10. Dezember Ankündigung des Rücktritts des kommunistischen Staatspräsidenten in der Tschechoslowakei.
- 17. Dezember Nachdem am 11. Dezember bereits bei Wullowitz an der Grenze zwischen Oberösterreich und der Tschechoslowakei mit dem Abbau des Eisernen Vorhangs begonnen wurde, folgt nun Niederösterreich. Am Übergang von Laa/Thaya nach Hevlín setzt Außenminister Mock ein Zeichen des Zusammenrückens in Europa.

Es ist dies übrigens ein sehr emotionales Ereignis, etwa für Landeshauptmann Siegfried Ludwig, wurde er doch 1926 jenseits der Grenze in Vlasatice geboren und musste 1945 mit seinen Eltern im Zuge der Vertreibung der Sudetendeutschen seine Heimat verlassen, aber auch für den neuen tschechischen Außenminister Jiří Dienstbier. Augenzeuge Charles Bohatsch beschreibt die Szene:

„Ohne die Personen zu beachten, die da rund um den Grenzzaun standen, ging er spontan auf ein Mädchen zu und schloss es in seine Arme. Es war seine Tochter, die in Wien studierte und der das Regime die Rückkehr in die Heimat verweigert hatte.“

- 22. Dezember Zusammenbruch des KP-Regimes in Rumänien. Drei Tage später wird Ceaușescu mit seiner Frau vor ein Militärgericht gestellt und standrechtlich erschossen.
- 29. Dezember Václav Havel wird zum Präsidenten der Tschechoslowakei gewählt.

1990

- 15. Jänner Die bulgarische Regierung schafft das Machtmonopol der KP ab.
- 23. Jänner Die slowenische und kroatische Delegation verlassen aus Protest gegen das Vorgehen der serbischen Delegation, die ein Diktat ausüben will, den außerordentlichen Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. Der Zerfall Jugosla-

wiens beginnt, eine Bürgerkriegsfront in Europa entsteht.

- 6. Februar Die sowjetische KP verzichtet auf den Führungsanspruch und beschließt den Übergang zu einer pluralistischen Gesellschaftsordnung.
- 11. März Litauen erklärt seine Loslösung von der Sowjetunion.
- 18. März In den ersten freien Wahlen seit 40 Jahren stimmen die Bürger der DDR für die konservative Allianz für Deutschland.
- 25. März In Ungarn erzielt bei den Wahlen die konservative MDF die parlamentarische Mehrheit. József Antall wird Ministerpräsident.
- 4. Mai Lettland erklärt die Unabhängigkeit.
- 8. Mai Estland erklärt sich zur unabhängigen Republik.
- 8. Juni Das Bürgerforum und deren Koalitionspartner gewinnen die Wahlen in der Tschechoslowakei.
- 3. Oktober Wiedervereinigung Deutschlands.

Über die Situation in der DDR war man sich nicht wirklich im Klaren.

„Was uns zuerst auffiel“, so der CDU-Politiker Hermann Kroll-Schlüter, der mit Kurt Biedenkopf als Staatssekretär in die Regierung nach Sachsen ging, „war die sehr geringe Kenntnis von den Verhältnissen in der DDR. Was wir uns zuerst auferlegten: Zurückhaltung bei der Beurteilung einzelner Lebensläufe, denn keiner will 40 Jahre seines Lebens so einfach beiseitelegen, um neu zu beginnen. Ich persönlich habe mich oft gefragt: Wenn du hier gelebt hättest, wo wärst du politisch gelandet?“

Es ist eine mehr als schwierige Aufgabe, vor die man sich gestellt sieht:

„Die tägliche Arbeit hat uns praktisch vor Augen geführt, wie groß die Erblast ist, welcher Berg von Aufgaben von den Bürgern unseres Landes bewältigt werden muss. So erschließt sich uns erst allmählich der ganze Umfang der Umweltzerstörung. Kein politisches System hat Menschen und Natur so ausgebeutet wie das kommunistische Regime.“

- 15. Oktober Gorbatschow erhält den Friedensnobelpreis.
- 9. Dezember Polen wählt Lech Wałęsa zu seinem Präsidenten.
- 11. Dezember Die KP Albanien verzichtet auf die Einparteiendiktatur und lässt Oppositionsparteien zu.

1991

- 28. Juni Der COMECON, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, wird beendet.
- 1. Juli Der Warschauer Pakt wird offiziell aufgelöst.

Österreichs Auftrag in Europa

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs ist Österreich wieder vom östlichen Rand Europas in die Mitte gerückt. Mit dem Beitrittsansuchen vom 14. Juli 1989 an die Europäische Gemeinschaft soll die Mitarbeit am Zukunftsprojekt des neuen, gemeinsamen Europa ermöglicht und gesichert werden.

Erinnerungen an Bundeskanzler Josef Klaus werden wach, der 1965 in einer Rede vor dem Europarat festhielt, „Europa endet nicht an den östlichen Grenzen meines Landes“, das europäische Projekt sei ohne die Einbeziehung osteuropäischer Staaten unvollständig. Vizekanzler und Außenminister Alois Mock hat sich immer wieder diesem Auftrag verpflichtet gefühlt.

Am 31. Juli 1991 kommt aus Brüssel das Avis zu den Beitrittsanträgen Österreichs. Die EG-Kommission empfiehlt die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen und verbindet damit eine wichtige Aufgabe:

„Der Beitritt Österreichs wäre für die Gemeinschaft global ein Gewinn [...]. Der Gemeinschaft werden [...] die Erfahrungen eines Landes zum Vorteil gereichen, das wie Österreich aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Vergangenheit, der ererbten und neu hinzugekommenen Verbindungen genau im Mittelpunkt des Geschehens liegt, aus dem das neue Europa entsteht.“

Österreich kommt beim Aufbau der Strukturen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa eine wichtige Rolle zu. Zu einem Zeitpunkt, da Europa vor allem mit der Wiedervereinigung

Deutschlands und der neuen geopolitischen Situation beschäftigt ist, erweist sich die österreichische Wirtschaft als ein entscheidender und wichtiger Impulsgeber. Österreich gehört bis heute zu den wichtigsten Investoren.

Im Zuge der Auflösung von Ex-Jugoslawien und dem damit verbundenen Bürgerkrieg engagierte sich Österreich unter der Federführung von Außenminister Alois Mock ganz besonders für die Respektierung des Völkerrechts sowie die Achtung der Menschenrechte. Mit einer Rolle spielte dabei, dass bedingt durch die Geschichte, aber auch aufgrund vieler kultureller, ja persönlicher Beziehungen Österreich mehr als andere europäische Länder Verständnis für diese Region – von Schlesien über die Bukowina bis nach Bosnien – hat und daher auch ein besonderer Fürsprecher im Zuge der noch fälligen EU-Erweiterung ist.

Verständnis zu zeigen gilt es aber auch für den demokratiepolitischen Nachholprozess, den die neuen Demokratien vollziehen müssen. Karel Schwarzenberg hat dies in einem Interview mit dem Hinweis darauf begründet, dass Österreich und Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder an die alte demokratische Tradition anschließen konnten, die Volksdemokratien aber noch über 40 Jahre lang unter einer Diktatur leben mussten. Anschaulich beschreibt dies der Journalist Paul Lendvai, 1956 im Zuge des Ungarnaufstandes nach Österreich geflüchtet, in einem „Kurier“-Interview:

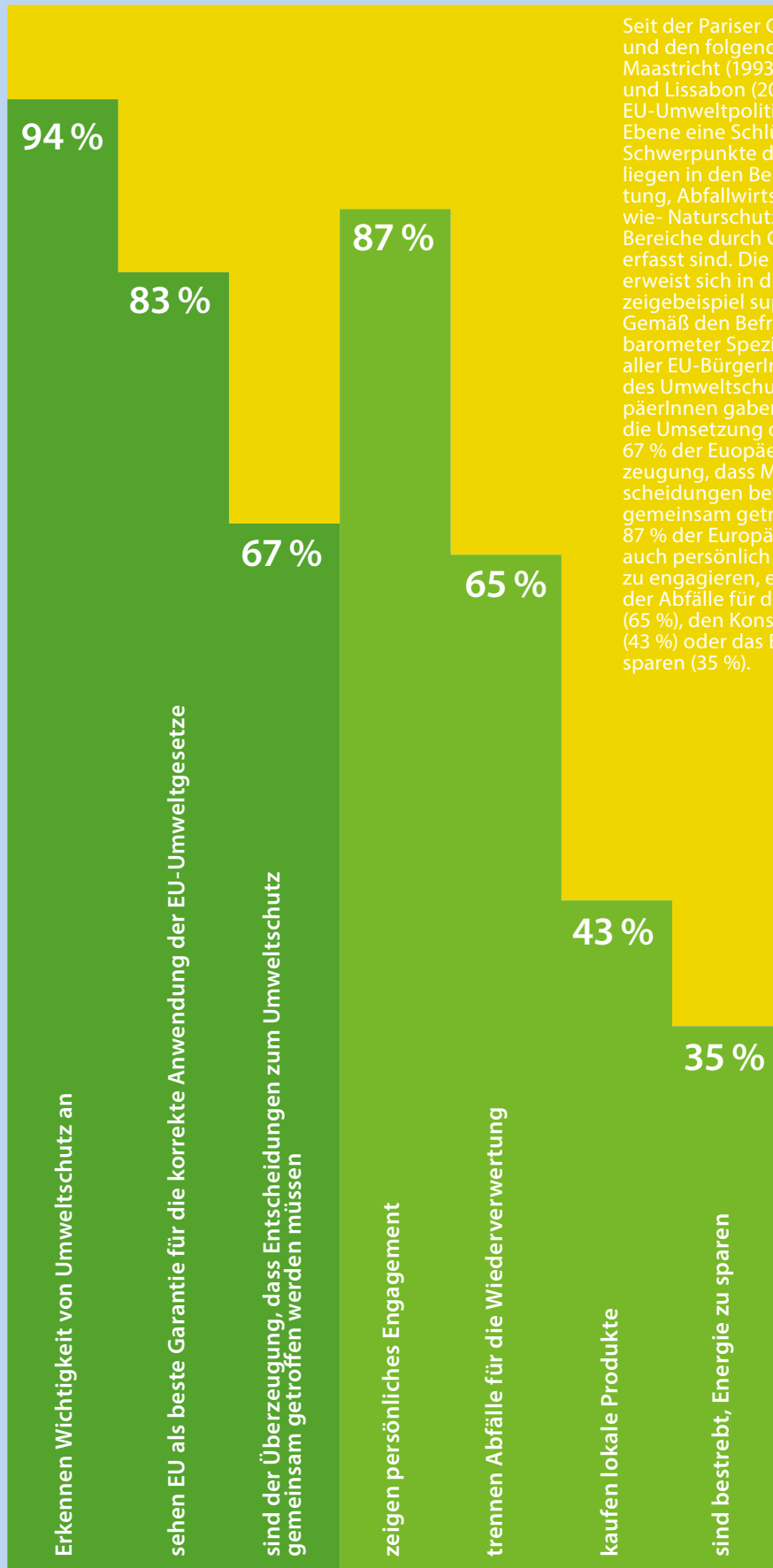
„Wie reden über Länder, wo es keine Demokratie gab. Die Erziehung, die Schulen, die Bücher [...] Ralf Dahrendorf hat sehr klug geschrieben, man kann in sechs Monaten ein Regime stürzen, in sechs Jahren die Wirtschaft verändern, aber es braucht 60 Jahre, um die Sitten, die Einstellungen zu ändern.“

QUELLENHINWEIS

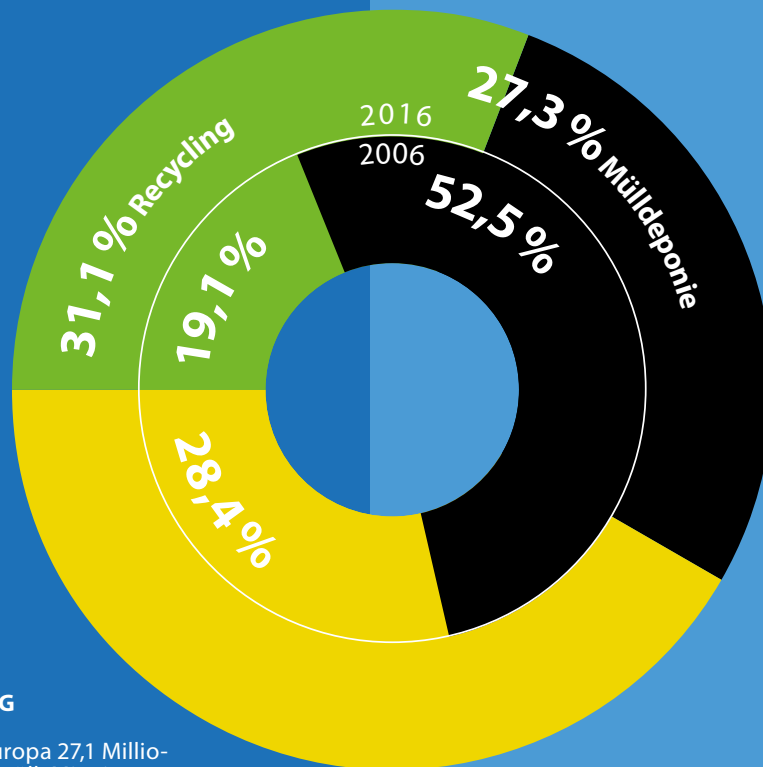
Die Zitate stammen weitgehend aus Interviews, die der Autor in den letzten zwölf Monaten persönlich geführt bzw. auch aktuell eingeholt hat. Dazu kommen einige Originalzitate aus Reden sowie bereits veröffentlichten und belegten Beiträgen.

Die mit (1) ausgewiesenen Zitate stammen aus einer Publikation des Alois-Mock-Instituts mit dem voraussichtlichen Titel „Grenzen überwinden“. Die mit (2) gekennzeichneten Zitate wurden dem öffentlich zugänglichen Zeitzeugenportal der Stiftung Haus der Geschichte (Bonn) entnommen.

EINSTELLUNG DER EUROPÄERINNEN ZUM UMWELTSCHUTZ



Seit der Pariser Gipfelkonferenz 1972 und den folgenden Verträgen von Maastricht (1993), Amsterdam (1999) und Lissabon (2009) kommt der EU-Umweltpolitik auf internationaler Ebene eine Schlüsselposition zu. Die Schwerpunkte der EU-Umweltpolitik liegen in den Bereichen Luftreinhaltung, Abfallwirtschaft, Gewässer- sowie Naturschutz, wobei nahezu alle Bereiche durch Gemeinschaftsrecht erfasst sind. Die EU-Umweltpolitik erweist sich in diesem Sinne als ein Vorzeigebispiel supranationaler Politik. Gemäß den Befragungen des Eurobarometer Spezial 2017 erkennen 94 % aller EU-BürgerInnen die Wichtigkeit des Umweltschutzes an. 83 % der EuropäerInnen gaben die EU als Garant für die Umsetzung der Umweltgesetze an. 67 % der EuropäerInnen sind der Überzeugung, dass Maßnahmen und Entscheidungen betreffend Umweltschutz gemeinsam getroffen werden müssen. 87 % der EuropäerInnen gaben an, sich auch persönlich für den Umweltschutz zu engagieren, etwa durch Trennung der Abfälle für die Wiederverwertung (65 %), den Konsum lokaler Produkte (43 %) oder das Bestreben, Energie zu sparen (35 %).



EU UND RECYCLING

2016 produzierte Europa 27,1 Millionen Tonnen Plastikmüll. Mit einer Quote von 31,3 % gelang es im selben Jahr erstmals, einen höheren Anteil an Plastikmüllverarbeitung durch Recyceln als durch Entsorgung auf der Mülldeponie (27,3 %) zu erzielen. Die Verwertung durch Recyceln gelangte somit nach der Energierückgewinnung durch Verbrennung (41,6 %) auf Platz 2 der häufigsten Verarbeitungsformen von Plastikmüll. Verglichen mit dem Jahr 2006 lässt sich innerhalb dieser zehn Jahre ein Anstieg des Recyclings um 79 % erkennen. Dank zahlreicher EU-Maßnahmen, wie etwa der jüngst beschlossenen Europäischen Strategie für Kunststoffe, die sowohl die Vermeidung von Kunststoffabfällen (z.B. Einwegkunststoff) als auch ihr kosteneffizientes Recyceln forciert, schreitet die sinnvolle Verwertung von Plastik in der EU zunehmend voran.

24,5 Mio. t
Plastikmüll 2006

27,1 Mio. t
Plastikmüll 2016

Führungskräfte in der EU

36 %

Frauen

= 3,4 Mio.

Männer: 64 % (6 Mio.)

Vorstandsmitglieder in börsennotierten Unternehmen

27 %

Höhere Führungspositionen

17 %

**NUR JEDE DRITTE FÜHRUNGSKRAFT
IN DER EU IST EINE FRAU**

Für die EU stellt die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau einen zentralen Wert und eine der wesentlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar. Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März 2019 verlautbarte Eurostat, das statistische Amt der EU, dass nach aktuellem Stand nur rund ein Drittel (36 %) aller Führungspositionen (9,4 Millionen) in Europa von Frauen bekleidet werden. In Österreich werden 42 % der Führungspositionen von Frauen bekleidet. Lettland steht EU-weit mit einer Quote von 56 % an erster Stelle. In den börsennotierten Unternehmen der EU sind Frauen innerhalb des Vorstands mit 27 % deutlich unterrepräsentiert, auch in höheren Führungspositionen, auf Ebene der Geschäftsführung, beläuft sich ihr Anteil nur auf knapp ein Fünftel.

HERBERT VYTISKA

SO KAM ES ZUM FALL DER BERLINER MAUER

Der Hype im Schicksalsjahr 1989

Das Wetter am 9. November 1989 klingt wie eine politische Ansage: Nachdem am Morgen noch die Kaltfront eines Sturmtiefs Berlin überquert hatte, beruhigte sich das Wetter tagsüber und es stellte sich eine milde Westwetterlage ein.

In den Abendstunden passiert das Unerwartete: der Fall der Berliner Mauer – von den Kommunisten als antifaschistischer Schutzwall bezeichnet, im Westen als Todesmauer (mindestens 100 Menschen verloren beim Überwinden dieser Grenze ihr Leben) gebrandmarkt.

Zwar wurde in öffentlichen Reden noch immer die Vision von der Wiedervereinigung Deutschlands erwähnt, der Glaube daran war freilich kaum noch vorhanden. Frank Elbe, Kabinettschef bei Außenminister Hans-Dietrich Genscher:

„1989 hat keiner drauf gehabt, dass es so kommen würde.“ Es gab auch kaum diesbezügliche Informationen der Geheimdienste, denn dort hat man sich *„mehr mit persönlichen Verfehlungen von Mitgliedern des Politbüros beschäftigt, wer mit wem ein Verhältnis hatte, als dass man über die Stimmung der Menschen Bescheid wusste und sich Mühe gegeben hätte, die Lage genau zu erkunden“.* (1)

Und so wurde die Berliner Mauer zum Hype im Schicksalsjahr 1989, genauso wie auch der Mauerbau am 13. August 1961 ein Höhepunkt im Kalten Krieg war. Dabei hatten sich erst am 3. und 4. Juni 1961 in Wien US-Präsident John F. Kennedy und der Regierungschef der Sowjetunion, Nikita Chruschtschow, getroffen, um ein Ost-West-Tau-

wetter einzuleiten. Davon ließ sich DDR-Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht aber nicht beeindrucken. Nachdem seit 1949 an die 2,5 Millionen Menschen die offene Grenze zwischen West- und Ostberlin genützt hatten, um den Weg in die Freiheit zu wählen, ließ er die Straßen und Häuserzeilen mit einer Mauer aus Steinen und Stacheldraht verbarrikadieren.

Zeitzeugen erinnern sich

Ingrid Taegner, Jahrgang 1936, wohnte in einem Haus im Ostteil Berlins direkt an der Zonengrenze:

„Es ist frühmorgens, und doch klingt schon Baulärm von der Straße. Da gucke ich vom Balkon und sehe am Ufer des Landwehrkanals Soldaten mit Stahlhelm und Maschinengewehren. Es war ein Menschenauflauf auf beiden Seiten. Man konnte nicht mehr über die Brücke. Auf der Ostberliner Seite sind einige ins Wasser gesprungen, rübergeschwommen, wurden von helfenden Menschen auf der Kreuzbergseite in Empfang genommen. Dann habe ich meinen Vater auf der anderen Seite erkannt, er lebte mittlerweile drüben. Wir konnten uns nur noch über den Landwehrkanal und mit der Zeichensprache verständigen.“ (2)

Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, Landesverteidigungsminister a.D. Robert Lichal, Nationalratspräsident a.D. Andreas Khol und Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky erlebten den Mauerbau und den Mauerfall. Welche Erinnerungen verbinden sie mit diesen beiden Tagen?

Heinz Fischer:

„Am 13. August 1961 – wenige Wochen nach meiner Promotion – war ich in London, wo ich bei der Firma Churchill and Sim arbeitete, um mein Englisch zu verbessern. Die Nachricht über den Bau der Berliner Mauer machte mich fassungslos und ich flog über ein Wochenende von London nach Berlin, um mit eigenen Augen zu sehen, was ich nicht fassen konnte, und mit Berliner Freunden darüber zu sprechen.“

Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 war der logische und doch unerwartete Höhepunkt im Zerfallsprozess des europäischen Kommunismus. Ich hatte an diesem Abend (zufällig) ein Abendessen mit dem amerikanischen Botschafter und am nächsten Tag ein Mittagessen mit Paul Lendvai. Wir taten uns schwer, die Konsequenzen dieser Ereignisse richtig einzuschätzen. Für mich steht fest, dass der Bau einer Mauer, um Menschen an der Ausreise als Flüchtlinge zu hindern oder um Menschen an der Einreise als Asylsuchende zu hindern, keine gute Idee ist.“

Andreas Khol:

„Ich studierte gerade in Innsbruck an der Universität. Der Mauerbau erschien mir damals als ein Verzweiflungsschritt eines grausamen Unrechtsstaats, dem seine Bürger davonliefen. Wir hatten damals ganz klare Feindbilder, eines war der real existierende Sozialismus, den wir ja auch an unseren Grenzen stehen hatten. Meine Hoffnung klammerte sich an unsere Neutralität und die Vereinigten Staaten von Amerika, die wir Jungen als Verteidiger von Menschenrechten und Freiheiten erlebten.“

Am 10. November 1989 schrieb ich in mein Tagebuch: Die Mauer in Berlin fällt, ganz Europa im Freudentaumel! Ich dachte sofort an meine wenige Monate zuvor verstorbene Mutter – sie kam aus Berlin – und kränkte mich, dass sie das nicht erleben konnte. Die Überwindung der Zweiteilung Europas an unseren eigenen Ostgrenzen und die Zurückdrängung der Sowjetunion an die ukrainische Grenze machte unsere Neutralität für die Russen militärisch wertlos – wir würden Spielraum und auch unsere volle Handlungsfreiheit gewinnen. Unser Ziel, der Europäischen Gemeinschaft beitreten zu können, rückte näher. So war der 9. November ein Freudentag auch für uns Österreicher!“

Franz Vranitzky:

„In beiden Fällen war es eine totale Überraschung, zunächst im negativen und dann im positiven Sinn. Im Juni 1961 hatten sich noch Kennedy und Chruschtschow in Wien getroffen. Man hatte die Hoffnung, dass eine Entspannung im Verhältnis der beiden Weltmächte eintritt. Zwei Monate später lässt Ulbricht quer

durch Berlin eine Todesmauer errichten. Das machte die Unberechenbarkeit des Ostblocks deutlich.“

1989 hatte zwar Ungarn mit dem Abbau des Eisernen Vorhangs begonnen, Polen den Übergang zu einem demokratischen Regime eingeleitet, dass aber die Berliner Mauer so schnell fällt, damit hatte niemand gerechnet. Es gab auch keine Informationen, die darauf hindeuteten, weder seitens der Diplomaten noch seitens der Geheimdienste. Mit dem Mauerfall wurde uns erst so richtig bewusst, dass ein neues politisches Zeitalter in Europa angebrochen war. Trotzdem gab es aber auch noch Ungewissheit, wussten wir doch nicht, wie es nun weitergehen wird.“

Robert Lichal:

„Am 13. August war ich bereits Landesbeamter und für die Gemeinden in der Grenzregion im Weinviertel zuständig. Als ich im Radio hörte, dass in Berlin eine Mauer errichtet wird, fragte ich mich zunächst: Und was bedeutet das für unsere Region an der toten Grenze? Haben wir auch hier mit einer Verschärfung der Situation zu rechnen?“

Beim Fall der Berliner Mauer fiel einem sprichwörtlich ein Stein vom Herzen. Das war ein großer Schritt, mit dem die Teilung Europas aufgehoben wurde. Man konnte sich mit den Berlinern so richtig mitfreuen. Ich habe mich damals sofort mit Alois Mock in Verbindung gesetzt, denn es war uns beiden klar, dass damit ein Krisenherd in Europa wegfällt, aber ein weiterer in unserer unmittelbaren Nähe lauert. Es war die Entwicklung in Jugoslawien, die Sorge bereitete, aber von vielen unterschätzt, ja bagatellisiert wurde.“

30 Jahre danach: Was blieb vom Traum der Wiedervereinigung?

Vor 29 Jahren, am 3. Oktober 1990, kam es zur Wiedervereinigung Deutschlands. Am 30. Jahrestag, da die Berliner Mauer barst und der Weg dafür frei gemacht wurde, diskutiert man in Deutschland, wie es um die Gemeinsamkeit zwischen West und Ost wirklich steht. Da zeigt sich, dass eine über Jahrzehnte getrennte Geschichte Spuren hinterlässt.

Geht es nach einer Umfrage der Körber-Stiftung, so fühlen sich 70 Prozent der im Osten lebenden Bürger als Gewinner der Wiedervereinigung, im Westen dagegen ist es nur eine knappe Mehrheit von 53 Prozent. Was den Ist-Zustand der innerdeutschen Einheit betrifft, so sagen 71 Prozent der Ost- und 66 Prozent der Westdeutschen, dass sich ihre Hoffnungen erfüllt hätten. Doch gleichzeitig sehen 69 Prozent der West- und 74 Prozent der Ostdeutschen immer noch große Unterschiede zwischen

Ost und West. Optimistischer sieht es Christian Hirte, der Ostbeauftragte der deutschen Bundesregierung:

„Der ökonomische, soziale und gesellschaftliche Zustand im Osten ist viel besser, als wir uns das vor 30 Jahren alle gemeinsam erwartet und vorgestellt hätten.“

Faktum ist freilich auch, dass seit der Wiedervereinigung vier Millionen Menschen vom Osten in den Westen und nur zwei Millionen in umgekehrte Richtung gezogen sind, die Arbeitslosigkeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR höher ist, es an großen Wirtschafts- und Industrieunternehmen mangelt.

Allerdings gesteht auch die Regierung ein, dass viele Menschen im Osten veränderungsmüde sind und sich als Bürger zweiter Klasse fühlen. Sie sind noch immer von der kommunistischen Ideologie geprägt, ihre Erwartungen an den Staat sind größer als jene der Menschen im Westen. Sie sehen sich als Opfer, weil sie *„das Pech hatten, 40 Jahre auf der falschen Seite der Geschichte gestanden zu haben“*.

Der Österreicher Ewald König war 1989 als in der BRD und in der DDR akkreditierter Journalist (damals für „Die Presse“) live dabei, heute lebt er noch immer in Berlin:

„Die 30 Jahre sind verflogen wie ein Gedanke – die historische Pressekonferenz des Günter Schabowski vom 9. November 1989 („Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich“), die darauffolgende Wahnsinnsnacht des Mauerfalls und das Tempo bei der deutschen Einheit. Und heute frage ich mich: Was ist aus der Begeisterung, den Hoffnungen geworden? Ist das alles für die Koreaner, die für ihre geteilte Halbinsel aus der deutschen Wiedervereinigung lernen wollen, abschreckend?

Vieles hat Deutschland richtig gemacht, obwohl es keine historischen Vorbilder gab. Es wurden aber auch viele Fehler gemacht. Medien analysieren die AfD-Empfänglichkeit im Osten, erinnern an Fehlentwicklungen in der Treuhandanstalt und zitieren immer wieder die – teilweise auch zutreffenden – Klischees von Besserwessis und Jammerossis.

Aber es gibt weitere Gründe, die im Mainstream nicht aufgegriffen werden. Ich erinnere an den verheerenden Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung, der Westdeutschen zur Restitution ihres früheren Immobilienbesitzes verhalf, womit sie doch nicht mehr gerechnet hatten, und viele Ostdeutsche, ohnehin arbeitslos geworden, auch aus ihren Wohnungen und Datschen vertrieb.

Ein anderes Beispiel, kaum diskutiert: die kaltgestellte Elite mancher Bereiche der DDR. DDR-Diplomaten wurden fast ausnahmslos ohne jede individuelle Überprüfung kaltgestellt; Bonn verzichtete auf deren umfangreiches Wissen und vor allem auf deren Netzwerke.

Die ‚blühenden Landschaften‘, die Helmut Kohl versprochen hatte, gibt es in der Tat. Aber viele Menschen darin fühlen sich vergessen. West und Ost werden auch durch Sonntags- und Jubiläumsreden nicht schneller zusammenwachsen.“

Wie sehr Dichtung und Wahrheit über den Zustand der DDR vor und nach der Wende auseinanderklafften, welch hoher Einsatz geleistet wurde, um die Teilung Deutschlands zu überwinden, zeigt sich allein daran, dass die DDR noch knapp vor der Wende im Jahre 1989 offiziell zu den zehn bedeutendsten Industrieländern der Welt zählte. Ein Jahr später wusste man, dass Staat und Wirtschaft bankrott waren. Wolfgang Bergsdorf, einer der engsten Mitarbeiter von Helmut Kohl:

„Als Hans Modrow, der letzte Vorsitzende des DDR-Ministerrates im Februar 1990 in Bonn war, sagte er uns, die DDR sei ökonomisch 500 Milliarden DM wert. Ein halbes Jahr später, als die Regierung de Maizière dran war, hat sich das auf 50 Milliarden DM reduziert. Dann kam die Treuhandgesellschaft und es hat sich herausgestellt, dass die DDR-Wirtschaft minus 500 Milliarden DM wert ist.“ (1).

Heute werden die Gesamtkosten der deutschen Einheit von der FU Berlin einschließlich der Übernahme von Verbindlichkeiten, Sozialtransfers etc. auf etwa zwei Billionen Euro geschätzt.

Am Anfang steht die Öffnung des Eisernen Vorhangs

Um den 9. November 1989 in seiner ganzen Dimension begreiflich zu machen, muss man in der Geschichte zurückblicken. Der Eisernen Vorhang war in den 1980er-Jahren bereits zur Gewohnheit geworden. Man hatte sich mit der Teilung Europas in zwei unterschiedliche ideologische Hemisphären mehr oder weniger abgefunden. Das zeigt allein dieser Dialog, als es um die Kontaktpflege von zwei österreichischen Politikern mit Dissidenten und Oppositionellen in einem kommunistischen Nachbarland ging:

„Was du da in Mitteleuropa machst, ist nett, aber gib es auf, denn das bringt nichts, dieser Eisernen Vorhang ist da und er wird immer da sein.“ „Immer gibt es nicht, es wird viel schneller kommen, als wir denken, wir wissen nicht genau, wann oder wie, aber es wird kommen.“

Das erhoffte man sich auch in Westberlin. Die Berliner Mauer, die auf 155 Kilometern Länge eine ganze Stadt isolierte, wirkte mit den 2,1 Millionen Bürgern im Westteil

der Stadt wie ein Stachel im roten Fleisch. Sie war mehr noch als der Eisernen Vorhang zum Sinnbild für den Konflikt zwischen Ost und West geworden.

Der Sommer 1989 hatte einige Erwartungen geweckt. Trotzdem traute man der sich da möglicherweise abzeichnenden Entwicklung noch nicht wirklich. In Polen und Ungarn verhandelte die herrschende kommunistische Nomenklatura mit der Opposition über einen Übergang zu einem demokratischen System. Am 2. Mai begann Ungarn, den Eisernen Vorhang abzubauen, da man kein Geld hatte, um für dessen Erhaltung zu sorgen. Für die Fotos von diesem Ereignis fand sich so gut wie kein mediales Interesse. Daraufhin fiel bei Außenminister Alois Mock die Entscheidung, den ungarischen Amtskollegen Gyula Horn anzurufen und ihm einen gemeinsamen offiziellen Akt vorzuschlagen. So ging am 27. Juni ein Foto um die Welt, das heute mit dem Fall des Eisernen Vorhangs identifiziert wird und mit dem damals signalisiert wurde, dass man eine Bresche in die Geschichte geschlagen hatte. Mock drückt bei diesem Festakt in seiner Rede nicht nur ein persönliches Gefühl aus:

„Man tut gut daran, mit dem Begriff historischer Augenblick sparsam umzugehen. Wenn es aber einen historischen Augenblick gibt, dann ist es das heutige Ereignis, und zwar für die Ost-West-Beziehungen in ihrer Gesamtheit, denn heute wird offiziell ein Teil einer anachronistischen tödlichen Grenze beseitigt; heute wird sie wiederum zu einer menschlichen Grenze. Über eine Strecke von fast 2.000 Kilometern trennte der Stacheldraht etwa 40 Jahre lang die Menschen in Europa, die eigentlich viel mehr miteinander gemeinsam hatten, als sie tatsächlich voneinander unterschied. Zurückblickend wird dies in der europäischen Geschichte eines Tages als schwerer Irrtum gesehen werden. Die Öffnung, die wir in der Absperrung zwischen Ost- und Westeuropa vornehmen, ist nur klein; sie ist aber gleichzeitig ein Fenster in die Zukunft, ein Fenster der Hoffnung, dass eines Tages die Trennung in ihrer ganzen Länge der Vergangenheit angehört.“

Und tatsächlich: Von da an setzte sich eine Bewegung im gesamten Ostblock in Trab, die auch das so starre Regime in der DDR zu erschüttern begann.

Zwei Monate nachdem signalisiert wurde, der Eisernen Vorhang sei nicht für die Ewigkeit bestimmt, fand bei Sankt Margarethen ein sogenanntes Paneuropafrühstück statt. Durch ein Gatter konnten mehr als 600 DDR-Touristen, ohne dass ungarische Soldaten eingriffen, in die Freiheit flüchten.

Am 11. September 1989 öffnete Ungarn die Grenze zu Österreich für DDR-Bürger. Zehntausende reisten in den folgenden Tagen und Wochen über Österreich in

die Bundesrepublik ein. Am 30. September durften an die 5.000 DDR-Bürger, die in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag Zuflucht genommen hatten, ausreisen. In einem Artikel der Zeitung Welt heißt es:

„Es herrscht eine gespenstische Atmosphäre, als Gorbatschow am 6. Oktober 1989 in Ost-Berlin eintrifft.“ Erich Honecker und Genossen „erhoffen sich Rückendeckung von dem Besuch aus Moskau. [...] Als der KPdSU-Chef in der Berliner Gedenkstätte Neue Wache einen Kranz für die Opfer des Faschismus niederlegt, geschieht Ungewöhnliches: Der Russe [...] steuert die westdeutschen Kamerateams an“ und spricht den Satz: „Ich glaube, Gefahren lauern nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren.“ Fortan machte die Runde, dass Gorbatschow in einem Vieraugengespräch mit Honecker gesagt haben soll: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ [...] Was er damals wirklich zu Honecker sagte, lässt sich heute nicht mehr nachvollziehen.“

Sicher ist nur, dass Gorbatschow eine ganz entscheidende Rolle beim Auflösungsprozess des kommunistischen Ostblocks zukommt, beginnend mit seinem Aufstieg zum Generalsekretär der KPdSU im März 1985. Die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten waren gewissermaßen konkursreif. Gorbatschow verordnete eine grundlegende Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die mit den Schlagworten Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umgestaltung) verbunden ist – ähnlich wie beim Prager Frühling, allerdings unter dem Deckmantel eines sozialistischen Gesellschaftssystems. Die Entwicklung entfaltete freilich eine Eigendynamik. Univ.-Prof. Stefan Karner zieht diese Schlussfolgerung:

„Ich nehme an, dass Gorbatschow zunächst das System retten wollte. Recht bald musste er aber einsehen, dass ihm das misslingen wird.“

Letztlich rechtfertigte Gorbatschow sein Vorgehen:

„Dass wir in der Sowjetunion mit der Perestroika begonnen haben, war der erste und wichtigste Schritt. Wir sind aus einer totalitären Gesellschaft zur Freiheit, zur Demokratie übergegangen.“

Davon ziehen auch Moskaus Satellitenstaaten Nutzen. 1988 wird vom Kremlchef die alte sogenannte Breschnew-Doktrin aufgehoben. Die Staaten des Warschauer Pakts können über ihren eigenen Weg entscheiden. Polen und Ungarn sind die Ersten, die davon Gebrauch machen: Die Opposition führt Gespräche mit den noch herrschenden Kommunisten und vereinbart einen Übergang zu einem demokratischen System.

Der Mauerfall im Zeitraffer

Noch wird die DDR von der Nomenklatura regiert, und dennoch überwinden die Menschen ihre Angst vor den Unterdrückern. Das Regime wird auf die Probe gestellt. Am 9. Oktober 1989 ziehen 70.000 Menschen ausgehend von der Nikolaikirche in Leipzig bei der Montagsdemonstration friedlich und ungehindert über den Ring, vorbei an der Stasizentrale. Es liegt eine ungeheure Spannung in der Luft, aber alles verläuft ruhig; ein Schießbefehl wäre nicht unvorstellbar gewesen. Kaum einen Monat später, am 4. November, versammeln sich über eine halbe Million Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz. Man skandiert: „Wir sind ein Volk“. An der Spitze der SED wird nur kurz überlegt, ob man die Demonstration verhindern soll. Die Idee wird aber fallen gelassen.

Der 9. November bricht an. Anlässlich der Tagung des ZK-Plenums der SED hat das Politbüro den Auftrag gegeben, eine neue Ausreiseregulation zu entwerfen. Diese sieht zunächst nur die ständige Ausreise direkt aus der DDR, aber keine Rückkehr in die DDR vor. Von Sitzung zu Sitzung erfährt der Text eine Änderung, schließlich sollen alle Einschränkungen wegfallen. Es ist mittlerweile Abend geworden: Um 17.45 Uhr erhält Günter Schabowski – er ist in diesen Tagen Sprecher des SED-Zentralkomitees – den Auftrag, zur Pressekonferenz zu gehen, um über die Ergebnisse der Politbürositzung zu informieren. Kurz vor Ende der Pressekonferenz, es ist exakt 18.57 Uhr, stellt der italienische Journalist Riccardo Ehrman noch eine Frage nach dem Entwurf des Reisegesetzes. Daraufhin greift Schabowski zu einem Papier und liest diesen Text vor:

„Und deshalb haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen. [...] Also, Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen, Reiseanlässen und Verwandtschaftsverhältnissen beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“

Nach Rückfrage des Journalisten Peter Brinkmann ab wann das in Kraft tritt, antwortet Schabowski:

„Das tritt nach meiner Kenntnis, ähh, ist das sofort, unverzüglich.“

Eine kurze sprachlose Stille herrscht im Raum, um dann die Journalisten sofort in Hektik ausbrechen zu lassen. Um 19.05 Uhr verbreitet AP die Eilmeldung: „DDR öffnet Grenze“. Es wird die Hauptmeldung in den Nachrichtensendungen quer über den ganzen Kontinent. Ostberlin

erwacht wie aus einer Trance. Tausende DDR-Bürger brechen zu Fuß oder mit ihren Trabis auf und fahren zum Grenzübergang an der Bornholmer Straße. Die Grenzsoldaten sind noch völlig ahnungslos, wissen von nichts und haben auch noch keine Weisung bekommen. Angesichts der anstürmenden Massen bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die Grenzbalken zu öffnen. Beim Betreten des Westberliner Bodens hört man von den vor Freude strahlenden Menschen immer wieder Sätze wie: „Das ist die Stunde unserer Freiheit.“ Und am Ku'damm feiert man an diesem Abend bis weit in die Nacht hinein das Fest des Miteinander.

Die Überraschung des Falls der Berliner Mauer macht auch vor den Politikern nicht halt. Gerhard Ziegler, Pressesprecher von Außenminister Alois Mock, sitzt daheim vor dem Fernseher.

„Ich schaue mir die ZIB 2 an und sehe plötzlich, was sich so alles in Berlin abspielt. Mock war gerade in Brüssel auf Besuch und wohnte in der Botschaftsresidenz. Ich rufe sofort Botschafter Weinberger an: ‚Herr Botschafter, entschuldige diesen Anruf zu so später Stunde, da spielt sich was ab in Berlin. Ich muss unbedingt den Außenminister sprechen.‘ Er meinte: ‚Ich weiß nicht, der Herr Bundesminister hat sich schon zurückgezogen.‘ Daraufhin sage ich: ‚Dann gib mir bitte den Sekretär‘ – das war damals Martin Eichinger – ‚Mock schläft ohnedies noch nicht. Wie ich ihn kenne, liest er bis 2 Uhr morgens. Ich brauche den Minister.‘ Als ich dann endlich Alois am Apparat hatte, berichtete ich ihm von der aktuellen Entwicklung: ‚Herr Bundesminister, es brennt der Hut in Berlin, bitte dreh den Fernseher auf und mache ein Statement.‘“(1)

Den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl ereilt die Nachricht bei einem Staatsbesuch in Warschau, den er übrigens unterbricht, um für einen Tag nach Berlin zu fliegen, wengleich ihm damals vor dem Schöneberger Rathaus ein unfreundlicher Empfang bereitet wurde. Noch war das Thema Wiedervereinigung nicht in den Köpfen der Menschen. Kohl hingegen sah, dass sich nun ein historisches Fenster öffnen würde. Kohl-Berater Wolfgang Bergsdorf weiß um dessen Traum:

„Es gab 1989 einen Parteitag in Bremen, dort sollte ein neues Parteiprogramm verabschiedet werden. Heiner Geißler hat einen solchen Entwurf gemacht und in diesem Entwurf die Wiedervereinigung gestrichen. Kohl hat daraufhin ein Riesentheater gemacht und ihn gezwungen, das Thema Wiedervereinigung wieder hinzunehmen. Damals glaubten wir alle noch nicht, dass die Wiedervereinigung innerhalb von zwei Jahren stattfinden würde.“ (1)

Gorbatschow und die Auswirkungen für Österreich

Kohl hatte in Michail Gorbatschow, Eduard Schewardnadse, Boris Jelzin und George Bush auch jene Partner auf der Weltbühne, die die Zusammenführung der beiden Deutschlands unterstützten.

Besonders wichtig war freilich, dass Gorbatschow und Kohl miteinander konnten. Dabei stand, so Bergsdorf, der deutsche Kanzler seinem russischen Visavis anfänglich noch etwas reserviert gegenüber, was sich aber schließlich änderte. Das Verhältnis der beiden Staatsmänner beschreibt Joachim Bitterlich:

„Kohl und Gorbatschow haben sich verstanden, weil Gorbatschow sehr russisch denkt und auch über längere Linien hinweg denken kann. Das zeigte die Unterredung Kohl-Gorbatschow über die deutsche Frage, über die europäische Frage. Da gab es letztlich Annäherungen, und die führten dazu, dass ein Kohl und ein Gorbatschow sich nahestanden. Kohl hat aufrichtig versucht, den Russen zu helfen, immer wieder, und das hat sich dann übertragen auf Jelzin.

Kohl war der entscheidende Wegbereiter, dass Jelzin auch von anderen wahrgenommen wurde, oder dass Russland wahrgenommen wurde; auch dass ein Clinton Jelzin wahrnahm. Für mich ist nur bis heute die Rolle von Jelzin und dem Apparat nicht klar. Der Apparat war der alte kommunistische Apparat, etwas modernisiert, wenn man so will, aber: War da neues Denken wirklich da? – Ich habe dieses große Fragezeichen bis heute.“ (1)

Übrigens profitierte auch Österreich von dieser politischen Konstellation, die von Moskau ausgegangen war. Bereits 1988, im Zuge der Diskussionen über ein Beitrittsansuchen Österreichs an die – wie sie damals noch hieß – Europäische Gemeinschaft, reisten sowohl Bundeskanzler Vranitzky wie auch Außenminister Mock unabhängig voneinander nach Moskau, um die Stimmungslage im Kreml zu sondieren.

Martin Eichtinger begleitete Mock auf der Reise nach Moskau. Dabei traf man auch mit Außenminister Schewardnadse und Gorbatschow zusammen:

„Mock hat dort präsentiert, was Österreich vorhat, nämlich dass wir einen Beitrittsantrag stellen wollen. Es kam kein Widerspruch. Sie gaben keine negativen Stellungnahmen ab. Als Alois Mock nach Österreich zurückgekommen ist und dies Vranitzky mitgeteilt hat, ist er dort auf relativ ungläubige Ohren gestoßen. Sie fragten: ‚Wirklich?‘ – ganz erstaunt. Vranitzky hat es

sich nicht nehmen lassen, dass er selber nach Moskau fliegt. Und der Premierminister hat mehr oder minder im Sinne von Gorbatschow und Schewardnadse gesagt: ‚Schauen Sie, wir sagen jetzt schon den Warschauer-Pakt-Mitgliedstaaten: Was ihr machen wollt, das macht ihr. – Warum sollten wir uns einmischen, wenn Österreich diesen Weg geht?‘ Vranitzky ist dann mehr oder minder mit der Überzeugung zurückgekommen, dass wir von der sowjetischen Seite kein Veto zu erwarten hätten.“ (1)

Damit war der Weg für das Beitrittsansuchen Österreichs frei. Die Regierung beschloss noch am 26. Juni, also einen Tag bevor der offizielle Akt für den Abbau des Eisernen Vorhangs stattfand, den Brief nach Brüssel zu schreiben. Eichtinger macht auf einen wichtigen Zeitablauf aufmerksam:

„Schweden und Finnland hatten sich in dieser Zeit nicht getraut, den Beitrittsantrag zu stellen – Finnland aufgrund der Kriegserfahrung und der Grenze mit der Sowjetunion. Die haben erst nach dem Fall der Berliner Mauer den Beitrittsantrag gestellt. Österreich war der absolute Vorreiter, weil wir von den Neutralen die Ersten waren, die offen erklärten: Wir wollen in die EG, trotz bestehender Sowjetunion.“ (1)

QUELLENHINWEIS

Die Zitate stammen weitgehend aus Interviews, die der Autor in den letzten zwölf Monaten persönlich geführt bzw. auch aktuell eingeholt hat. Dazu kommen einige Originalzitate aus Reden sowie bereits veröffentlichten und belegten Beiträgen.

Die mit (1) ausgewiesenen Zitate stammen aus einer Publikation des Alois-Mock-Instituts mit dem voraussichtlichen Titel „Grenzen überwinden“. Die mit (2) gekennzeichneten Zitate wurden dem öffentlich zugänglichen Zeitzeugenportal der Stiftung Haus der Geschichte (Bonn) entnommen.

VIELFALT DER SPRACHEN

85 %
Übersetzung

15 %
Verdolmetschung

Mehrsprachigkeit sowie die Förderung der sprachlichen Vielfalt stellt eines der Grundprinzipien der EU dar. 2013 erhöhte sich die Zahl der Amtssprachen mit dem Beitritt Kroatiens zur EU auf 24. Zwar dominieren in der Kommunikation die Sprachen Englisch, Französisch und Deutsch, dennoch werden sämtliche offizielle Dokumente in alle 24 Amtssprachen übersetzt sowie nach Wunsch gedolmetscht, das heißt mündlich übersetzt. Innerhalb der Europäischen Kommission dominiert mit knapp 85 % das Stammpersonal für Übersetzung gegenüber 15% für Verdolmetschung. Mit 2 252 050 in EU-Amtssprachen übersetzten Seiten erreichte die Generaldirektion Übersetzung 2018 einen neuen Rekord. Die Übersetzungen in Nicht- EU-Sprachen belaufen sich auf 2 704 Seiten und damit auf nur 0,1 % der Gesamtanzahl.

Stammpersonal DG Translation
(Europäische Kommission)

2.252.050
Seiten

99,9 %

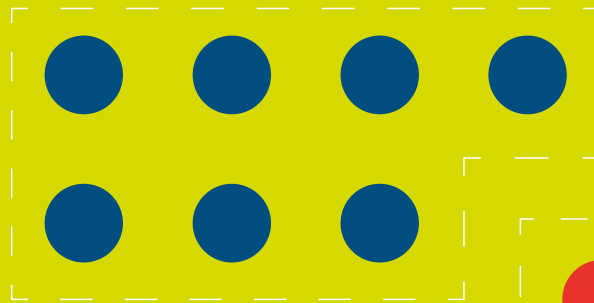
2.704
Seiten



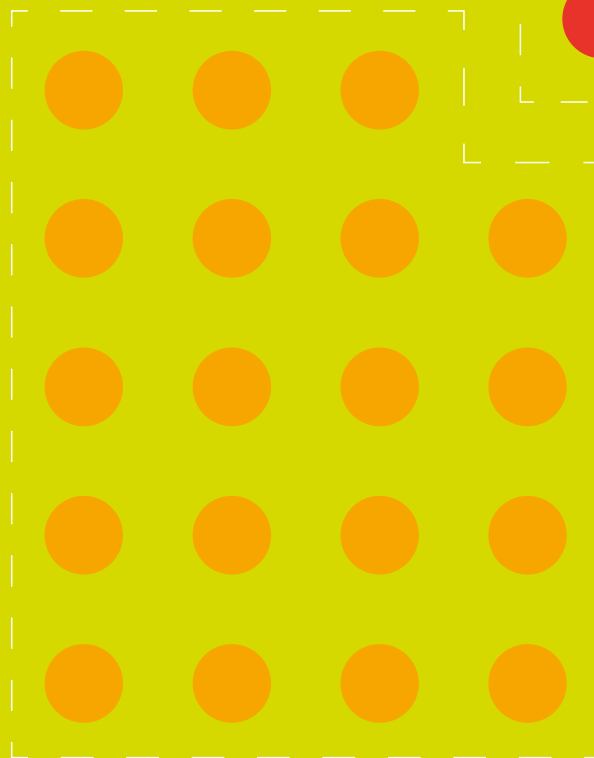
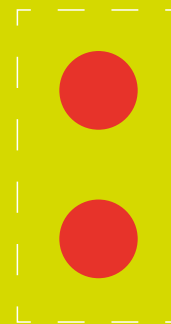
0,1 %

Anzahl an übersetzten Seiten der
DG Translation (Stand Dez. 2018)

7 Mitgliedsländer außerhalb des Währungsgebiets



2 EU-Länder mit Nichtbeteiligungsoption



19 Mitgliedsländer verwenden den € als offizielle Währung

19 VERSUS 28 – DIE EUROZONE IN DER EU

Der Euro gilt als Inbegriff der europäischen Identität. Die nunmehr am zweithäufigsten verwendete Währung der Welt wurde 1999 als Buchgeld und 2002 als Bargeld eingeführt. Heute verwenden 19 der 28 Mitgliedsländer den Euro als gemeinsame Währung und bilden gemeinsam den Euroraum, auch Eurozone genannt. Hinsichtlich der neun verbleibenden Länder gilt es, zwischen jenen zu unterscheiden, bei denen die Einführung des Euros bislang aussteht (Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn) und jenen (Dänemark, Vereinigtes Königreich), die eine Nichtbeteiligungsoption ausgehandelt haben. Während Erstere die Einführung des Euros nach Erfüllung der sogenannten Konvergenzkriterien anstreben, vereinbarten Dänemark und das Vereinigte Königreich für sich Ausnahmeregelungen, die sie nicht zur Einführung des Euros verpflichteten.

HERBERT VYTISKA

ÖSTERREICHS WEG IN DIE EU

„Jeder Österreicher sollte darauf stolz sein, dass die Europäische Einigungsbewegung in Wien geboren wurde.“

Dieser Satz mag überraschen, entspricht aber dennoch der Realität. Verfasst hat ihn Richard Coudenhove-Kalergi. Er, der österreichische Schriftsteller und Philosoph, hatte nämlich bereits 1923 – geprägt von den Schwierigkeiten der Nachkriegszeit – das sogenannte „Paneuropäische Manifest“ verfasst. Für ihn stand fest, dass die Entwicklung der Nationalstaaten an einem toten Punkt angelangt sei. Würden die Staaten Europas nicht ihre Streitigkeiten beilegen, dann müssten sie damit rechnen, von den USA und der Sowjetunion überflügelt zu werden, ja es bestehe sogar die Gefahr, sich in einem erneuten Weltkrieg gegenseitig zu vernichten. Seine Schlussfolgerung ist der Abschluss eines Paneuropäischen Pakts, das heißt der Abbau der Grenzen zwischen den europäischen Staaten und die Schaffung eines europäischen Staatenbunds.

Coudenhove-Kalergi kann eine Reihe europäischer Persönlichkeiten für seine Idee gewinnen, so unter anderem den deutschen Außenminister Gustav Stresemann, den französischen Ministerpräsidenten Aristide Briand, die österreichischen Politiker Karl Renner und Ignaz Seipel, aber auch Albert Einstein und Thomas Mann.

Die Idee bleibt, wie die Geschichte belegt, eine Illusion. Der prophezeite Zweite Weltkrieg legt Europa in weiten Teilen in Schutt und Asche. Die Sehnsucht nach einem dauerhaften Frieden bleibt aufrecht und wird

auch mit mehr Ernsthaftigkeit verfolgt. So wird bereits am 26. Juni 1945 auf der Konferenz von San Francisco die Charta der Vereinten Nationen von 50 Staaten, darunter alle Weltmächte, unterzeichnet.

1946

Churchill auf den Spuren Coudenhove-Kalergis

Die Vision eines vereinten Europas, die Coudenhove-Kalergi vor dem Krieg formuliert hatte, ist aber noch nicht ganz vergessen. Seine Idee greift der britische Oppositionsführer Winston Churchill auf. Am 19. September 1946 plädiert er bei einem Vortrag in Zürich für ein Zusammenrücken Europas:

„Und doch gibt es [...] ein Mittel, das [...] in wenigen Jahren ganz Europa [...] frei und glücklich machte [...] Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten. Nur auf diese Weise werden Hunderte von Millionen sich abmühender Menschen in die Lage versetzt, jene einfachen Freuden und Hoffnungen wiederzuerhalten, die das Leben lebenswert machen. Das Vorgehen ist einfach. Das einzige, was nötig ist, ist der Entschluss Hunderter von Millionen Männer und Frauen, recht statt unrecht zu tun und dafür Segen statt Fluch als Belohnung zu ernten. [...]

Bei all diesen dringenden Aufgaben müssen Frankreich und Deutschland zusammen die Führung übernehmen. Großbritannien, das britische Commonwealth, das mächtige Amerika [...] sollen die Freunde

und Förderer des neuen Europa sein und dessen Recht, zu leben und zu leuchten, beschützen. Darum sage ich Ihnen: Lassen Sie Europa entstehen!“

Er spricht von einem vereinigten Europa unter dem Schutz der USA, aber noch ohne das Vereinigte Königreich. Das hat zu diesem Zeitpunkt auch seinen Grund darin, dass 1931 das Commonwealth gegründet wurde, das insgesamt 53 Staaten eng an das Britische Empire band; in London verstand man sich daher als ein eigener Staatenverbund.

1947 Der Marshallplan wird zum Erfolgsrezept für Westeuropa

Europa ist von den Kriegsfolgen schwer gezeichnet. Quer durch viele Staaten ziehen sich die Spuren der Bombenteppiche, die Häuser, Industrieanlagen, Verkehrswege und viele Kulturdenkmäler zerstört hatten. Der Wiederaufbau kommt nur langsam in Schwung. Die Versorgungslage der Bevölkerung gibt vor allem in Deutschland und Österreich noch Anlass zu großer Sorge.

Das darniederliegende Europa veranlasst, ein Wirtschaftsbelebungsprogramm auszuarbeiten. Am 3. April 1948 wird es vom Kongress der Vereinigten Staaten verabschiedet und am selben Tag von US-Präsident Harry S. Truman in Kraft gesetzt. Mit diesem auch Marshallplan genannten Programm leisten die USA den Teilnehmerstaaten Hilfen im Wert von insgesamt 12,4 Milliarden Dollar (entspricht heute rund 125 Milliarden Dollar). Drei Ziele werden damit vorrangig verfolgt:

- Hilfe für die Not leidende und teilweise hungernde Bevölkerung Europas
- Eindämmung des Einflusses der Sowjetunion und des Kommunismus sowie
- Verhinderung eines wirtschaftlichen Einbruchs mit Auswirkung auf die Absatzmärkte der USA.¹

Verwaltet werden die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel von der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), die am 16. April 1948 ihre Arbeit aufnimmt. Ihr Ziel ist es, ein gemeinsames Konzept zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Zusammenarbeit in Europa zu erarbeiten sowie umzusetzen, und zwar unter Einbeziehung der europäischen Länder in den Entscheidungsprozess.

Auch die Satellitenstaaten der Sowjetunion wer-

den eingeladen, am Marshallplan zu partizipieren. Diesem Ansinnen wird aber von Moskau ein Riegel vorgeschoben. Im Grunde genommen beginnt damit die wirtschaftliche Auseinanderentwicklung von West- und Osteuropa, denn auch die 1949 durch die Sowjetunion erfolgte Gründung des COMECON, des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, als sozialistisches Pendant zum Marshallplan verschärft die Zweiteilung Europas nur. Sozialistische Planwirtschaft hat letztlich keine Chance gegen das Konzept einer sozialen Marktwirtschaft, das sich von Deutschland ausgehend ab Ende der 1940er-Jahre zu entwickeln beginnt.

Dafür wird die Umsetzung des Marshallplans eine Erfolgsgeschichte, wie übrigens das Beispiel Österreich zeigt. So berichtete später Botschafter Heinrich Haymerle, der als junger Diplomat die Verhandlungen verfolgte, dass aufgrund der dramatisch schlechten Gesamtlage bei Österreich Zweifel bestanden, ob das Land überhaupt in der Lage sei, die Auflagen des Marshallplans zu erfüllen.

Mit Vorbehalten wurde die Förderung gewährt. Tatsächlich gehörte Österreich zu jenen Staaten, die dank des Wiederaufbauwillens der Bevölkerung, des ge- und entschlossenen Agierens der Regierung und der Sozialpartnerschaft, die zum Garant für ein besonders stabiles soziales Klima wurde, einen der nachhaltigsten Erfolge erzielten.

1949 Die Gründung des Europarats

Westeuropa rückt zusammen. Am 5. Mai 1949 wird in London der Europarat gegründet. Zehn Staaten, nämlich Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Schweden und Großbritannien schließen sich zur ersten internationalen europäischen Vereinigung zusammen. Deutschland und Österreich dürfen noch nicht teilnehmen. Die Bundesrepublik Deutschland wird 1951 Mitglied. Österreich folgt 1956. Wie schon beim Marshallplan untersagt die sowjetische Führung den Volksdemokratien auch eine Mitgliedschaft beim Europarat.

Bei der Gründungssitzung darf Österreich nur durch einen Beobachter vertreten sein. Der ÖVP-Abgeordnete Eduard Ludwig, bereits seit 1945 Mitglied der Union Parlementaire Européenne, deponiert aber bereits bei dieser Gelegenheit, dass man, wo immer möglich, an der Realisierung einer Friedenspolitik mitwirken wird.

Der Europarat hat zwar keine politische Macht – er versteht sich vor allem als ein Forum für Debatten über allgemeine europäische Fragen, seine Satzung sieht eine allgemeine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Förderung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt vor –, er setzt aber Maßstäbe; so wird 1950 die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten verabschiedet.

1951 Die Montanunion – Startrampe für die EWG

Die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion, die bislang jedenfalls Basis für die Schaffung von Kriegsgütern bildete, soll einer gemeinsamen Kontrolle unterstellt werden. Am 7. Mai 1950 unterbreitet der französische Außenminister Robert Schuman (der zusammen mit dem Franzosen Jean Monnet und Italiens Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi zu den treibenden Kräften eines europäischen Schulterchlusses zählt) diesen Plan dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer. Dieser stimmt sofort zu, einerseits, weil dies zu diesem Zeitpunkt eine Aufwertung der Bundesrepublik Deutschland bedeutet, und andererseits, weil es dem Ruhrgebiet die Chance für einen Neubeginn und für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung gibt.

Robert Schumans Rede am 9. Mai, der heute als Europatag gefeiert wird, geht mit einem Zitat in die Geschichte ein:

„Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. [...] Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.“

Auch Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg machen mit. Am 18. April 1951 wird die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, kurz EGKS oder Montanunion genannt, gegründet. Sie ist der erste und ein richtiger Schritt in Richtung eines neuen Europas.

1953 Figls Vision von einem vereinten Europa

In Österreich und vor allem in Wien bestimmen noch immer die vier Besatzungsmächte das Bild in der Öffentlichkeit. Ein Staatsvertrag, der das Land in die ersehnte Freiheit und Unabhängigkeit führt, ist noch nicht in Sicht. Außenminister Leopold Figl denkt aber bereits an die Zukunft und macht dabei auch deutlich, wo der Platz Österreichs in der Welt ist. Bei einer Reise zu den drei westlichen Besatzungsmächten, nach Paris, London und Washington, bei der er für den Staatsvertrag und die demokratische Reife des Landes wirbt, stellt er unmissverständlich klar:

„Österreich ist der östlichste Vorposten der freien Welt.“

Bei den Alpbacher Hochschulwochen 1953 spricht Figl, wie „Volksblatt“-Chefredakteur Peter Klar in späteren Jahren recherchieren wird, erstmals von

„einem vereinigten Europa nach dem Vorbild der USA“.

Daheim gibt es noch andere Probleme. So etwa muss sich Bundeskanzler Julius Raab in Zusammenhang mit den laufenden Verhandlungen mit den vier Besatzungsmächten immer wieder verteidigen und klarstellen, er sei *„weder russophil noch amerikaphil sondern einfach austrophil“*. Durch das Verhandlungsgespür des Kanzlers und seines Außenministers gelingt es jedenfalls, ein Mondfenster für Österreich zu nutzen. Mit dem Tode Stalins am 5. März 1953 kommt Bewegung in die Gespräche Österreichs mit Moskau. Raab und Figl gelingt ein diplomatisches Meisterstück. Am 15. Mai 1955 (tags zuvor wurde der Warschauer Pakt gegründet) unterschreiben die vier Besatzungsmächte den Staatsvertrag. Figl spricht die berühmten bewegenden Worte:

„Österreich ist frei!“

Es sind dies Worte, die sich später Außenminister Alois Mock zu Herzen nimmt und beim Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit der EU in einer modifizierten Form ausspricht:

„Österreichs Weg in die EU ist frei.“

1957

Die Geburtsstunde der EWG

Der Erfolg der Montanunion beflügelt die Politiker, über weitere Modelle der Zusammenarbeit in Europa nachzudenken. Die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion scheitert zwar am Einspruch der französischen Nationalversammlung, bei einer Konferenz 1955 in Messina verständigt man sich allerdings auf eine Zusammenführung der Volkswirtschaften. Der belgische Politiker Paul-Henri Spaak wird zum Vorsitzenden einer Kommission bestellt, die einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten hat. Der sogenannte Spaak-Bericht ist gewissermaßen die Geburtsurkunde der heutigen Union. Folgende Kernziele werden formuliert:

- Abschaffung der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten
- Einführung eines gemeinsamen externen Zolltarifs
- Einführung einer gemeinsamen Politik in den Bereichen Landwirtschaft und Verkehr,
- Errichtung eines Europäischen Sozialfonds,
- Errichtung einer Europäischen Investitionsbank,
- Förderung engerer Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten.

Am 25. März 1957 werden die Römischen Verträge unterzeichnet – zunächst noch ohne Großbritannien, das erst 1973 zur Gemeinschaft stößt. Die Montanunion wird um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) erweitert. Brüssel und Luxemburg werden die Hauptsitze.

1959

EFTA: Die Gründung einer „Soft-EWG“

Die Gründung der EWG war auch für andere westeuropäische Länder, die daran nicht teilnehmen bzw. teilnehmen können, eine Herausforderung.

Schon vor dem Inkrafttreten der Römischen Verträge löst die britische Regierung eine innereuropäische Diskussion über das Konzept einer europäischen Wirtschaftseinheit aus. Ohne Preisgabe nationaler Souveränität möchte London eine große europäische Freihandelszone errichten, bei der zwar die Zölle zwischen den Mitgliedern abgebaut werden, die Mitglieder aber ge-

genüber Drittländern handelspolitisch autonom bleiben.

Die britische Initiative zur Schaffung eines parallelen Wirtschaftsbündnisses hatte zwei Aspekte. Einerseits sah man die Notwendigkeit einer Freihandelszone zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit (ohne dabei einen allzu engen europäischen Schulterschluss anzustreben), andererseits ging es aus damaliger Sicht auch darum, zu verhindern, dass Westeuropa vielleicht in zwei Wirtschaftsblöcke zerfallen könnte, wenn die große Freihandelszone nicht zustande kommt. Gerade unter dem zweiten Aspekt ist es verständlich, dass die britische Initiative von Dänemark, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz unterstützt wurde. Für die Neutralen war außerdem die Nähe der EWG zum westlichen Verteidigungsbündnis NATO ein fast unüberwindliches Beitritts Hindernis.

Am 20. November 1959 einigt man sich in Stockholm auf die Gründung der EFTA, der Europäischen Freihandelsassoziation, in Kraft treten die Verträge aber erst am 3. Mai 1960. Die Verträge werden von Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz unterzeichnet. Finnland folgt 1961, Island 1970.

Handelsminister Fritz Bock (ÖVP), der für Österreich die Verhandlungen führt, hätte übrigens viel lieber einen Beitritt zur EWG angepeilt. Dagegen allerdings hat Moskau Einwände, wie dies Außenminister Andrej Gromyko immer wieder artikuliert. Auch der Koalitionspartner SPÖ ist dagegen. Zeitzeuge Bock:

„Von sowjetischer Seite wurde immer wieder behauptet, dass eine Teilnahme Österreichs an der westeuropäischen Wirtschaftsintegration die Neutralität des Landes verletzen würde. Wir haben diesen Standpunkt energisch zurückgewiesen. Dass das auch in Österreich nicht reibungslos vor sich gehen würde, ist bekannt. Man darf nicht vergessen, dass die Sozialistische Partei sogar lange Zeit eine Kampagne gegen die EWG führte. Ich erinnere mich da an den Ausspruch Bruno Pittermanns, dass Österreich ‚diese kapitalistische Gesellschaft der EWG‘ gar nicht brauche.“

Im Gegensatz dazu prescht die FPÖ vor. Deren Abgeordneter Willfried Gredler bringt im Parlament einen Initiativantrag ein, mit dem der Beitritt Österreichs zur EWG gefordert wird. Er findet keine Mehrheit. Die Koalitionstreue und das russische Njet sind starke, unüberwindbare Gegenargumente.

Das Ziel der EFTA, eine starke Verhandlungsposition gegenüber der EWG zu schaffen, wird nicht erreicht. Es gibt daher 1960 und 1961 gleich mehrere Versuche, mit der EWG Verhandlungen über eine Zusammenarbeit aufzunehmen. Insbesondere in Großbritannien hatte man erkannt, dass sich das wirtschaftliche Wachstum in den EWG-Staaten

schneller und stärker entwickelt. Im Juli 1961 entschließt sich London daher, den EWG-Beitritt zu beantragen. Diesem Antrag schließen sich auch Dänemark und Norwegen an. Die neutralen EFTA-Staaten Österreich, Schweden und die Schweiz wählen einen anderen Weg und beantragen die Assoziierung mit der EWG. Die Bemühungen bleiben erfolglos. Schon damals gibt es innerhalb der Gemeinschaft immer wieder Meinungsverschiedenheiten, etwa über eine mögliche Erweiterung. Dazu kommt in der Ära von Charles de Gaulle ein politisches Spannungsverhältnis zwischen London und Paris. Die EWG blockt die Begehrlichkeit des Vereinigten Königreichs ab. Erst 1973 wird es daher zum Beitritt kommen, der nur zwei Jahre später bereits wieder infrage gestellt werden soll – diesmal von der Labour Party. Die Volksabstimmung am 5. Juni 1975 endet allerdings mit einem proeuropäischen Votum.

1965 Josef Klaus: Vergesst den östlichen Flügel Europas nicht!

1964 kommt es an der Spitze der österreichischen Regierung zu einer Wachablöse. Mit Josef Klaus wird ein Reformpolitiker Bundeskanzler. Auch bei der Europapolitik setzt Klaus neue Initiativen und will es nicht beim Status quo belassen.

Die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Liliane Maury Pasquier, würdigt anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Europarats die Rolle Österreichs, gerade auch in der Zeit der Teilung Europas. Wien habe stets eine vermittelnde Funktion im Europarat eingenommen. Seit 1956 Mitglied, habe die Republik fortwährend am Ausbau des Europarats gearbeitet, besonders in Richtung Osteuropa. Pasquier zitierte dabei Josef Klaus, der 1965 in einer Rede vor dem Europarat festhielt: „*Europa endet nicht an den östlichen Grenzen meines Landes*“, das europäische Projekt sei ohne die Einbeziehung osteuropäischer Staaten unvollständig. Klaus hatte dabei, was die tatsächlichen Möglichkeiten des Europarats betraf, eine sehr realistische Einschätzung:

„Der Europarat stand bei den Regierungen im Westen nie hoch im Kurs und fand bei den Oststaaten eisige Ablehnung. Und doch erwies er sich als Stätte der Begrenzung und der Diskussion neuer Initiativen.“

Eine dieser neuen Initiativen betraf eine aktive Ostpolitik, die die Rolle des neutralen Österreichs als Brücke zwischen Ost und West verstärken und ausbauen helfen sollte.

Diese aktive Ostpolitik wurde von der SPÖ sogleich als eine Ostlastigkeit der Regierung Klaus angeprangert. Übersehen wurde dabei nur, dass auch Initiativen in Richtung Westen gesetzt wurden. Klaus ist es nämlich auch, der es 1965 erreicht, dass die EWG Assoziierungsverhandlungen mit Österreich beginnt. Zwei Jahre später werden diese allerdings abgebrochen, einerseits aufgrund eines Vetos Italiens, bedingt durch den schwellenden Konflikt in Südtirol, andererseits aber auch durch Frankreich, weil für Paris eine Teilnahme an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nur durch eine Vollmitgliedschaft möglich ist.

Im Kabinett von Bundeskanzler Klaus ist auch Alois Mock als Kabinettschef vertreten. Er beginnt dort, nachdem er zuvor schon kurz bei der OECD in Paris tätig war, seine politische Laufbahn. Wendelin Etmayer, bei Staatssekretär Heinrich Neisser tätig, wird sein Büroleiter im ÖAAB und verfolgt als Nationalratsabgeordneter und Botschafter seine politischen Aktivitäten. Für ihn ist Mock „*ein Politiker, der nicht nur Ideale hatte, sondern auch an diese glaubte und sie mit aller Konsequenz verfolgte*“. Das betraf die Auseinandersetzung mit neuen gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen ebenso wie sein Engagement im Balkankonflikt und vor allem in der Europapolitik, wo es ihm gelang, jene Kreise, auch in der Hochbürokratie, die der Neutralität fast bedingungslos anhängen, davon zu überzeugen, dass ein Beitritt zur EG sehr wohl möglich ist.

1972 Aus der EWG wird die EG

Mit der Wahl von Georges Pompidou zum französischen Staatspräsidenten endet die Zeit des Stillstands in der EG. Diese firmiert seit 1967, nachdem die drei Institutionen EGKS, also Montanunion, EWG und EURATOM zusammengeführt wurden, unter dem Namen Europäische Gemeinschaften, kurz EG genannt.

Der europäische Integrationszug nimmt Anfang der 1970er-Jahre weiter Fahrt auf. Jetzt geht es um die sogenannte Westerweiterung. Am 22. Jänner 1972 werden die Verträge über den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Irlands und Norwegens zur EWG unterzeichnet. Der offizielle Beitritt erfolgt am 1. Jänner 1973, allerdings ohne Norwegen, da dessen Bevölkerung sich in einer Volksabstimmung, wenn auch nur knapp, dagegen entscheidet.

Am 22. Juli 1972 wird zudem ein Freihandelsabkommen zwischen der EWG und der EFTA abgeschlossen.

1979 finden erstmals Europawahlen statt. Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge kam es zwar zur Einrichtung eines Europäischen Parlaments, jedoch wurden die 142 Abgeordneten zunächst nicht von der Bevölkerung gewählt, sondern nur von den nationalen Parlamenten entsandt. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament von 7. bis 10. Juni 1979 in allen neun Mitgliedstaaten werden die Sozialdemokraten mit 113 Mandaten die stärkste Partei. Dahinter folgen mit 107 Sitzen die Europäische Volkspartei, mit 64 die Konservativen (den Schwerpunkt bildet die britische Conservative Party, die nicht Mitglied der EVP werden wollte, aber in der EDU vertreten ist), mit 44 die Kommunisten und mit 40 die Liberalen. 410 direkt gewählte Abgeordnete treten am 17. Juli zur ersten Sitzung in Straßburg zusammen. Seither gibt es alle fünf Jahre Wahlen zum Europäischen Parlament. Seit 1999 ist nicht mehr die sozialdemokratische Fraktion, sondern die EVP die Nummer eins.

In Westeuropa kommt es der Reihe nach in drei der südlichen Länder zum Ende der Diktaturen und zur Etablierung eines parlamentarischen demokratischen Systems. Die Folge ist, dass 1981 Griechenland EG-Mitglied wird. Fünf Jahre später folgen noch Spanien und Portugal. Damit ist die sogenannte Süderweiterung der EG abgeschlossen.

1983 erhält die EG gewissermaßen auch ein Logo. Genau genommen wird dieses vom Europarat übernommen. Es handelt sich dabei um jene Flagge, die 1955 für den Europarat geschaffen und 1983 vom EU-Parlament übernommen wurde. Die zwölf Sterne haben nichts mit der damaligen Zahl der Mitgliedsländer der EG zu tun, sondern stehen für die Werte Einheit, Solidarität und Harmonie zwischen den Völkern Europas.

Österreich will grenzüberschreitende Kooperation der Donauländer

Österreich gibt sich mit dem Status quo, Grenzland und vor allem Endstation des freien Westeuropas zu sein, nicht zufrieden. Bereits 1982 wird der Versuch unternommen, eine Zusammenarbeit aller Länder entlang der 2.400 Kilometer langen Donau zu initiieren. Es ist der Landeshauptmann von Niederösterreich Siegfried Ludwig, der am 1. Juni 1982 in Anlehnung an die schon bestehende Alpen-Adria-Region die Gründung einer Donauregion angeregt:

„Mir schwebt die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aller am Strom liegenden Länder mit klar formulierten Zielsetzungen vor. [...] Sie soll bereits bestehenden Institutionen, vor allem der internationalen Donaukommission, keine Konkurrenz machen. Sie soll sich nicht die Fertigstellung des Rhein-Main-Donaukanales zum Ziel setzen, so sehr wir auch die Verwirklichung dieses Projektes wünschen und fordern. Sie soll sich nicht primär mit wirtschaftlichen Problemen, wie etwa mit der Errichtung neuer Kraftwerke oder dem Bau neuer Hafenanlagen beschäftigen. [...] Die Donau ist nämlich nicht nur eine der Lebensadern unseres Kontinents, sondern auch ein einigendes Band für viele Völker Europas. Daher wäre es nur logisch, wenn sich alle diese Völker dazu aufraffen, quer durch den Kontinent eine echte Friedenszone zu schaffen.“

Daher soll ein Gesprächsforum gegründet werden, an dem sich neben Niederösterreich, Bayern, Oberösterreich und Wien die an der Donau liegenden Regionen der Tschechoslowakei, Ungarns, Jugoslawiens, Rumäniens, Bulgariens und der Sowjetunion beteiligen sollten.

Noch im Sommer 1982 wurden erste Sondierungsgespräche begonnen, um die Vertreter der an der Donau gelegenen Länder und Regionen östlich von Österreich in geeigneter Weise ansprechen zu können. Noch aber ist der kommunistische Ostblock nicht willens, über die Grenzen zu springen.

Erst am 6. November 1989 ist es so weit: Die ARGE Donauländer wird formell gegründet. Sie umfasst mittlerweile 41 Regionen aus dem Donauroum Europas.

1984 Karas, Hahn und Leitl initiieren Diskussion über EG-Beitritt

Für die österreichischen Politiker war immer klar, dass die vier Signatarmächte des Staatsvertrages, insbesondere die UdSSR, bei einer Veränderung der außenpolitischen Position ein gewaltiges Wort mitzureden haben. Aber so wie man es entgegen dem politischen Zeitgeist in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre geschafft hatte, mit den Sowjets ihren Abzug aus Österreich auszuverhandeln und damit die volle Souveränität des Landes von fremden Mächten zu erreichen, so war man auch überzeugt, mit den Russen letztlich zu einem Agreement betreffend eine intensive Beziehung mit der EWG zu kommen. Die Angsthasen saßen in den westlichen Staatskanzleien und Pompidou machte deutlich, dass die Westmächte „den

russischen Bären nicht reizen“ wollten – jedenfalls nicht, wenn es bloß darum geht, dass Österreich stärker in die EWG miteinbezogen wird.

Unabhängig davon beginnt in der ÖVP die Diskussion über eine aktive Teilnahme Österreichs am europäischen Integrationsprozess. Bereits 1978 wird im Parlament ein Antrag bezüglich einer neuen Schwerpunktsetzung in der Außenpolitik eingebracht, wo unter anderem wörtlich von „*einem Ausbau der Mitarbeit in der europäischen Integration*“ die Rede ist.

1984 arbeitet die ÖVP an einem Zukunftsmanifest. Das Kapitel Europa darf nicht fehlen, es sind drei Absätze, in denen darauf Bezug genommen wird. Dabei finden sich wieder zwei wichtige Motive: Einerseits sucht Österreich seinen besonderen Platz in Mitteleuropa, an der Demarkationslinie zwischen Ost und West, als ein Land, das unzweifelhaft prowestlich orientiert ist, aber auch als akzeptierter Nachbar und Gesprächspartner im kommunistischen Osten gilt. Andererseits versucht sich Österreich Schritt für Schritt, der EG zu nähern, wenngleich zu dieser Zeit noch klar ist, dass es eine lange Zeit mehr als geschickter Überredungskunst bedürfen wird, um der UdSSR das Njet auszureden. Im Originaltext liest sich das so:

„Österreichs Geschichte ist immer europäische Geschichte gewesen. Mit ihren Höhen und Tiefen hat sie an den Höhen und Tiefen dieses Kontinents teilgehabt. Allen übernationalen Einigungsbestrebungen, die nicht seiner Neutralität widersprechen, weiß Österreich sich mit Hirn und Herz verbunden. Der Prozeß der europäischen Integration darf daher nicht an den Grenzen der Europäischen Gemeinschaft enden; er muß in der jeweils geeigneten Form alle im Europarat vereinigten europäischen Demokratien umfassen. Es steht außer Frage, daß es für Österreich lebenswichtig ist, innerhalb dieses europäischen Integrationsraumes den ihm entsprechenden Platz zu finden. Die erforderlichen Initiativen müssen rasch erfolgen, z. B. durch Teilnahme österreichischer Unternehmungen an der europäischen Industrieforschung, beim Umweltschutz, durch Öffnung der Grenzen, in der Verkehrspolitik, beim europäischen Binnenmarkt.“

Zudem gibt es eine deutliche Adresse an die Staaten hinter dem Eisernen Vorhang:

„Österreich ist ein Bestandteil der westlichen Welt. Als immerwährend neutraler, demokratischer, sozialer Rechtsstaat sind wir vielen Staaten Ost- und Mitteleuropas Vorbild und Hoffnung. Österreich fühlt sich heute den Völkern Mittel- und Osteuropas doppelt nah, weil eine jahrhundertelange, oft genug von Tra-

gik überschattete gemeinsame Geschichte allzu jäh abgebrochen und weil die Wiederanknüpfung freundschaftlicher Beziehungen durch die Spaltung Europas besonders schwer gemacht worden ist. Auf den Abbau von Barrieren, die zwischenmenschliche, geistige, kulturelle Begegnung behindern [...], muß Österreich mit aller Kraft hinarbeiten.“

Es sind die Jungen in der Volkspartei, die sich aus der Deckung wagen. Im September 1984 verlangt der Obmann der JVP, Othmar Karas, endlich:

„neue Formen der EG-Mitgliedschaft zu suchen“, mehr noch: „langfristig darf ein EG-Beitritt Österreichs nicht mehr ausgeschlossen sein.“

Karas wird zum Bannerträger der Bewegung, die Dynamik in den innerösterreichischen Diskussionsprozess bringt. Mitstreiter findet er beim Obmann der Wiener Jungen ÖVP Johannes Hahn und bei Christoph Leitl, dem Vorsitzenden der Jungen Industrie.

Hahn, auch internationaler Sekretär der JVP, ist vor allem von den Möglichkeiten des Bildungsaustausches innerhalb der EG-Staaten beeindruckt. Er wünscht sich, daran zu partizipieren, und veranstaltet sogenannte Euro-Hearings. Vor allem Persönlichkeiten wie Fritz Bock, Karl Gruber und Lujo Toncic-Sorinj motivieren die Jungen bei ihrer Initiative.

Anders als in manchen Teilen der Wirtschaft ist man aufseiten der Industrie schon frühzeitig an einem Schulterschluss mit der Europäischen Gemeinschaft interessiert. Man hat sich auch das Gutachten eines Völkerrechtlers besorgt, das in der Neutralität kein Beitrittshindernis sieht. Die Junge Industrie mit Christoph Leitl an der Spitze gehört zu den treibenden Kräften. Bei der Bundestagung der Jungen Industrie im November 1986 – anwesend ist unter anderem der frühere EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn – fordert Leitl den Vollbeitritt Österreichs zur EG. Der Präsident der Industriellenvereinigung gibt ihm das Placet. Beim ÖVP-Wirtschaftsbund, bei dem die Achse von Präsident Rudolf Sallinger zu ÖGB-Präsident Anton Benya eine Rolle spielt, steht man dagegen noch auf der Bremse und hält wenig von diesem Vorstoß der jungen Generation bei der großen Oppositionspartei. Leitl muss dafür auch so manche Kritik von Wirtschaftskammerseite einstecken.

Während man in der SPÖ gegenüber einem EG-Beitritt noch vorwiegend negativ eingestellt ist – es gibt keine der JVP vergleichbare Pro-EG-Bewegung, und man ist vor allem in Hinblick auf den Arbeitsmarkt in Sorge vor offenen Grenzen und einem freien Wettbewerb –, sind die Meinungen in der ÖVP geteilt. An sich findet das Anpeilen einer Mitgliedschaft viel Verständnis und

auch schon Unterstützung, es gibt aber auch Stimmen wie jene des Doyen unter den Außenpolitikern Ludwig Steiner, die auf die Problematik mit der Neutralität verweisen und eine Konfrontation mit Moskau vermeiden wollen. Parteiobmann Mock selbst ist bemüht, eine innerparteiliche Diskussion zu vermeiden, lässt aber seine Sympathie durchblicken:

„Aus vielen Gesprächen in der Partei, mit führenden Funktionären, mit Abgeordneten wusste ich, dass es in der ÖVP zwar eine positive Grundhaltung zur EG gab, aber doch die Skepsis überwog, dass man so etwas jetzt realistischerweise noch nicht verlangen könne. Die Nähe der EG zum westlichen Verteidigungsbündnis NATO, die über gemeinsame wirtschaftliche Anliegen längst hinausgehende politische Zielsetzung der EG-Politik schien vielen mit unserer Position als neutrales Land nicht vereinbar. Mich hat aber auch diese Hartnäckigkeit von Karas sehr beeindruckt, weil man in der Politik ohnedies oft geneigt ist, um des lieben Friedens willen einem Konflikt auszuweichen und anstatt ein Anliegen durchzukämpfen, es vorzeitig an den Nagel zu hängen. Ich habe mich daher dafür ausgesprochen, die Jugend doch gewähren zu lassen. Schließlich ist für sie ein Europa mit neuen Bildungs- und Arbeitsplatzchancen eine Hoffnung und ein Zukunftsziel.“

1986 Im Wahlkampf ist Europa kaum ein Thema

Ein Machtkampf in der FPÖ führt zum Ende der kleinen Koalition. Nachdem Vizekanzler Norbert Steger auf einem Parteitag von Jörg Haider gestürzt wird, beendet Bundeskanzler Franz Vranitzky die Koalition. Vorzeitige Nationalratswahlen werden für den 23. November angesetzt. Aus lauter Begeisterung, dass die Rückkehr der Großen Koalition bevorstehen könnte, vergisst die ÖVP, den notwendigen Kurswechsel in den Vordergrund der Wahlwerbung zu stellen. Auch das Thema einer Teilnahme am europäischen Integrationsprozess wird nur vorsichtig angesprochen. Die Volkspartei muss sich weiter mit dem zweiten Platz hinter der SPÖ begnügen. Kurzzeitig überlegt der ÖVP-Obmann auch, mit der FPÖ in Koalitionsverhandlungen einzutreten, findet aber dafür keine Mehrheit im Parteivorstand. Am 21. Jänner 1987 wird die neue Regierung mit Vranitzky als Bundes- und Mock als Vizekanzler sowie Außenminister angelobt.

Nach 17 Jahren kehrt damit die ÖVP zurück an den Ballhausplatz und wird ein neues Kapitel in der Geschichte Österreichs aufgeschlagen. Die SPÖ-ÖVP-Koalition stellt innerhalb einer Legislaturperiode die Weichen für die Teilnahme am Integrationsprozess.

Bei den Regierungsverhandlungen herrscht Einigkeit darüber, dass die EG-Frage nicht ausgeklammert werden darf, man geht aber mit Vorsicht ans Werk. Von einem EG-Beitritt ist noch nicht direkt die Rede. Man sucht einen „global approach“, das heißt die Teilnahme Österreichs am geplanten EG-Binnenmarkt, denn, *„eine der Hauptbarrieren der österreichischen Wirtschaft ist die Enge des Binnenmarkts“*. In der Regierungserklärung vom 28. Jänner 1987 heißt es dazu aber noch zurückhaltend:

„Durch konsequente Integrationsbemühungen sicherzustellen, dass österreichische Unternehmen an der Dynamik des großen europäischen Marktes und der Technologie der EG teilnehmen können“.

Im Lager der beiden Koalitionsparteien beginnt ein Öffnungsprozess:

Erstens ist es der ewige Kronprinz von Wirtschaftskammerpräsident Rudolf Sallinger, der Abgeordnete Robert Graf, der sehr offen meint, dass Österreich letztlich einen Weg zur EG suchen muss, um nicht von diesem großen wirtschaftlichen Markt ausgeschlossen zu sein:

„Die Mitgliedschaft wäre der Eintritt in eine schonungslose Wirtschaftsgesellschaft, möglicherweise würden zehn Prozent der Firmen hopsgehen. Ein Nichtbeitritt kommt aber trotzdem nicht in Frage, denn dann wäre die österreichische Wirtschaft ohnedies kaputt.“

Zweitens ist es der SPÖ-Abgeordnete Peter Jankowitsch, der entgegen der Partei- und Gewerkschaftslinie keine Berührungspunkte mit der EG erkennen lässt:

„Die österreichische Europapolitik darf sich nicht in rituellen Bekenntnissen zu einem vielleicht noch in ferner Zukunft liegenden Beitritt erschöpfen, sondern muss schon heute alle Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften aufspüren.“

Auf Oppositionsseite sind es Haider und die FPÖ, die zu diesem Zeitpunkt die Regierung sogar drängen, mehr Tempo zu machen, um den Anschluss an die EG nicht zu verlieren. Die Grünen dagegen stehen – etwa Johannes Voggner, der später zu einem überzeugten EU-Parlamentarier wird – nicht nur auf der Bremse, sie sind schlichtweg gegen einen Beitritt.

Kaum im Amt lässt Mock erkennen, wie wichtig für ihn gerade in der Europapolitik ein neuer Kurs ist. Er wird

zum Träger und Motor des Europazuges. Bereits in der zweiten Ministerratsitzung am 3. Februar kommt es zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe für Europäische Integration unter der Leitung von Manfred Scheich.

Die Rolle der Sozialpartner und der Landeshauptleute

An dieser Arbeitsgruppe für Europäische Integration nehmen alle Bundesministerien mit Ausnahme des Verteidigungsministeriums teil. Darüber hinaus sind die Verbindungsstelle der Bundesländer, die Österreichische Nationalbank und die Sozialpartner eingebunden.

Wie sehr an einem gemeinsamen Strang gezogen wird, zeigt nicht nur die Einbindung der Sozialpartner durch die Regierung, sondern auch deren Agieren. Um für Österreich zu werben, reisen die vier Präsidenten der in der Sozialpartnerschaft vertretenen Interessenvertretungen nach Brüssel zu Jacques Delors, der völlig überrascht ist, dass Vertreter der Arbeitnehmer und Unternehmer gemeinsam auftreten und gemeinsam für ein und dasselbe Anliegen kämpfen. Einer der vier, ÖGB-Vize Fritz Verzetnitsch:

„Ich bin überzeugt davon, dass dieser Besuch sowohl in Österreich als auch bei den damaligen EU-Mitgliedstaaten die Stimmung für einen Beitritt maßgeblich beeinflusst hat. Die volle Einbindung der Sozialpartner in die Beitrittsverhandlungen sowohl in Österreich als auch in Brüssel hat wesentlich zu einer positiven Haltung gegenüber einem möglichen Beitritt geführt.“ (1)

Die Reise war also gewissermaßen eine Art Visitenkarte, die man abgab, hat doch die Sozialpartnerschaft in Europa durchaus Modellcharakter, da es in keinem europäischen Land diese Form der institutionalisierten Zusammenarbeit von Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft und Arbeitnehmern gibt. Bereits 1987 stellen die Sozialpartner in ihrem Bericht an die Bundesregierung durchaus selbstbewusst fest:

„Die wesentliche Funktion der Sozialpartner bei der Lösung wirtschafts- und sozialpolitischer Probleme im Konsenswege hat insgesamt durch die Erhaltung des sozialen Friedens der österreichischen Wirtschaft einen echten Wettbewerbsvorteil verschafft.“

Und sie verbinden diesen stolzen Blick zurück mit einer sehr realen Zukunftshoffnung:

„Wichtig ist es in einem Binnenmarkt, dass die nationale Sozialpartnerschaft durch eine gesamteuropäische ergänzt wird.“

Der Zug nach Brüssel gewinnt eine Art Eigendynamik. So werden im März 1987 zwischen Österreich und der EG-Kommission sogenannte High Level Talks vereinbart. Das heißt, parallel zur Experten- und Beamtenebene gibt es auch Gespräche zwischen Spitzenpolitikern. Der hohe Stellenwert einer Aufnahme in den Klub der EG-Mitglieder ist damit von beiden Seiten dokumentiert.

Innerösterreichisch kommt beim Meinungs- und Willensbildungsprozess auch der Landeshauptleutekonferenz eine besondere Rolle zu. An sich spielen die Bundesstaatlichkeit und damit das Prinzip des Föderalismus eine tragende Rolle bei der Entscheidungsfindung. Die Landeshauptleute sind sich ihrer starken Position auch gegenüber der Bundesregierung durchaus bewusst. Dazu kommt, dass vor allem die westlichen Bundesländer einen stärkeren Zug in puncto Zusammenarbeit mit der EG entwickeln als die östlichen. Es war daher zweifellos ein guter Schachzug, dass die ÖVP den Vorarlberger Landeshauptmann Martin Purtscher zu ihrem Europasprecher nominierte. Er fand den richtigen Ton im Umgang mit seinen Kollegen, auch mit jenen drei von der SPÖ, vor allem mit Wiens Bürgermeister Helmut Zilk, der damals bereits weit aus offener gegenüber Europa als die SPÖ war.

Am 13. November 1987 kommt es daher zu einem einstimmigen Beschluss der Landeshauptmännerkonferenz. Die Bundesregierung wird ersucht,

„die Teilnahme Österreichs am gemeinsamen Markt mit dem Ziel der Vollmitgliedschaft Österreichs in der EG so rasch wie möglich anzustreben“.

1988 Startschuss beim Dreikönigstreffen

Waren es 1984 die Jungen in der ÖVP, die erstmals offen einen Beitritt zur EG als das große Ziel Österreichs propagierten, so sind es 1988 die Landeshauptleute beziehungsweise Landesparteiobermänner der ÖVP, die vorpreschen. Beim sogenannten Dreikönigstreffen der ÖVP im Jänner ist Schluss mit dem Sondieren. Gemeinsam mit der Parteispitze wird das Stellen eines Antrags auf Beitritt zur EG erklärtes Ziel.

Der Vizekanzler und Außenminister geht damit gestärkt in die Gespräche mit dem Bundeskanzler. Der frei-

lich ist zu diesem Zeitpunkt noch damit beschäftigt, die Partei zu überzeugen. Uneinigkeit besteht vor allem darin, ob man nur am Binnenmarkt teilnehmen oder den vollen Beitritt anstreben will. Es sind gewissermaßen zwei Geschwindigkeiten, mit denen die Regierungsparteien unterwegs sind. Es geht aber trotzdem Schritt für Schritt weiter.

„Immer vor Ministerratssitzungen hat es“, so Mock, „Vieraugengespräche zwischen mir und dem Bundeskanzler gegeben. Im März berichtete ich ihm über meine Informationen aus der EG zu den bisherigen Verhandlungen, die sich auch mit dem deckten, was ihm bekannt war. Der Schluss, den wir daraus zogen, war eindeutig und rasch gefasst: Wir einigen uns darauf, dass ab jetzt das Ziel Beitritt zur EG und nicht nur zum EG-Binnenmarkt heißt.“

Der Zeitpunkt, also März 1988, zeigt freilich, dass die Entscheidung noch unabhängig von den Entwicklungen in Russland getroffen worden ist. Man legt vielmehr Wert auf die Feststellung, dass zu der Entscheidung, aufs Ganze zu gehen, *„fälschlicherweise behauptet wird, dies hänge mit der Glasnostbewegung von Michail Gorbatschow zusammen. Dies ist absolut nicht der Fall“*, so Mock. Weiter sagt er:

„Als Vranitzky und ich die Entscheidung für die EG-Mitgliedschaft trafen, dachte noch niemand an die revolutionären Entwicklungen, die in den nächsten Monaten im Ostblock folgen sollten. Uns war aber klar, dass man durch eine entsprechende Festigkeit in den Verhandlungen, durch entsprechende Interpretationen letztlich auch die Regierung der UdSSR dazu bringen werde, keinen Einspruch gegen jenen Weg zu erheben, für den sich das souveräne Österreich nun einmal entschieden hat. Schließlich könnte ja ein Neutraler in der EG auch ein gewisses Signal darstellen.“

Das ist freilich nicht mehr nötig. Michail Gorbatschow, 1985 als neuer Generalsekretär der KPdSU an die Macht gekommen, beginnt sukzessive, die Sowjetunion zu reformieren. Durch Glasnost (Offenheit) will er eine offene Diskussion über die krisenhafte Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft auslösen und so eine Zustimmung für die 1987 eingeführte Reformpolitik der Perestroika (Umgestaltung) erreichen. Entscheidend ist dabei auch das Jahr 1988. Gorbatschow hebt die im November 1968 beschlossene Breschnew-Doktrin (*„Die Souveränität der einzelnen Staaten findet ihre Grenze an den Interessen der sozialistischen Gemeinschaft“*), mit der die Niederschlagung des Prager Frühlings gerechtfertigt wurde, auf. Das ist für die Ungarn übrigens eine Art Freibrief, Gespräche mit der Opposition zu beginnen.

In Österreich setzt die ÖVP auf das Ticket Europa. Auf Initiative des Vorarlberger Landeshauptmannes Martin Purtscher wird im Mai ein Europamanifest beschlossen:

„Europa ist eine kulturelle, geschichtliche, wirtschaftliche Größe, ist Ausdruck einer Lebensform. [...] Österreich wird sich in der Zukunft als Nation, als Kulturraum, als Volkswirtschaft, als Gemeinschaft der Österreicher durch Mitgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft besser verwirklichen können. Das gemeinsame Europa bedeutet mehr Freiheit und mehr Chancen für seine Bürger. Auch wenn wir sehen, dass der Integrationsprozess manchmal nur mühsam voranschreitet, wollen wir nicht Zuschauer bleiben, sondern am Ausbau des europäischen Freiheitsraumes mitwirken.“

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft kann seine traditionelle Rolle im Donauraum langfristig sichern. [...] Das Werk der europäischen Integration ist ein Friedenswerk: Staaten, die über Jahrhunderte immer wieder in europäische Bruderkriege verstrickt waren, sind heute im Frieden vereint. [...] Sein [Anm.: Österreichs] Beitrag zu diesem Friedenswerk ist seine immerwährende Neutralität. [...]

Die Österreichische Volkspartei hat sich zum Ziel gesetzt, Österreich in das Europa der Zukunft zu führen. [...] Die Österreichische Volkspartei fordert deshalb die Bundesregierung auf, bereits im nächsten Jahr den Antrag auf Mitgliedschaft an die Europäische Gemeinschaft zu richten.

1989 muss Österreich den historischen Schritt setzen, der unserem Land die europäische Dimension und eine neue Basis für unsere Zukunft eröffnet.“

Noch vor der Sommerpause ist der Bericht der Arbeitsgruppe für Europäische Integration fertig. An der 600 Seiten starken Expertise haben 600 Experten aus den Ministerien, den Interessenvertretungen und den Ländern gearbeitet. Die Fakten, was der gemeinsame Markt der EG-Staaten mit seinen 320 Millionen Einwohnern bedeutet, sind eindeutig:

Österreich liegt im Herzen dieses Europas. Ein großer Teil des Nord-Süd-Transitverkehrs läuft durch Österreich. 42 Millionen Tonnen Güter überqueren die Grenzen Österreichs in einem Jahr auf dem Straßenweg, zehn Millionen per Bahn. Die vorerst nur wirtschaftspolitische Aufbruchsstimmung im Ostblock lässt auch eine rapide Zunahme des West-Ost-Transits über die Alpenrepublik erwarten.

Die volle Teilnahme Österreichs an der Substanz des Binnenmarktes wirft keine unüberwindlichen Probleme auf.

Der Ministerrat genehmigt am 5. Juli 1988 den Bericht der Arbeitsgruppe für Europäische Integration. Bundeskanzler Vranitzky und Außenminister Mock vereinbaren, dass sich die Regierung nicht mehr durch Zwischenrufe beirren lässt und auf EG-Kurs geht. Die Kardinalfrage lautet zu diesem Zeitpunkt: Wie steht die Staatsvertragsmacht UdSSR zu einem EG-Beitritt Österreichs?

Im Herbst reisen Bundeskanzler Vranitzky sowie Vizekanzler und Außenminister Mock unabhängig voneinander nach Moskau, um sich einen persönlichen Eindruck zu verschaffen. Beide kommen mit einer ziemlich identen Einschätzung zurück.

In der Kremlbürokratie sind noch einige der alten Hardliner vertreten, für die die Neutralität ein Beitritts Hindernis darstellt. So äußert im Mai 1988 noch vor den Sondierungsgesprächen der österreichischen Regierungsspitze in Moskau der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums Gennadi Gerassimow Bedenken betreffend der Vereinbarkeit der Neutralität mit einem EG-Beitritt. Vranitzky hingegen macht klar, dass die Verpflichtung zur Neutralität nicht im Staatsvertrag steht.

Tatsächlich ist im Kreml eine Sprachregelung erst im Gange. Und diese hängt auch damit zusammen, dass es im Laufe des Jahres 1988 zur offiziellen Aufhebung der sogenannten Breschnew-Doktrin kommt. Damit kann nun jeder Ostblockstaat über seinen politischen Weg selbst entscheiden und hat sich nicht mehr an das Diktat Moskaus zu halten. Polen und Ungarn leiten daraufhin sofort den Demokratisierungsprozess ein. Letztlich, wengleich nicht direkt vergleichbar, ist damit auch für Österreich eine neue Situation gegeben.

Bei Gorbatschow, Außenminister Eduard Schewardnadse und schließlich auch Ministerpräsident Nikolai Ryschkow merkt man, dass eine neue Zeit angebrochen ist. Sie erheben keinen Einwand gegen einen EG-Beitritt Österreichs. Man legt nur Wert darauf, dass sich Österreich an seine Verpflichtungen hält. Als einige Tage nach der Abreise Mocks aus Moskau, der Sprecher des Außenministeriums in Moskau wiederum meint, die Neutralitätsverpflichtung sei mit einem EG-Beitritt unvereinbar, wird dieser sofort vom russischen Botschafter in Wien korrigiert.

Die guten Nachrichten aus Moskau beflügeln die Diskussion in Österreich. Die Landeshauptleutekonferenz bekräftigt am 25. November 1988 bereits zum dritten Mal, dass „die Teilnahme Österreichs am gemeinsamen Markt mit dem Ziel der Vollmitgliedschaft in der EG so rasch wie möglich anzustreben“ sei. Obwohl gerade die Landwirtschaft mit besonders vielen Anpassungsschwierigkeiten und Strukturproblemen zu kämpfen haben wird, steht für die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern fest, es gebe „mehr Chancen als Nachteile“. Es ist übrigens insbesondere Landwirtschaftsminister Josef Riegler, der wie ein Wanderpredi-

ger durch die Lande zieht, um für die ökosoziale Marktwirtschaft, noch mehr aber um Verständnis für einen EG-Beitritt unter den Bauern zu werben. Der ÖGB betont in einem Memorandum am 6. Dezember 1988: „Es ist unerlässlich, dass Österreich an der Dynamik, die dieser Prozess auslösen wird, teilhaben kann.“ Die Vereinigung österreichischer Industrieller will, dass der Brief mit dem Beitrittsansuchen so schnell wie möglich abgesandt wird und die Bundeswirtschaftskammer ist präzise „für einen Beitrittsantrag Mitte 1989“.

Am 12. Dezember beschließt daraufhin der Ministerrat das weitere Vorgehen in der EG-Frage. Bis Anfang April sollen die Entscheidungsgrundlagen noch vervollständigt werden, damit das Parlament mit dieser Frage befasst werden kann und die weiteren Schritte gesetzt werden können. Vervollständigen heißt, der Bundeskanzler möchte zum Expertenbericht noch eine ganze Reihe von Zusatzstudien, zum Beispiel, welche budgetären Auswirkungen ein EG-Beitritt bei einem Wirtschaftswachstum von x oder y Prozent haben würde. Im Außenministerium sehen die befassten Beamten in diesem Begehren eine „Verzögerungstaktik“.

1989 Ein Schicksalsjahr für Österreich und Europa

In Brüssel gibt es nicht unerhebliche Bemühungen, den EFTA-Staaten, vor allem jenen wie Österreich, die deklariert zur EG wollen, eine Zusammenarbeit statt einem Vollbeitritt schmackhaft zu machen. EG-Kommissionspräsident Jacques Delors lädt daher am 14. und 15. März 1989 zu einem umfassenden und offenen Dialog. Nach diesem Treffen fühlt sich die österreichische Delegation in ihrem Kurs aber mehr als nur bestätigt: „Aufgrund des geringen Konkretisierungsgrades der neuen Ideen für eine verstärkte EG-EFTA-Kooperation ist nicht abzusehen, ob diese überhaupt zu einer Verwirklichung des Integrationszieles führen kann.“ Ja, dies sei sogar „unwahrscheinlich, als die dafür notwendige Umstrukturierung der EFTA nicht von allen EFTA-Staaten mitgetragen werden könnte“. Daher lautet die Schlussfolgerung: „Zur Verwirklichung einer umfassenden und vollen Teilnahme am Binnenmarkt sieht die Bundesregierung unter den gegebenen Umständen die bessere Chance in der Antragstellung auf Mitgliedschaft in der EG.“

Es gibt nicht nur Ablenkungsmanöver, sondern auch ein Drängen von Staatschefs, wie etwa seitens des deutschen Kanzlers Helmut Kohl.

Schließlich kommt es auch zu einem Bericht an die Bundesregierung. Dieser beurteilt die Fragen, die sich bei einem EG-Beitritt stellen würden, durchwegs als lösbar. Das Hauptaugenmerk gilt jedenfalls der Neutralität. Und hier kommen die Experten zunächst zur Erkenntnis, dass das sogenannte Moskauer Memorandum vom 15. April 1955 bloß eine Verwendungszusage der damaligen Regierungsdelegation darstellt, der „jedoch nicht die Stellung eines Vertrages“ zukommt. Daher wird geschlussfolgert: „Das Moskauer Memorandum hat die österreichische Neutralität rechtlich nicht begründet.“ Und wie verhält es sich mit der Mitwirkung Österreichs an EG-Maßnahmen, etwa der Wirtschaftspolitik, in Krisenfällen? – „Für einen dauernd neutralen Staat gibt es keine allgemeinen Pflichten zu wirtschaftlicher Neutralität“, aber „es besteht Übereinstimmung darüber, dass ein dauernd neutraler Staat keine dem Haager Übereinkommen widersprechenden Bindungen eingehen darf, die es ihm im Neutralitätsfall unmöglich machen würden, seine Neutralitätspflichten zu erfüllen.“ Zu diesen Pflichten zählt unter anderem, sich an keinem Krieg zwischen dritten Staaten zu beteiligen, schon in Friedenszeiten keinen militärischen Allianzen beizutreten und keine militärischen Stützpunkte auf seinem Hoheitsgebiet zuzulassen.

Was die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) betrifft, so steht das offizielle Österreich auf dem Standpunkt, dass „eine Mitwirkung eines dauernd neutralen Staates in der EPZ neutralitätsrechtlich unbedenklich“ sei. Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass bisher das Ausmaß der Übereinstimmung der Außenpolitik der einzelnen EG-Mitglieder „oft nicht sehr hoch gewesen sei“. Zum Beispiel haben bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1988 die EG-Mitglieder nur in weniger als der Hälfte der Fälle eine gemeinsame Haltung eingenommen. Zusammenfassend wird daher festgestellt,

„dass eine EG-Mitgliedschaft unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung seiner dauernden Neutralität grundsätzlich möglich wäre, wenn [...] entsprechende rechtliche Vorkehrungen bzw. Klarstellungen zur Absicherung der österreichischen Neutralität getroffen werden“.

Die Neutralitätsfrage wird nicht nur defensiv, sondern sehr offensiv gesehen, nämlich als ein wichtiger Beitrag zur europäischen Politik:

„Für Österreich ist die immerwährende Neutralität ein spezifischer Beitrag unseres Landes zu Frieden und Sicherheit in Europa. Sie ermöglicht es Österreich in besonderem Maße, über die bestehenden Grenzen

hinweg auf Entspannung, Vertrauensbildung und Zusammenarbeit hinzuwirken und auf diese Weise auch zur Stabilität in Europa beizutragen. Die Aufrechterhaltung der Neutralität liegt somit nicht nur im eigenen, sondern [...] im gesamteuropäischen Interesse.“

Der Brief an Brüssel

Mitten in die Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien platzt eine Personalrochade bei der ÖVP. Schon seit Längerem läuft intern eine Diskussion, Alois Mock nach bald zehnjähriger Obmannschaft und einer sich abzeichnenden Krankheit abzulösen. Niederlagen bei drei Landtagswahlen geben dazu den letzten Anstoß. Mock selbst erklärt am 16. April 1989 seine Bereitschaft zum Rücktritt, besteht aber darauf, Außenminister zu bleiben. Josef Riegler wird sein Nachfolger als Vizekanzler.

Mock treibt unabhängig davon das Bewerbungsschreiben an die EG voran. Bereits einen Tag nach Mocks Erklärung, am 17. April, trifft der Ministerrat die Entscheidung, dass die Bundesregierung die für einen EG-Beitrittsantrag Österreichs erforderlichen Schritte in die Wege leiten will. Der Bericht wird dem National- und dem Bundesrat zur Beschlussfassung zugeleitet, worauf am 26. Juni offiziell beschlossen wird, Verhandlungen über einen EG-Beitritt aufzunehmen und einen Beitrittsantrag zu stellen.

Der 26. Juni 1989 ist einer von drei hintereinanderliegenden historischen Tagen, die nicht nur für Österreich von großer Bedeutung sind.

Am 27. Juni wird nämlich vor den Augen der Weltöffentlichkeit von den Außenministern Österreichs und Ungarns, Alois Mock und Gyula Horn, der Eiserne Vorhang an der Grenze zwischen Sopron und Klingenbach durchschnitten. Es ist ein Foto, das um die Welt geht und vor allem den Menschen jenseits der Grenze Hoffnung gibt, dass damit eine Bresche in eine Grenze geschlagen wurde, die seit über 40 Jahren Europa in zwei Teile trennt, Menschen das Leben gekostet hatte, die vor einem diktatorischen System in die Freiheit flüchten wollten.

Am 28. Juni schließlich hält der kommunistische jugoslawische Staatspräsident Slobodan Milošević jene Rede am Amselfeld im Kosovo, die zur Initialzündung für den Bruderkrieg am Balkan wird und kein Ruhmesblatt für Europa und die EG darstellt. Die Welt ist in den nächsten Monaten und Jahren so sehr mit dem Zerfall des Ostblocks, dem Ende des Warschauer Pakts, dem Entstehen neuer Demokratien anstelle der kommunistischen Volksdemokratien und der Wiedervereinigung

522 Mio. 500 € Noten

2 %

256 Mio. 200 € Noten

1 %

2 804 Mio.

12 %

10 447 Mio.

46 %

VERBREITUNG DER KURSIERENDEN BANKNOTEN IN DER EU (2018)

Per 31. Dezember 2018 betrug der Wert des sich im Umlauf befindlichen Bargelds 1,26 Billionen €, davon 22,62 Milliarden Banknoten im Gesamtwert von 1,23 Billionen € und 130,72 Milliarden Münzen im Wert von 29 Milliarden €. Die Aufschlüsselung der sich im Umlauf befindlichen Banknoten ergab, dass die am häufigsten kursierende Note der 50-€-Schein mit 46 % Anteil am Gesamtumlauf der Banknoten darstellte. An zweiter Stelle rangierte die 20-€-Note, die 18% aller kursierenden Banknoten darstellte. Gleichauf kursierten 100-€- und 10-€-Noten mit je 12 % Anteil, gefolgt von 5-€-Noten, die 9 % Anteil am Gesamtumlauf aufwiesen. Während nur 2 % der Banknoten 500-€-Scheine darstellten, befand sich die 200-€-Note mit nur 1 % am seltensten im Umlauf.

4 020 Mio.

20 € Noten

18 %

2 630 Mio.

10 € Noten

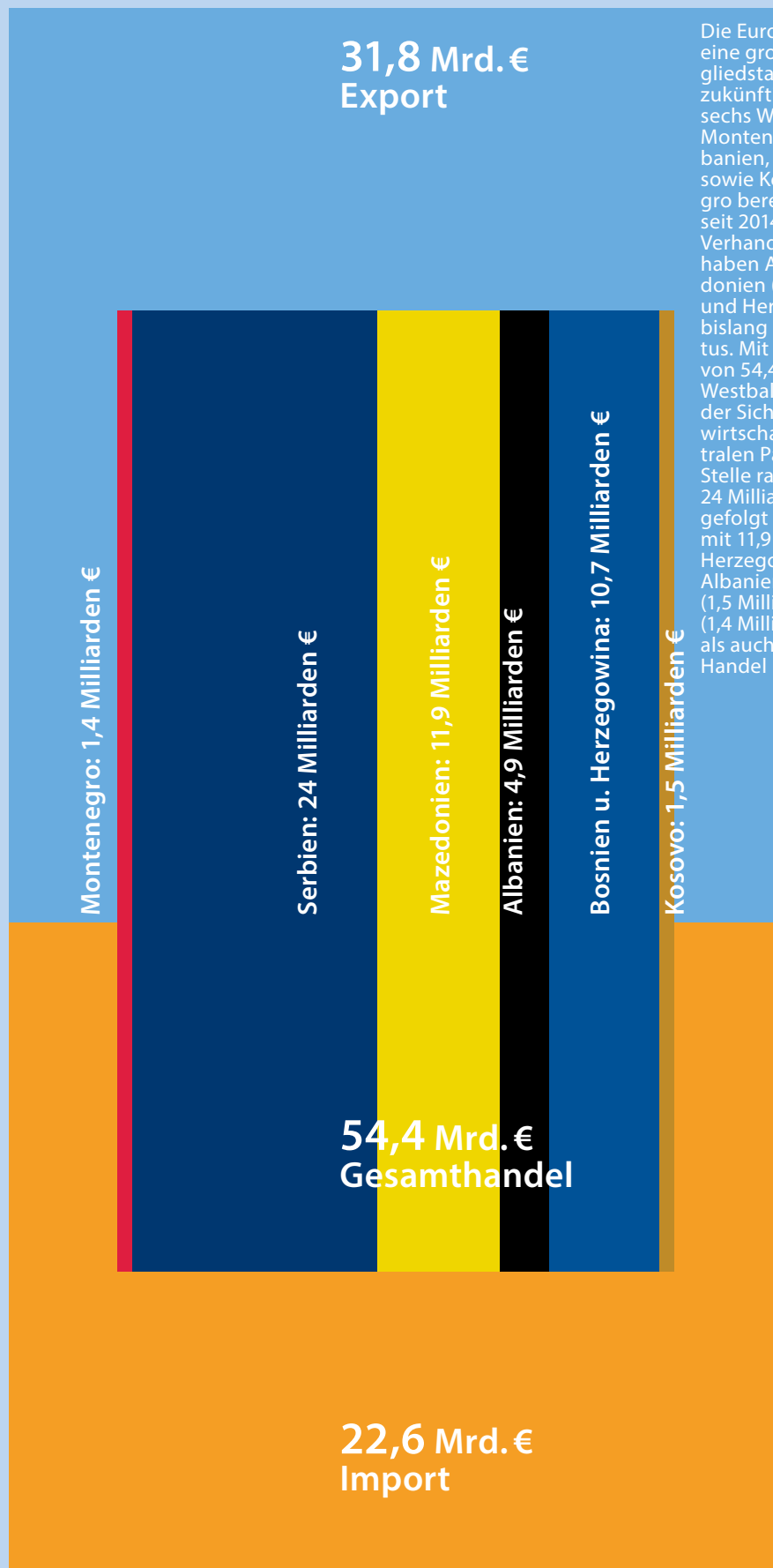
12 %

1 936 Mio.

5 € Noten

9 %

EU ALS GRÖSSTER HANDELPARTNER IN DEN WESTBALKANSTAATEN (2018)



Die Europäische Kommission und eine große Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten befürworten die zukünftige Mitgliedschaft der sechs Westbalkanstaaten Serbien, Montenegro, Nordmazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo. Während Montenegro bereits seit 2012 und Serbien seit 2014 als Beitrittskandidaten Verhandlungen mit der EU führen, haben Albanien und Nordmazedonien (im Gegensatz zu Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo) bislang lediglich Kandidatenstatus. Mit einem Handelsvolumen von 54,4 Milliarden € stellt der Westbalkan nicht nur in Fragen der Sicherheit, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht einen zentralen Partner der EU dar. An erster Stelle rangiert hierbei Serbien mit 24 Milliarden € Handelsvolumen, gefolgt von Nordmazedonien mit 11,9 Milliarden €, Bosnien und Herzegowina (10,7 Milliarden €), Albanien (4,9 Milliarden €), Kosovo (1,5 Milliarden €) und Montenegro (1,4 Milliarden €). Sowohl im Export als auch im Import dominiert der Handel mit Industrieerzeugnissen.

Deutschlands beschäftigt, dass man die Probleme auf dem Gebiet von Jugoslawien verdrängt beziehungsweise nicht wahrhaben will. Österreich ist einer der wenigen Staaten, die sich von Anbeginn für die Achtung des Völkerrechts, der Menschenrechte und dem Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit der Völker auf dem Gebiete Jugoslawiens engagiert.

Am 17. Juli 1989 überreicht Mock in Brüssel dem damaligen Ratspräsidenten der EG, dem französischen Außenminister Roland Dumas, die Beitrittsanträge. Der Brief selbst trägt das Datum 14. Juli. Es ist der französische Nationalfeiertag, eine Referenz an die Franzosen, die gerade die Ratspräsidentschaft innehaben.

In dem Schreiben (das in dreifacher Ausfertigung, nämlich an die EG, die EGKS und EURATOM gerichtet wird, da es erst mit dem Vertrag von Maastricht zur Zusammenführung dieser drei Institutionen kommt) heißt es:

Herr Präsident!

Im Namen der Republik Österreich habe ich die Ehre, unter Bezugnahme auf Artikel 237 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft den Antrag auf Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu stellen.

Österreich geht bei der Stellung dieses Antrages von der Wahrung seines international anerkannten Status der immerwährenden Neutralität, die auf dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 beruht, sowie davon aus, daß es auch als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften aufgrund des Beitrittsvertrages in der Lage sein wird, die ihm aus seinem Status als immerwährend neutraler Staat erfließenden rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen und seine Neutralitätspolitik als spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa fortzusetzen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Ihr Alois Mock

Für Aufregung hat unmittelbar bevor noch der belgische Außenminister Mark Eyskens gesorgt. In einem Interview mit dem Brüsselkorrespondenten der „Presse“, Otmar Lahodynsky, lässt er mit der Idee aufhorchen, mit der Sowjetunion Verhandlungen für bessere Handelsbeziehungen aufzunehmen, um im Gegenzug eine Einwilligung Moskaus zu einem Beitritt Österreichs zur EG zu erhalten. Das lässt in Wien die Alarmglocken läuten, denn an sich hatten sowohl Vranitzky als auch Mock bei ihren Besuchen in Moskau 1988 das stille Placet von Gorbatschow und Schewardnadse erreicht. Jetzt kam noch einmal das Thema Neutralität hoch, das bei der Kremlbürokratie im

Gegensatz zur politischen Führung noch immer köchelte, und das wollte niemand. Eyskens konnte rechtzeitig überzeugt und von seiner Idee abgebracht werden, und damit nahm das Beitrittsansuchen seinen Lauf.

Vorverhandlungen mit Brüssel

Bereits am 28. Juli, also elf Tage nachdem das Beitrittsansuchen in Brüssel übergeben worden ist, geben die zwölf EG-Mitgliedstaaten ihre Zustimmung zur Einleitung aller notwendigen und vorgesehenen Prüfungsverfahren. Die Anträge Österreichs werden an die EG-Kommission weitergeleitet und diese wird mit der Ausarbeitung einer Stellungnahme, in der Fachsprache Avis genannt, beauftragt.

Am 19. Oktober kommt der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Andriessen nach Wien, um mitzuteilen, dass die EG-Kommission drei Tage zuvor die Einsetzung einer interdirektionalen Gruppe beschlossen hat. Unter der Leitung der Generaldirektion für die auswärtigen Beziehungen wird das Gutachten zu den österreichischen Beitrittsanträgen vorbereitet. In einer ersten Factfindingphase werden die verschiedenen Sachgebiete einer Evaluierung unterzogen.

Der schnelle Beginn macht in Österreich Hoffnung, dass die Beitrittsverhandlungen rasch beginnen könnten und ein Verhandlungsabschluss bereits 1993 denkbar wäre. Das war eine verfrühte Hoffnung. Tatsächlich sind die Mitgliedstaaten nicht nur mit Österreichs Beitrittsansuchen, sondern mit einer Vielzahl anderer Probleme beschäftigt, so auch mit einer Reform der EG. Dazu kommt, dass man relativ viel Zeit in den sogenannten Oslo-Brüssel-Prozess investiert, bei dem es um die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) geht, das heißt um die Teilnahme am Binnenmarkt ohne Mitgliedschaft in der EWG. Dahinter steckt auch das Interesse einiger EG-Mitgliedstaaten, durch Kooperationen eine Erweiterung hintanzuhalten.

Zu diesem Zeitpunkt ist Österreich das einzige Land der EFTA-Familie, das bereits ein Beitrittsansuchen nach Brüssel übermittelt hat. Österreich arbeitet aber voll und konstruktiv an den Verhandlungen zur Realisierung eines Europäischen Wirtschaftsraumes mit, auch weil bereits zu diesem Zeitpunkt klar ist, dass dieser bei einer erfolgreichen Umsetzung einen teilweisen Vorgriff auf einen EG-Beitritt bedeuten würde.

Die Verhandlungen, die im Herbst 1989 laufen, zeigen aber auch die Schwächen auf, die eine alleinige Angehörigkeit zum EWR mit sich bringt. Unterm Strich steht jedenfalls fest, dass die EG der EFTA nur Anhö-

rungs- und Konsultationsrechte anbietet, jegliche Teilnahme an der Entscheidungsfindung aber ablehnt. Die österreichischen Verhandler kommen daher zu einem klaren Schluss:

„Die bisherigen Bemühungen haben gezeigt, dass der Oslo-Brüssel-Prozess einen österreichischen EG-Beitritt nicht ersetzen kann. Österreich wird den Oslo-Brüssel-Prozess jedoch auch weiterhin voll unterstützen und entschieden für umfassende Lösungen eintreten. Österreich wird unabhängig davon die Verwirklichung seines Beitrittsantrages mit allem Nachdruck verfolgen. Der positive Ausgang von EWR-Verhandlungen böte jedoch die Chance, einen sich am EG-Binnenmarkt orientierenden Europäischen Wirtschaftsraum mit Teilnahme von 18 Staaten zu schaffen und dadurch zusätzliche Integrationseffekte zu erzielen.“

1990 Österreich macht Druck

Um nicht in der Warteschleife hängenzubleiben, schickt die Bundesregierung zu Jahresbeginn 1990, im Februar, ein Memorandum an alle Mitgliedstaaten und Spitzenorgane der EG, um dem österreichischen Beitrittsansuchen Nachdruck zu verleihen. Diese vom Außenministerium ausgearbeiteten Memoranden, die den Verhandlungsprozess begleiten, sind ein wichtiges Instrument der Meinungsbildung in den EG-Mitgliedstaaten und werden sehr bewusst eingesetzt. Sie zeigen die österreichischen Positionen auf und stellen zudem auch in wichtigen Fragen, etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik, ein Mittel zur Konsensbildung zwischen Bundeskanzler Vranitzky und Außenminister Mock dar. Sie unterstreichen den erklärten Willen Österreichs, EG-Vollmitglied zu werden. Sie deponieren den Standpunkt Österreichs zu wesentlichen Fragen, auch zu neuen Positionen, die die EG ergreift, und sie stellen auch ein Mittel dar, um auf das Verhandlungstempo zu drücken. Die Botschaften lassen an Deutlichkeit nichts vermissen:

„Österreich ist ein europäisches Kernland; sein von der Geschichte geprägtes Selbstverständnis ist untrennbar verbunden mit der Idee übernationaler europäischer Lösungen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich das besondere Engagement des österreichischen Volkes für die Idee und die Ideale der europäischen Integration, welche auch die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften inspiriert haben.“

Österreich hat daher seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges von Anbeginn an den Bemühungen zur europäischen Zusammenarbeit und zur Integration der westeuropäischen Demokratien teilgenommen. Dies geschah bereits zu einem Zeitpunkt, als ein solches Bekenntnis des vierfach besetzten Landes Mut und Entschlossenheit erforderte.

Seit der Wiedererlangung seiner Freiheit nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich Österreich aufgrund seines politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems immer als integraler Teil der Familie der westeuropäischen Demokratien verstanden.

Auf dieser Grundlage hat Österreich mit seinem Antrag auf Mitgliedschaft in der EG unter Berufung auf Buchstaben und Geist der Gemeinschaftsverträge seinen politischen Anspruch geltend gemacht, gleichberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Damit hat es der Bereitschaft Ausdruck gegeben, die Rechte und Pflichten, die hieraus erwachsen, zu übernehmen.“

Die Umwälzungen im Osten haben die österreichischen Motive für den EG-Beitritt nicht verändert. – Im Gegenteil, man ist der Überzeugung, sich gerade von der gesicherten Plattform einer EG-Mitgliedschaft aus den neuen Herausforderungen noch besser stellen zu können. Bedingt durch die traditionellen Bindungen, die von Wien nach Warschau, Krakau, Prag, Pressburg, Budapest, Laibach und Agram bestehen, die ihre Wurzeln in der Monarchie haben, die nie abgerissen sind und auch in der Zeit des Ost-West-Konfliktes Tragfähigkeit bewiesen haben, kommt Österreich erst recht wieder eine Schlüsselfunktion im neuen Europa zu – eine Schlüsselfunktion, die man auch in der EG erkannte. Das Memorandum Österreichs fand dementsprechend eine sehr positive Aufnahme.

Im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rats am 28. April, die in Dublin stattfindet, werden in allen EG-Hauptstädten Demarchen durchgeführt, um sicherzustellen, dass die österreichische Zielsetzung einer vollen Teilnahme am europäischen Integrationsprozess auch entsprechend bewusst gemacht wird. Die Reaktionen spiegeln abermals die günstige Entwicklung der Beitrittsbemühungen wider.

Dies zeigt sich auch in den offiziellen Besuchskontakten der Fünfergruppe aus Bundeskanzler, Vizekanzler, Außenminister, Wirtschaftsminister und Landwirtschaftsminister: Es herrscht allerorten große Aufgeschlossenheit gegenüber Österreich. Besonderes Gewicht hat die brillante Verhandlungsführung von Wirtschaftsminister Schüssel namens der EFTA mit der EG.

Beim Europäischen Rat zeigt sich freilich auch, dass Abstriche bei den Terminvorstellungen vorgenommen

werden müssen. Mehrere Gesprächspartner gehen davon aus, formelle Beitrittsverhandlungen mit Österreich nicht vor 1993 aufzunehmen. Allerdings besteht zunehmend Bereitschaft, die bis dahin zur Verfügung stehende Zeit zur Behandlung von beitriffsrelevanten Themen so zu nutzen, dass eine möglichst rasche Abwicklung der eigentlichen Verhandlungen sichergestellt wird.

Innerhalb der EG rückt die Frage einer Vertiefung vor einer Erweiterung in den Vordergrund. Die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion hat Vorrang. Österreich muss warten.

Routinemäßig nach vier Jahren stehen in Österreich am 7. Oktober Nationalratswahlen an. Im Wahlkampf selbst spielen die EG-Verhandlungen kaum eine Rolle. Die ÖVP bekommt für ihren Einsatz in der Europapolitik auch keinen Dank der Wähler. Sie muss vielmehr – im Gegensatz zur SPÖ – schwere Stimmenverluste hinnehmen. Nutznießer ist die FPÖ, die unter Jörg Haider zur Mittelpartei aufsteigt. Die Zeiten, da die beiden Großparteien von den Stammwählern getragen wurden, sind vorbei. Die Wechselwähler werden fortan zum bestimmenden Faktor bei den Wahlen. Vier Jahren später, 1994, bekommt auch die SPÖ diese Entwicklung zu spüren.

Im Gegensatz zu den Wahlprogrammen wird man im am 17. Dezember 1991 vorgestellten Regierungsprogramm in puncto EG deutlicher:

„Vorrangige Aufgaben der Außenpolitik sind der ehestmögliche Beitritt zur EG und die Mitarbeit an einer gesamteuropäischen Friedensordnung. [...] Ein EG-Beitritt bedeutet den Eintritt in eine politische Wertegemeinschaft, die durch eine sich vertiefende Integration gekennzeichnet ist. Das Projekt einer Politischen Union ist als positiver Beitrag zur Verwirklichung der Einheit Europas zu sehen. Das neutrale Österreich wird an einem zukünftigen europäischen Sicherheitssystem innerhalb der Gemeinschaft und über diese hinaus solidarisch mitarbeiten. Die Bundesregierung begrüßt die Bemühungen um eine demokratischere und wirkungsvollere Ausstattung der internen EG-Strukturen, eine Wirtschafts- und Währungsunion und eine Vertiefung der sozialen Dimension. Bis zu seinem EG-Beitritt kommt Österreich den EFTA-Verpflichtungen bei den EWR-Verhandlungen und sonstigem Arbeitsvorhaben loyal nach.“

1991

Dämpfer durch das abgesagte Expo-Projekt Wien–Budapest

Für die politische Führung in Wien beginnt das Jahr mit einem Dämpfer. Die für die Zeit von 14. bis 16. Mai 1991 angesetzte Volksbefragung über die erstmalige Veranstaltung einer grenzüberschreitenden Weltausstellung, nämlich von Wien und Budapest, bringt ein negatives Votum für die Durchführung der Weltausstellung. Nur 5,59 Prozent aller stimmberechtigten Österreicher nehmen daran teil. Mit Nein stimmen 64,85 Prozent, mit Ja nur 35,15 Prozent – und das, obwohl im Vorfeld 63 Prozent der Österreicher die Veranstaltung als sehr gut oder gut bewertet und 58 Prozent schon vier Jahre vor dem Eröffnungstag den Besuch der Weltausstellung in Wien als fix eingeplant haben. Trotz der niedrigen Wahlbeteiligung – Folge einer missglückten Informationsarbeit – wird das Ergebnis respektiert und das Projekt abgesagt.

Die Initiative, die Brücke über die Landesgrenzen zu bauen, war bereits herangereift, als es für den Fall des Eisernen Vorhangs noch keine Anzeichen gab, Ungarn aber um eine wirtschaftliche Öffnung bemüht war. Budapest hatte die Initiative ergriffen und sein Interesse bekundet, um die Jahrtausendwende eine Weltausstellung veranstalten zu wollen. Der seinerzeitige Wiener Kulturstadtrat und engagierte Mitteleuropäer Jörg Mauthe war davon höchst angetan und griff die visionäre Idee auf, das Wiener Weltausstellungsabenteuer gemeinsam mit Budapest als „Tandemfahrt in eine freiere Zukunft“ zu unternehmen.

Zur Vorgeschichte: Am 29. September 1987 kommt es zu einer Regierungserklärung von Bundeskanzler Franz Vranitzky und dem Vorsitzenden des ungarischen Ministerrats, Károly Grósz, auf Durchführung der gemeinsamen Weltausstellung 1995. Im Mai 1988 kommt es zur offiziellen Bewerbung der beiden Städte. Am 14. Dezember erfolgt im Rahmen der Generalversammlung des in Paris angesiedelten Weltausstellungsbüros die Vergabe der Weltausstellung 1995 an Wien und Budapest. Man sieht darin einen zusätzlichen Motor für die neue Entwicklung, die gerade in Europa stattfindet. Der Eisernen Vorhang zwischen Österreich und Ungarn ist bereits seit einem halben Jahr gefallen, jener zwischen Österreich und der Tschechoslowakei fällt gerade, was noch dazu führt, dass zu Beginn der Projektarbeiten auch die Idee ventiliert wird, Bratislava miteinzubeziehen.

Eine misslungene Volksabstimmung macht diesem auch für Europa wegweisenden Projekt einen Strich durch die Rechnung.

Grünes Licht aus Brüssel

In der Bundesregierung geht man rasch zur Tagesordnung über und konzentriert sich auf das, was in Brüssel vorgeht.

Das Avisverfahren geht seinem Ende entgegen. Gleichzeitig erfolgt eine weitere Intensivierung der Kontakte auf politischer wie auf Beamtenebene und zum Europäischen Parlament. Die für Österreich zuständige parlamentarische Kontaktgruppe stattet dem österreichischen Nationalrat einen Besuch ab.

Ergebnis dieser Beratungen ist eine vom Europäischen Parlament am 15. Mai 1991 verabschiedete Entschließung. Danach soll

„die Gemeinschaft zur Wahrung und zur weiteren Stärkung des politischen Zusammenhalts unter den Staaten Europas unverzüglich mit anderen europäischen Staaten Verhandlungen aufnehmen [...], die den Europäischen Gemeinschaften beitreten wollen, wenn sie die erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen erfüllen und bereit sind, aktiv zur Verwirklichung der Ziele der politischen Union beizutragen“.

Bei der Parlamentsdebatte wird deutlich, dass unter den für einen Beitritt infrage kommenden Staaten nach Ansicht der Abgeordneten des Europäischen Parlaments Österreich an erster Stelle steht.

Am 1. Juli 1991 überreicht übrigens Schweden seine Anträge für einen EG-Beitritt. Es folgen noch Finnland am 18. März 1992 und Norwegen am 25. November 1992.

Zwei Jahre dauerte die Prüfung des österreichischen Beitrittsansuchens. Am 31. Juli kommt das Avis zu den Beitrittsanträgen Österreichs. Die EG-Kommission empfiehlt die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

In den politischen Ausführungen des Avis hebt die EG-Kommission die österreichische Integrationsbereitschaft hervor. Österreich habe als einziger EFTA-Staat immer Integrationskurs gehalten. Die Geschichte der Beziehungen zwischen Österreich und der Gemeinschaft in den letzten 30 Jahren zeige, dass die österreichische Regierung immer wieder Integrationsinitiativen ergriffen habe. Die 1989 mit der Überreichung der Beitrittsanträge getroffene Entscheidung, sich endgültig der europäischen Integration zuzuwenden und das Schicksal Österreichs mit einer Gemeinschaft zu verbinden, erfolgte zu einem Zeitpunkt, zu dem der völlige Zusammenbruch der Systeme in Mittel- und Osteuropa noch nicht vorherzusehen war.

„Der Beitritt Österreichs wäre für die Gemeinschaft global ein Gewinn, denn damit würde sich der Kreis jener

Länder erweitern, die über genügend Leistungskraft verfügen, um die Wirtschafts- und Währungsunion rasch voranzubringen. Der Gemeinschaft werden ferner die Erfahrungen eines Landes zum Vorteil gereichen, das wie Österreich aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Vergangenheit, der ererbten und neu hinzugekommenen Verbindungen genau im Mittelpunkt des Geschehens liegt, aus dem das neue Europa entsteht.“

Nur auf drei Problembereiche wird noch explizit hingewiesen, nämlich Neutralität, Transit und Landwirtschaft, die einer Klärung bedürfen. Dafür wird besonders auf die Schlüsselrolle Österreichs an der Nahtstelle zu den neuen Demokratien hingewiesen.

Das Einschwenken der Regierung, jetzt konsequent den Weg nach Brüssel zu verfolgen, führt zu einem Kurswechsel bei der FPÖ. Deren Parteiohmann Jörg Haider verlässt die Proeuropalinie seiner Partei, die bis in das Jahr 1957 zurückreicht. Er wird zum EU-Kritiker. Dabei spielt reines Machtkalkül eine Rolle. Nachdem nun SPÖ und ÖVP in der Europafrage wohl die Mehrheit der Wähler hinter sich sammeln werden, will er auf Stimmenfang bei den europakritischen Wählern gehen.

Der Kurswechsel wird Mock freilich nicht davon abhalten, bezüglich einer Aussprache mit dem FPÖ-Parlamentsklub vorstellig zu werden, um der Partei aus erster Hand im Detail über die Verhandlungsfortschritte mit Brüssel zu berichten. Ähnliches beantragt er auch bei den Grünen, die noch auf Neinkurs sind, nach der Volksabstimmung aber auf einen Pro-EU-Kurs wechseln werden. Sowohl FPÖ wie Grüne stimmen dem Dialog mit dem Außenminister zu.

1992 Aus der EG wird die EU

Am 7. Februar wird vom Europäischen Rat der sogenannte Vertrag von Maastricht unterzeichnet. Er stellte den bis dahin größten Schritt der europäischen Integration seit der Gründung der EWG dar. Dieses Vertragswerk tritt an die Stelle der Römischen Verträge des Jahres 1957. Damit geschaffen wird die Europäische Union (EU), die die EG, die EGKS und EURATOM zusammenfasst. Beschlossen werden bei dieser Gelegenheit auch die Stärkung der demokratischen Elemente in der Gemeinschaft, eine Ausweitung der Rechte des Parlaments (so müssen sich zum Beispiel neue Kommissare einem Hearing stellen) und die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung.

Operationelles Kernstück der Bestimmungen über die erste Säule, die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), sind diese Rahmenbedingungen:

- Die Inflation des betroffenen Mitgliedstaats darf im Jahr vor der Prüfung um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Rate der drei Mitgliedstaaten liegen, die die niedrigsten Preissteigerungen aufweisen.
- Der öffentliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60 Prozent des Haushaltsdefizits und nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen.
- Die Bandbreite des Europäischen Währungssystems von +/-2,25 Prozent muss seit mindestens zwei Jahren ohne Abwertung gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedstaats eingehalten worden sein.

Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens von Maastricht erfüllen nur Frankreich, Dänemark und Luxemburg, von den EFTA-Staaten nur Österreich und Norwegen diese Kriterien.

Die zweite Säule des Maastrichter Vertragswerks ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Kernstück der Bestimmungen ist die vertragliche Verankerung einer erstmals systematisch konzipierten Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik, wobei in Bereichen wichtiger gemeinsamer Interessen gemeinsame Aktionen vorgesehen sind, die über die bisherige zwischenstaatliche Zusammenarbeit hinausgehen können.

Der Unionsvertrag bringt ferner eine Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Dimension der Gemeinschaft. Zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik soll auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehören, „die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte“. Inzwischen wird die Westeuropäische Union (WEU) als „Verteidigungskomponente der Europäischen Union“ entwickelt.

Die dritte Säule des Maastrichter Vertrags sieht eine intensiviertere Zusammenarbeit in den Bereichen Asyl- und Einwanderungspolitik, Bekämpfung der Drogenabhängigkeit und der internationalen Kriminalität, Zusammenarbeit der Justiz- und Polizeibehörden sowie die Schaffung einer europäischen Polizeistelle (Europol) vor und verankert eine neue gemeinschaftliche Zuständigkeit im Bereich der Visapolitik. In Kraft tritt der Maastrichter Vertrag am 1. November 1993.

Der EWR als „Zwischenlager“

Die EU schließt aber noch ein weiteres Vertragswerk ab. Drei Monate nach Maastricht wird im portugiesischen Porto zwischen Österreich und den übrigen EFTA-Staaten sowie der Europäischen Union das Abkommen über

den EWR unterzeichnet. Dabei zeigt sich, dass die EFTA zwar „mitschwimmen“ darf, aber von Brüssel keinen Sonderstatus erhält. Für Österreich hat daher der Beitritt zur EU unverändert Priorität.

Unterschrieben wird in Porto übrigens auch der Transitvertrag zwischen Österreich und der EG, der in Abschlussverhandlungen zum EU-Beitritt noch eine wichtige Rolle spielen wird.

Die Beitrittsverhandlungen selbst werden durch den EWR wesentlich erleichtert und beschleunigt. Gut zwei Drittel des gesamten Vertragskonvoluts sind damit bereits abgehandelt. Das Abkommen hat für Österreich eine politische und wirtschaftliche Bedeutung: Die EWR-Verhandlungen stellen nämlich auch einen wichtigen Lernprozess für die Europäische Gemeinschaft ebenso wie für die EFTA-Staaten dar, wie es in einem Bericht dazu heißt:

„Das ursprüngliche, von Präsident Jacques Delors entwickelte Konzept, unterschied sich beträchtlich vom nunmehr vorliegenden Ergebnis. Zu Beginn war der EWR nicht zuletzt auch als Alternative zu einer Erweiterung der Gemeinschaft gedacht. Die EFTA-Staaten sollten an den Vorteilen des Rechtsbestandes teilhaben und über Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Schaffung neuen EU-Rechts verfügen. Die Hoffnung, dass dadurch weitere Beitrittswünsche abgewendet werden könnten, hat in der Anfangsphase des Prozesses eine beträchtliche Rolle gespielt.

Im Laufe der Verhandlungen erwies sich diese Konzeption als nur teilweise realisierbar. Was noch viel wichtiger ist: Auch in der Europäischen Gemeinschaft selbst hat sich – nicht zuletzt als Folge des EWR-Prozesses – die Haltung zur Frage der Erweiterung geändert. Das Modell der konzentrischen Kreise, das heißt einer abgestuften Teilnahme an der Integration, wird als Übergangsregime, aber nicht mehr als permanente Ordnungsstruktur angesehen. Auch von der Europäischen Union wird akzeptiert, dass jenen Staaten, die die wirtschaftlichen Voraussetzungen mitbringen und die bereit sind, sich mit den Zielsetzungen der Europäischen Gemeinschaft zu identifizieren, die EG-Mitgliedschaft nicht vorenthalten werden darf.“

Am 22. September 1992 wird vom Nationalrat die Ratifizierung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) genehmigt. Österreich hat damit als erster EFTA-Staat das parlamentarische Genehmigungsverfahren abgeschlossen und auch als erstes Land die Ratifikationsurkunde am 14. Oktober 1992 in Brüssel hinterlegt.

In der Schweiz (am 6. Dezember 1992) und in Liechtenstein (am 13. Dezember) finden Volksabstimmungen über das Abkommen statt. Die Mehrheit der

Schweizer Stimmbürger lehnt eine Teilnahme am EWR ab. Das Referendum in Liechtenstein bringt dagegen nur eine Woche später eine Zustimmung der Bevölkerung zum EWR.

1993

Offizielle Eröffnung der Beitrittsverhandlungen

Wenngleich das Avis nun schon seit Mitte des Jahres 1991 vorliegt, lässt der offizielle Start der Beitrittsverhandlungen auf sich warten. Der Grund dafür sind – wie so oft und deshalb nichts Neues – Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten, die noch ausgeräumt werden müssen. Die Ratifizierungsverfahren in den einzelnen Ländern gestalten sich schwieriger als erwartet. Maastricht bringt eine Fülle von Souveränitätsverschiebungen – und man hat es im Vorfeld verabsäumt, entsprechend zu informieren. In Frankreich und Dänemark führen die Referenden nur zu knappen positiven Ergebnissen, in Großbritannien sind es die „Eiserne Lady“ Margaret Thatcher und ihr Nachfolger John Major, die Schwierigkeiten machen.

Wieder einmal bedarf es eines Gipfels, um einen gemeinsamen Nenner zu finden; dieser findet am 11. und 12. Dezember 1992 in Edinburgh statt.

Er bringt auch ein Aufatmen für Österreich und die drei skandinavischen Beitrittskandidaten. Die Staats- und Regierungschefs der EU geben grünes Licht für die Aufnahme der abschließenden Beitrittsgespräche.

Vor dem Parlament in Wien gibt dazu der Außenminister eine Erklärung ab, die auch das durchaus schwierige Umfeld beschreibt, mit dem die EU damals kämpfte:

„Der Edinburgher Gipfel hat unter den denkbar schwierigsten Bedingungen begonnen. Selten war der Europäische Rat mit einer solchen Menge heikler und dazu noch eng miteinander verknüpfter Probleme konfrontiert. Selten war der Erfolgsdruck größer, denn ein Scheitern von Edinburgh hätte zu einer gefährlichen Zuspitzung der Krise in der Gemeinschaft führen und das in den letzten Jahrzehnten an europäischer Einheit Erreichte gefährden können. Auf dem Spiel standen und stehen unser aller wirtschaftlicher Wohlstand und die soziale und politische Stabilität, denn trotz aller Schwierigkeiten bleibt die Europäische Gemeinschaft der Stabilitätsanker für die zukünftige Entwicklung des gesamten Kontinents. Der unbestreitbare Erfolg des Edinburgher Treffens ist von höchster – nicht zuletzt psychologischer – Bedeu-

tung. Die Gemeinschaft hat damit ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Für uns wohl am wichtigsten: Die Staats- und Regierungschefs haben in Edinburgh beschlossen, Anfang 1993 Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland aufzunehmen – eine Entscheidung, die uns mit Befriedigung erfüllt. In unserem seit fast fünf Jahren konsequent verfolgten Bemühen um die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft haben wir damit ein neues Stadium, ich möchte sagen, die Zielgerade erreicht.“

Am 26. Jänner 1993 definiert die Bundesregierung die grundsätzlichen Verhandlungspositionen. Und so liest sich das im offiziellen Kommuniqué:

„Auf Ministerebene wird die österreichische Delegation vom Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Alois Mock geleitet. Zum Stellvertreter und Leiter der Verhandlungen auf Beamtenebene wird der österreichische Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften, Dr. Manfred Scheich, bestellt; ein Beschluss der Bundesregierung vom 14. Juli 1992 sieht ferner je einen vom Bundeskanzler bzw. vom Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten zu nominierenden stellvertretenden Leiter der Delegation auf Beamtenebene vor.“

Zugleich werden gewissermaßen die Pfosten für die Vertragsverhandlungen eingeschlagen:

„Österreich wird als neutraler Staat den Europäischen Gemeinschaften beitreten. Im Rahmen der Europäischen Union bietet sich die Chance, eine europäische Sicherheitsordnung zu schaffen; die Entwicklung wirksamer Instrumentarien für die Abhaltung und Sanktionierung von Aggressionen und Rechtsverletzungen liegt im vitalen eigenen Sicherheitsinteresse Österreichs. In der Umweltpolitik ist darauf zu achten, dass die hohen umweltpolitischen Standards Österreichs bei einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union gewahrt werden können.

Im Bereich der gemeinsamen Verkehrspolitik muss gewährleistet sein, dass der gesamte Inhalt des Transitabkommens zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften für die volle Laufzeit gewahrt bleibt. Weiters ist auf die besonderen Bedürfnisse einer flächendeckenden, bäuerlich geprägten Land- und Forstwirtschaft, insbesondere auf die Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe ausreichend Bedacht zu nehmen. Der bäuerlichen Bevölkerung muss auch nach dem Beitritt eine Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung gesichert sein.“

Der Countdown nach Brüssel beginnt

Die offizielle Eröffnung der Verhandlungen findet am 1. Februar 1993 in Brüssel statt. Außenminister Mock, Wirtschaftsminister Schüssel, Staatssekretärin Ederer, der Vorarlberger Landeshauptmann Purtscher und der Wiener Landeshauptmannstellvertreter Mayr sind zur Ministertagung angereist. Der Startschuss für die eigentlichen EU-Verhandlungen fällt. Der amtierende Ratspräsident, der Däne Helge Petersen, bringt es auf den Punkt:

„Wir haben ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Kontinents aufgeschlagen. Die Errichtung der Europäischen Union bildet nur die letzte Stufe des europäischen Aufbauwerks, mit dem nach dem Krieg, der unseren Kontinent in Trümmer legte, begonnen wurde.“

Es folgen nun neun Verhandlungsrunden auf Ministerebene, 130 Treffen zur sogenannten Acquisprüfung, 72 Gespräche mit den Fachressorts, 25 davon betreffen allein die Landwirtschaft. Die wichtigsten Termine:

2. Februar 1993

Ablauf und Organisation der Verhandlungen; Erstellung der Liste mit den 29 Verhandlungskapiteln; Festlegung der Verhandlungsprinzipien; Prüfungsbeginn des EG-Sekundärrechts (Acquisprüfung).

11. März 1993

Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedsstaaten und der drei Beitrittskandidaten zu einem Meinungsaustausch in Luxemburg. Sieben bereits im EWR-Abkommen geregelte Verhandlungskapitel werden als unproblematisch angesehen; exploratorische Diskussion über die Bereiche Landwirtschaft, Regional- und Strukturpolitik, Außenhandelsbeziehungen, Zollunion.

28. Mai 1993

Einigung auf Übergangsfristen bezüglich Einrichtung des Zahnarztstudiums, Nachtarbeitsverbots für Frauen; Nachtlandeverbot für lärmreiche Kapitel-2-Flugzeuge auf österreichischen Regionalflughäfen.

9. Juni 1993

Abschluss von Kapitel 7 (Konsumenten- und Gesundheitsschutz), Kapitel 9 (allgemeine und berufliche Bildung), Kapitel 11 (Gesellschaftsrecht), Kapitel 12 (Sozialpolitik), Kapitel 16 (Fischerei).

22. Juli 1993

Abschluss des Kapitels 3 (Freizügigkeit der Arbeitnehmer): Einigung über eine gemeinsame Erklärung Österreichs und der EG über eventuell auftretende Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer.

29. September 1993

Abschluss der Kapitel 10 (Statistik), 21 (Industriepolitik) und 14 (Energie), Annahme der von Österreich geforderten gemeinsamen Erklärung zum EURATOM-Vertrag.

5. Oktober 1993

Zwischenbilanz über bisherigen Verhandlungsverlauf (neun Kapitel abgeschlossen); Impulse auf politischer Ebene, wonach ein Abschluss der Beitrittsverhandlungen bis spätestens Anfang März 1994 erfolgen soll, um die Zielvorgabe (Beitritt am 1. Jänner 1995) zu erreichen.

4. November 1993

Lösung einer der zentralen Fragen zum Kapitel 18 (Außenhandelsbeziehungen): gemeinsame Erklärung über Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit den sogenannten Europaverträgen der Gemeinschaft mit den Staaten Zentral- und Südosteuropas.

Das heikle Thema Neutralität

Mitten während der Verhandlungen mit der EU bricht in Österreich wieder einmal eine Neutralitätsdebatte los. So wollen SPÖ-Kreise eine sehr strenge Interpretation des Neutralitätsbegriffs. Damit aber besteht die Gefahr, dass es zu einer Verzögerung bei den Verhandlungen, ja sogar des Beitrittstermins kommen könnte. Es ist dies übrigens der einzige Moment, in dem Mock mit der Europa-staatssekretärin Brigitte Ederer (sie hatte 1992 Peter Jankowitsch in dieser Funktion abgelöst) in Konflikt kam, nachdem sie Sympathie für diese Bewegung zeigte.

Im Hintergrund der Neutralitätsdiskussion stand die Frage eines Beitritts zur WEU, der westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft, und noch eine Etappe dahinter verbargte sich die NATO-Frage – jene NATO, mit der die neuen Demokratien Osteuropas, die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten, Bündnisse abzuschließen suchten.

An einen NATO- und WEU-Beitritt war nicht zu denken. Bei der WEU hingegen kommt bei der Wahrung der

Sicherheitsinteressen der EU eine Schlüsselrolle zu. Daher spricht sich Mock für einen Beobachterstatus aus. Vranitzky will davon zunächst noch nichts wissen, lässt sich aber überzeugen und stimmt letzten Endes zu.

Der Außenminister war sich übrigens die ganze Zeit sehr wohl bewusst, dass das Neutralitätsthema sensibel ist. Daher wurde alles getan, um für eine entsprechende Interpretation zu sorgen und das Thema nicht zu sehr hochzuspielen. Und sie wurde leichter und smoother gelöst, wozu vor allem viele Gespräche auf allen Ebenen beitrugen, in denen auf die Einwände und Bedenken, aber auch auf die geschichtliche Entwicklung Bezug genommen wurde:

„Österreichs Neutralitätsoption im Jahre 1955 war unbestritten richtig. Sie war damals das Mittel, wohl das einzige Mittel, um das latente Risiko der Teilung des besetzten Landes zu beenden und unsere Unabhängigkeit wiederherzustellen. Unabhängigkeit wozu? – Ganz einfach um das Schicksal und die Position des Landes frei bestimmen und sichern zu können, nämlich als westliche Demokratie und Marktwirtschaft. Zur Zeit der Ost-West-Spaltung Europas hat uns die Neutralität zusätzlich politische Funktionen im Sinne guter Dienste für die Staatengemeinschaft gegeben. Als eigentliches sicherheitspolitisches Instrument im Ernstfall ist sie – Gott sei Dank – nicht auf die Probe gestellt worden.“

Manfred Scheich, seit 1993 Leiter der Ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union, erhält den Auftrag, bei der Kommission für eine entsprechende Klarstellung der österreichischen Position zu sorgen. In seinem Referat erklärt er unter anderem:

„Die sicherheitspolitische Landschaft in Europa hat sich seit 1989 fundamental verändert. Die Stabilität des – wenn auch riskanten und prekären – Gleichgewichts des Schreckens ist verschwunden, eines Gleichgewichts, in dem auch die Sicherheit des neutralen Österreich verankert war.

Heute stehen wir vor neuen Bedrohungsszenarien, die neue Antworten erfordern. Wir haben in Europa aber auch die Chance, ein umfassendes, kooperatives, kollektives, gemeinsames und solidarisches Sicherheitssystem zu schaffen.

Es ist keine Frage, dass Österreich, das nach wie vor sehr nahe an politischen Verwerfungslinien liegt, ein vitales Interesse am Werden und Funktionieren eines solchen Systems hat. Wollen wir aber Nutznießer seines Schutzes und seines Solidaritätsbonus werden, dann wird auch von uns Solidarität gefordert.

Aus diesem Grund hat sich die Bundesregierung zum

Vertrag über die Europäische Union und seinen Entwicklungsperspektiven bekannt und Österreichs Bereitschaft erklärt, am Werden und Funktionieren eines solchen Systems solidarisch teilzunehmen.“

Für die EU ist damit das Thema Neutralität mehr oder weniger abgehakt und spielt auch in den noch folgenden Verhandlungsrunden keine Rolle mehr. Jetzt rücken ganz andere Themen in den Vordergrund.

Für und Wider in der Frage der Balkanpolitik

Im Hintergrund köchelt freilich auch ein wenig Österreichs Rolle im Balkankonflikt, und vor allem das Außenamt in Wien hätte sich wahrscheinlich leichter getan, die europäische Staatengemeinschaft zu mobilisieren, wäre man nicht nur Antragssteller, sondern bereits Mitglied der – wie sie damals noch hieß – EG gewesen.

Der Zerfall von Ex-Jugoslawien infolge des von Slobodan Milošević erhobenen serbischen Machtanspruchs, die Unabhängigkeitserklärungen vor allem von Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina und die darauf folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen haben – wiewohl es sich um einen Konflikt mehr oder weniger mitten in Europa handelte – viele Staatskanzleien nicht wirklich aufgerüttelt. Da spielten alte historische Bande ebenso eine Rolle wie die Tatsache, dass man der Neuordnung Europas viel mehr Aufmerksamkeit schenkte als den Vorgängen am Balkan. Tatsächlich hatte Österreich als Nachbarland von der Inanspruchnahme des KSZE-Mechanismus Gebrauch gemacht, um die Vorgänge zunächst im Kosovo, später in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina aufs internationale Tapet zu bringen.

Innerhalb der Regierung hatte Mock mit seinem Diplomatenteam den aufkeimenden Balkankonflikt zur Chefsache erklärt, was wiederum beim Koalitionspartner SPÖ auf einen gewissen Widerstand stieß. Das stand auch damit in Verbindung, dass an der Wende von 1989 zu 1990 die kommunistische zu einer sozialistischen Partei mutierte und um Kontaktnahme mit der europäischen Sozialdemokratie bemüht war.

Einen wortgewaltigen Verteidiger für sein Vorgehen fand Milošević im Schriftsteller Peter Handke, der von sich selbst sagte, wäre er nicht österreichischer Staatsbürger, würde er sich als Jugoslawen sehen. In seinem Buch „Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina oder Gerechtigkeit für Serbien“ attackierte er massiv die österreichische Politik bezüglich der Parteinahme für die mittlerweile unabhängig gewor-

denen ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken. Ein Interview, das er 20 Jahre später Christian Seiler („Profil“) gibt, vermittelt einen Eindruck jener Denkweise, die ab 1989 zum Krieg am Balkan führte.

Im Grunde genommen sieht Handke im Staatsgebilde der Föderation Jugoslawien jenen Traum verwirklicht, den die Serben seit Jahrhunderten verfolgen, nämlich die führende Rolle am Balkan zu spielen. Das war mit dem Zerfall von Jugoslawien vorbei:

„Es sind die, die nach Titos Tod ein ganz anderes Jugoslawien wollten, ein drittes Jugoslawien wollten, nicht das königliche, nicht das kommunistische. Das dritte Jugoslawien war auf dem Weg.“

Kein Wort davon, dass 1989 mit der Machtübernahme durch Slobodan Milošević in Serbien begonnen wurde, die Rechte der Teilrepubliken zu beschneiden, was zum Bruch der Konföderation führte. Für ihn sind die Slowenen und Kroaten die Aggressoren. Damit gerät bei Handke Österreich ins Visier, das sich für die Beachtung der Völkerrechts und der Unabhängigkeitsbestrebungen starkmachte:

„Mit den ersten Anzeichen eines zerfallenden Jugoslawiens ging es in Österreich unisono los. Und ordentlich wurde da mitgetan am Zerfall von Jugoslawien. Unverzeihlich, für ewig unverzeihlich.“

Die Schuldzuweisung richtet sich an Medien, an Politiker, an die österreichische Regierung:

„Das war eine äußerst aggressive, eine atavistische Politik [...] es ist Gewalt, was die österreichische Regierung unter der Verantwortung des Herrn Mock und auch des Franz Vranitzky gemacht hat, ist eine faulere Gewalt, die aus dem Sumpf der Generationen kam. [...]

Das wäre nicht nur der Moment des Franz Vranitzky in seinem geschichtlichen Leben gewesen, sondern auch der Moment des österreichischen Sozialismus ganz und gar anders zu handeln. Da hat der Sozialismus in Österreich entsetzlich versagt. [...]

Auch der Einspruch der deutschen Sozialdemokraten, die nicht an der Macht waren, hätte klar stattfinden müssen. Sie wussten alles besser und haben alles schlechter gemacht.“

Geht es nach einer von mehreren Statistiken, so hat der von Milošević ausgelöste Krieg – und das ist die Faktenlage – in Bosnien und Herzegowina aufseiten der Soldaten und der Zivilbevölkerung 97.207 Tote und Vermisste, in Kroatien 12.131 Tote und 2.251 Verschollene, in Slowe-

nien 18 Tote gefordert. Über den Kosovo existieren keine genauen Zahlen.

Internationale Unterstützung fand Mock für seine diplomatischen Aktivitäten von Beginn an bei Deutschland sowie bei Ungarn und Italien. Gegen Schluss gelang es auch, Washington gewissermaßen an Bord zu holen, nachdem man zu Beginn im Weißen Haus und im State Department der Meinung war, dass die Europäer selbst diesen Konflikt lösen sollten.

Mocks persönliche Parteinahme für die Beachtung des Völkerrechts hat nicht bei allen EU-Staaten volle Zustimmung erhalten, man zollte ihm aber Respekt und vor allem wurde bewusst, dass Österreich auch in Zukunft eine Art Scharnierrolle in Bezug auf den Balkan spielen könnte.

1994 So wird Österreichs Weg in die EU frei gemacht

Zur Jahreswende 1993/94 steht vor allem die Frage im Raum, ob die Verhandlungen noch rechtzeitig abgeschlossen werden können. Dabei geht es nicht nur um den Europa-, sondern auch um den Österreichfahrplan. Werden die EG-Verhandlungen nämlich bis spätestens Anfang März abgeschlossen – daher die Deadline 1. März –, kann das Europaparlament, das 1994 neu zu wählen war, das Verhandlungsergebnis noch im Frühjahr absegnen. Damit gibt es noch vor den Sommerferien die Volksabstimmung und ein Beginn der Mitgliedschaft mit 1. Jänner 1995 wird möglich.

Am 21. Jänner, 3. und 17. Februar sind Verhandlungen auf Stellvertreterebene, am 8. und 22. Februar auf Ministerebene angesetzt, und wie es sich schon bisher abgezeichnet hat, stellen sich drei Materien als heikel heraus: der gesamte Komplex der Landwirtschaft, die Zweitwohnsitzfrage sowie das Transitproblem.

Zuvor kontaktieren der Bundeskanzler und der Außenminister ihre wichtigen und gewichtigen Gesprächspartner bzw. Parteifreunde, um noch einmal Stimmung für Österreich zu machen, Erklärungen zu den einen oder anderen offenen Fragen zu geben.

Alois Mock fliegt nach Paris, um mit Europaminister Alain Lamassoure und Außenminister Alain Juppé offene Verhandlungspunkte zu besprechen. Auch mit Bundeskanzler Helmut Kohl trifft er noch vor der alles entscheidenden Runde zusammen.

„Hier sieht es ja aus wie in Wallensteins Lager“

Am 25. Februar beginnt die Schlussrunde der Verhandlungen in Brüssel im Rahmen eines sogenannten Jumbo-Ministertreffens unter dem Vorsitz des griechischen Europaministers und Ratsvorsitzenden Theodoros Pangalos. Verhandelt wird auf allen Ebenen, und zwar nicht nur personell (zwischen den Politikern, zwischen den Experten), sondern auch auf allen Stockwerken im EU-Ratsgebäude. Es wird ein Verhandlungsmarathon mit 103 Stunden, wobei zum Schluss noch die Uhr angehalten wird, um termingemäß abzuschließen. In der Pressekonferenz vor Verhandlungsbeginn erklärt noch der Delegationsleiter:

„Wir sitzen im Boot, das Österreich heißt. Wir steuern mit voller Kraft in eine Richtung. Die Parteien spielen dabei keine Rolle mehr.“

Und tatsächlich, so sehr es seit Bildung der SPÖ-ÖVP-Koalitionsregierung interne und öffentliche Diskussionen über einen Beitritt zur EU gegeben hat: Jetzt herrscht völlige Einigkeit. Wenn man in den letzten gut 100 Stunden das Agieren der österreichischen Delegation beobachtet, so kann man fürwahr sagen: In diesem Lager steht Österreich.

Wiens Vizebürgermeister Hans Mayr charakterisiert Optik wie Stimmung wohl am besten. Als er einmal in das Zimmer tritt, in dem sich auf engem Raum die Beamten, die Politiker, die Fachleute aufhalten, Informationen austauschen, Strategien besprechen und ein wenig Abspannung bei einer Zigarette, einem Schluck Kaffee suchen, sagt er angesichts dieses Haufens, der beisammensitzt:

„Hier sieht es ja aus wie in Wallensteins Lager.“

Österreich stellt von den vier Beitrittskandidaten mit fast 90 Mitgliedern die größte Delegation. Neben Mock als Leiter der Delegation sind dies vor allem Finanzminister Ferdinand Lacina, Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel, Landwirtschaftsminister Franz Fischler, Verkehrsminister Viktor Klima, Staatssekretärin Brigitte Ederer, die Landeshauptmänner Martin Purtscher und Josef Krainer, Wiens Vizebürgermeister Hans Mayr sowie die Präsidenten Leopold Maderthaler (Wirtschaftskammer), Fritz Verzetnitsch (ÖGB) und Rudolf Schwarzböck (Landwirtschaftskammer). Bundeskanzler Vranitzky und Vizekanzler Busek halten die Stellung in Wien. Vranitzky bearbeitet unter anderem Frankreichs Präsident Mitterand, Busek die niederländischen Parteifreunde.

Erwartungsgemäß erweisen sich die Fragen der

Zweitwohnsitze, des Transitverkehrs und vor allem der Eingliederung der Landwirtschaft in das EU-System als die harten Brocken.

Bei der Zweitwohnsitzfrage geht es um die Sorge vor allem der westlichen Bundesländer, dass nun EU-Bürger scharenweise ins Land drängen, um in den schönen alpinen Regionen Zweitwohnsitze zu erwerben und in die Gestaltung der Landschaft einzugreifen. Relativ rasch gelingt es, zu erreichen, dass in Österreich bis zum Jahr 2000 alle derzeit vorgesehenen Regeln zur Kontrolle und Beschränkung des Zweitwohnungsmarktes unverändert aufrechtbleiben. Auch nach diesem Zeitraum wird sichergestellt, dass der Bedarf der ortsansässigen Bevölkerung an Wohnraum zu angemessenen Preisen vorrangig abgedeckt wird und dass die österreichische Landschaft im Interesse des Umweltschutzes vor der Gefahr der Zersiedelung geschützt wird.

Beim Transitthema muss Verkehrsminister Viktor Klima den starken Mann spielen. Er spekuliert sogar mit seinem Rücktritt, sollte er mit seinen Vorstellungen nicht durchkommen. Nachdem Österreich 1992 in harten Verhandlungen mit der EG einen Transitvertrag abgeschlossen hatte, erwartete man eigentlich nun etwas weniger Widerstand. Der Widerstand in der Transitediskussion kam dabei in erster Linie von den Franzosen. Dabei ging es vor allem um deren Sorge, dass sie, würde die Schweiz einmal die Transitstraßen dicht machen, einen Großteil des Nord-Süd-Verkehrs zu tragen hätten. Letztlich gelingt es, das Transitregime aufrechtzuerhalten, die 60-prozentige Schadstoffabsenkung dauerhaft sicherzustellen und die Finanzierung des Brennerbasistunnels und der Unterinntaltrasse zu erreichen.

Beim Kapitel Landwirtschaft wird Österreich freilich mit einer unangenehmen Tatsache konfrontiert. Der amtierende Landwirtschaftskommissar, der am Verhandlungstag plötzlich auch nicht erreichbar war, hatte die Österreicher in der falschen Hoffnung gewiegt, nicht sofort mit dem Beitritt die Agrarregelungen der EU übernehmen, den Markt öffnen und in den Wettbewerb treten zu müssen, sondern eine mehrjährige Übergangsfrist gewährt zu bekommen. Die Interessenvertreter der Landwirtschaft, so Rudolf Schwarzböck, Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, waren schlichtweg aus dem sprichwörtlichen Häuschen und nicht gewillt, dieses Diktat hinzunehmen, zumal es daheim der Bauernschaft nicht verständlich zu machen gewesen wäre. Landwirtschaftsminister Franz Fischler war es dann, der sich eine Nacht lang mit seinen Experten daran machte, basierend auf dem System der EU-Agrarpolitik eine für Österreich praktikable Lösung auszuarbeiten und die bäuerlichen Leistungen finanziell abzusichern. Dies gelang auch, nachdem sich Finanzminister Lacina bereit erklärt hatte, auch aus dem Budget einen Beitrag

zu leisten. Fischler beschreibt die Problematik, mit der er zu kämpfen hatte:

„Meine Aufgabe war es, die österreichischen Bauern, den gesamten österreichischen Agrarsektor für den Beitritt zu gewinnen. Das war alles andere als einfach, weil im Durchschnitt zwischen österreichischen und EU-Agrarprodukten ein Preisunterschied von ca. 30 Prozent vorhanden war, wir praktisch kaum einen Zutritt zu den EU-Märkten hatten und befürchtet wurde, dass die EU-Nachbarn die österreichischen Märkte mit ihren Lebensmitteln überfluten würden. Die Bergbauern fürchteten, gegenüber der EU-Konkurrenz nicht bestehen zu können, was auch mit negativen Auswirkungen für Umwelt und Sicherheit in den alpinen Räumen verbunden gewesen wäre.“

Unterstützung erfährt Österreich auch von ausländischen Freunden, so vor allem von Helmut Kohl, der den FDP-Außenminister Klaus Kinkel nach Brüssel gesendet hatte, um gewissermaßen Flankenschutz zu gewähren und zu vermitteln, wenn es nötig wäre, vom belgischen Außenminister Willy Claes und vom EU-Ratsvorsitzenden Pangelos, der viel Sympathie für Österreich zeigte. Die Ernsthaftigkeit der Situation beschreibt auch Mock selbst:

„Da war ich wirklich daran, zu sagen: So nicht!, und die Gespräche abubrechen. Aber dann habe ich mir doch gesagt, Österreich darf sich nicht mit einem Schicksal als europäisches Land zweiter Klasse abfinden. Wir müssen den Weg ins gemeinsame Europa jetzt gehen. Und die Unterstützung, die uns aus vielen europäischen Hauptstädten signalisiert wurde, war ein zusätzlicher Anstoß. In dem Augenblick, da sich die Haltung der EG zum Agrarpreissystem und zum Transitvertrag flexibler gestaltete, war der Durchbruch erzielt. In der allerkritischsten Phase der Verhandlungen war es auch notwendig, Ruhe und Entschlossenheit zu bewahren. Schüssel, Lacina, Mayr und Scheich kam in dieser Phase eine Schlüsselrolle zu. Sie sorgten für den Zusammenhalt im Finish.“

Und das war am 1. März 1994 kurz nach 22 Uhr erreicht. Die gesamte Delegation stellt sich den Medien. Mocks erste Worte lauteten:

„Österreichs Weg zur EU ist frei.“

Der Satz ist von ihm sehr bewusst gesetzt. Er erinnert an die Worte, die Leopold Figl bei der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955 sprach, mit der Österreich seine Freiheit und Unabhängigkeit erhielt. Jetzt hatte sich für

Österreich auch die Tür zur vollen Teilnahme an Europa geöffnet. Bei dieser Pressekonferenz kommt es zu einer berührenden Szene, als sich Mock zu der auf seiner rechten Seite sitzenden Staatssekretärin Ederer neigt und ihr ein Busserl auf die Wange drückt. Später einmal sagt sie, dass sie diese Szene als einen Dank des Außenministers an die ganze Delegation empfunden habe.

Manfred Scheich, Mastermind der österreichischen Verhandlungen mit Brüssel, resümiert den Werdeprozess der österreichischen EU-Präsidentschaft:

„Auf Initiative von Alois Mock wurde zu Beginn des Jahres 1987 die ‚volle Teilnahme Österreichs an den vier Freiheiten des EG-Binnenmarktes‘ in das Regierungsprogramm der Großen Koalition als Ziel der österreichischen Europapolitik aufgenommen. Die institutionelle Form, also Beitritt oder eine andere Konstruktion, wurde vorerst offengelassen. Das war auch klug, die Notwendigkeit des Beitrittes, wollte man das Ziel erreichen, ergab sich bald aus der politischen Logik. Jedenfalls hatte Mock erkannt, dass sich in den Achtzigerjahren ein politischer Paradigmenwechsel in dem Verhältnis zwischen Brüssel und Moskau ergeben hatte, nämlich von der früheren Konfrontation zur Kooperation. Diesen wollte Mock nutzen.

Die österreichische Neutralität und ihre Vereinbarkeit mit der EU-Mitgliedschaft stellte die qualifizierte Problematik der Verhandlungen dar. Mock war sich dieses Stellenwertes der Neutralität sehr bewusst, und vergessen wir nicht, dass die österreichische Außenpolitik jahrzehntelang unter der Prämisse der Unvereinbarkeit von Neutralität und EG/EU-Mitgliedschaft gestanden war. Noch im August 1989, also schon nach der Überreichung des Beitrittsantrages an Brüssel, erhielten wir ein Aide-Mémoire des sowjetischen Außenministeriums, in welchem nochmals die Frage der Neutralität und der Mitgliedschaft in einer Organisation aufgeworfen wurde, ‚welche auf dem Wege zu einer Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und mit der Zeit Verteidigungspolitik sei‘. Auch der Fall der Berliner Mauer sollte die Neutralitätsproblematik nicht lösen. Zugleich sahen wir uns mit Bedenken auf EU-Seite konfrontiert. Dort fürchtete man, dass ein neutrales Mitgliedsland, dessen Neutralität noch dazu verfassungsmäßig verankert war, die Union auf ihrem Weg zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik behindern könnte. Es bedurfte großer Überzeugungsarbeit, die Widerstände und Zweifel in Brüssel und in einigen Hauptstädten zu überwinden.“

Noch aber gibt es nach der Rückkehr aus Brüssel eine Zitterpartie, muss doch der ausverhandelte Vertrag im Rahmen einer Volksabstimmung genehmigt werden. Vranitzky spricht wörtlich davon, dass ein Ja noch „keine

g'machte Wies'n" sei. Die Regierungsparteien werben für ein Ja zum EU-Beitritt. Auch in ihren Reihen gibt es noch einige Skeptiker, die Angst vor der Zukunft in einem großen Europa haben.

Von der Opposition sind die Liberalen für, FPÖ und Grüne gegen den Vertragsabschluss.

12. Juni 1994: Wahlberechtigt sind 5.790.578 Personen. 66,58 Prozent – fast zwei Drittel der Bevölkerung – sprechen sich für den Beitritt aus – ein überwältigendes Ergebnis.

Am 24. Juni wird im Rahmen eines Festaktes auf Korfu die Beitrittsurkunde unterzeichnet. Neben Österreich sind es auch noch die Schweden und die Finnen, die jetzt unter den Schutz der Europäischen Union gelangen. Norwegen, das die Verhandlungen ebenfalls erfolgreich abgeschlossen hatte, muss vom Beitritt zurücktreten, nachdem die Bevölkerung sich ganz knapp dagegen ausgesprochen hatte. Die EU wird von einer Zwölfer- zu einer 15er-Gemeinschaft.

Wie schon bei der Überreichung des Avis erinnert übrigens der österreichische Außenminister die versammelte Riege der EU-Spitzenrepräsentanten daran, dass sich Brüssel nun den neuen Demokratien im Osten Europas zuwenden müsse.

Noch aber ist einiges zu erledigen. So müssen der National- und Bundesrat im November den EU-Vertrag ratifizieren. Nun kommt auch Bundespräsident Thomas Klestil zu seinem Auftritt, den er in Korfu nicht hatte. Höchst offiziell hinterlegt er am 24. November in der italienischen Hauptstadt die Ratifikationsurkunde und unterschreibt das Protokoll (Processo verbale) gemeinsam mit dem italienischen Staatspräsidenten Oscar Luigi Scalfaro. In Rom erfolgt dieser Akt deshalb, weil seit Unterzeichnung der Römischen Verträge, mit denen 1957 die EG aus der Taufe gehoben wurde, alle Vertragswerke der EG und der EU hier deponiert sind.

Am 1. Jänner 1995 beginnt für Österreich ein neuer Lebensabschnitt. Es ist Vollmitglied der Europäischen Union. Es ist dies ein politisches Lebenswerk von Alois Mock.

Josef Höchtel, der ihn von dessen Beginn als ÖAAB-Obmann im Jahre 1971 bis zu seinem Lebensende 2017 als Politiker und vor allem Freund begleitet hat, weist auf seinen Platz in der Geschichte hin:

„Es gibt in einem Land und in einer Generation immer nur ganz wenige Persönlichkeiten, die in des Wortes wahrster Bedeutung maßgeblich sind, die ihren Mitmenschen einen Maßstab vorgeben, an dem sie sich orientieren und nach dem sie sich richten können. Und gerade in der Politik sind diese Persönlichkeiten nicht unbedingt in der Funktion des höchsten Regierungsamtes maßgeblich und prägend geworden. Alois Mock war eine solche Persönlichkeit.“

2030

Und wie sieht die Vision der EU für das neue Jahrzehnt aus? Zu guter Letzt machen wir einen Sprung von der Vergangenheit in die Zukunft. Bereits 2017, anlässlich des 60-jährigen Bestehens des EU, wurde eine Reihe von Interviews mit österreichischen Politikerinnen und Politikern zur EU geführt – und zum Schluss die Frage gestellt: Was ist Ihre Vision für 2030? Die Antworten sind unverändert aktuell.

Sebastian Kurz, Bundeskanzler:

Union muss vom Global Payer zum Global Player werden

Wir sind offen gesprochen in der Vergangenheit mehrmals falsch abgebogen. Wir brauchen eine stärkere EU in den großen Fragen, etwa mehr Zusammenarbeit im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder beim ordentlichen Schutz der EU-Außengrenzen. Zugleich müssen wir das Subsidiaritätsprinzip stärken. Die EU muss also in den großen Fragen groß und in kleinen Fragen wieder kleiner werden. Damit Ersteres geschieht, muss es einen gemeinsamen Willen der Mitgliedstaaten geben, in diesen Bereichen gemeinsam voranzugehen. Zur Stärkung der Subsidiarität wiederum müssen die Europäische Kommission, aber auch die Mitgliedstaaten darauf verzichten, in Bereichen, in denen bereits gut zusammengearbeitet wird oder in denen Lösungen besser auf nationaler oder regionaler Ebene gefunden werden können, überzuregulieren. Die Union muss vom Global Payer, der sie jetzt schon ist, zum Global Player werden.

Othmar Karas, Vizepräsident des Europ. Parlaments:

EU muss entschlossener und mutiger werden

Ineffiziente Entscheidungsprozesse bringen uns an die Grenzen der Handlungsfähigkeit der EU. In zu vielen Bereichen gilt unter den Mitgliedstaaten das Einstimmigkeitsprinzip, und dadurch geben die Zögerer und Blockierer das Tempo vor. Das wiederum erzeugt bei vielen Bürgern den Eindruck, dass die EU die Probleme nicht löst, was wiederum zu einem Anstieg bei EU-Gegnern, den rechten wie linken Populisten führt, die dann wiederum die EU in ihren Entscheidungen behindern. Dabei ist Europa heute gefragt wie nie. Europa müssen wir daher stärker, handlungsfähiger, effizienter, innovativer und nachhaltiger machen. Die Mitgliedstaaten müssen sich der Wirklichkeit und den globalen Herausforderungen stellen. Europas Anteil

an der Weltbevölkerung und an der Weltwirtschaft schrumpft jeden Tag. Keine der großen Fragen kann ein Land für sich alleine lösen. Deshalb müssen wir in zentralen Bereichen die Kräfte Europas viel mehr bündeln und Europa wettbewerbsfähiger machen. Wir müssen die Lehren aus den Krisen ziehen und die EU mutig weiterentwickeln, um nicht vor den Problemen unserer Zeit zu kapitulieren.

Johannes Hahn, EU-Kommissar:

Krisen zu bewältigen ist Stärke des Kontinents

Die Europäische Kommission hat im März 2017 ein Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union vorgestellt. Wir legten darin auf Basis einer Analyse des Istzustandes und der sich abzeichnenden globalen Entwicklungen fünf Szenarien vor, die darlegen, wo die Europäische Union 2025 stehen könnte. Im Wesentlichen geht es dabei um die Frage, ob wir die europäische Integration als Gesamtes oder in einzelnen Bereichen vertiefen oder ob wir die Zusammenarbeit auf die Kernaspekte des Binnenmarktes beschränken sollen. Ich bin ganz klar ein Verfechter der verstärkten Integration in Bereichen, in denen eine gesamteuropäische Vorgangsweise Sinn macht. Dabei wäre es natürlich optimal, wenn es uns gelingt, diese verstärkte Zusammenarbeit gemeinsam zu erreichen. Nur wenn wir die Einheit innerhalb der Union wahren und gemeinsam bereit sind, dieses Projekt, das uns so viel Wertvolles gebracht hat, weiterzuentwickeln, können wir die Globalisierung als aktiver Player mitgestalten.

Botschafter a. D. Manfred Scheich,
Mastermind der österreichischen EU-Verhandlungen:

Mangel an innerer Kohäsion ist zentrales Problem der EU

Der Mangel an innerer Kohäsion ist heute das zentrale Problem der EU. Er kann nicht wegdiskutiert oder gar wegdekretiert werden. Er setzt der Weiterentwicklung des europäischen Projektes politische und institutionelle Grenzen. Auch die oft gesuchten und beschworenen großen Führungspersönlichkeiten können daran nichts ändern. Vielleicht sollte man sich an eine neue Bescheidenheit gewöhnen, das Errungene konsolidieren und pflegen – es ist nicht wenig. Auf neue Herausforderungen sollte die Union pragmatisch reagieren, im Wesentlichen durch Zusammenarbeit der Regierungen, gestützt auf die gemeinsamen Institutionen, in der Suche nach gemeinsamen Antworten, allenfalls in Form von sogenannten Koalitionen der Willigen.

Christoph Leitl, Präsident von Eurochambres:

Trumpismus ist kein Rezept für Europa

Im Jahr 2020 oder 2030 sollte die EU nicht nur unter den drei wichtigsten Wirtschaftsmächten der Welt, sondern auch mit entsprechendem politischem Gewicht versehen sein. Nur wer politisches Gewicht auf die Waage bringt, kann bei den großen Themen unserer Zeit, die nur mehr global zu lösen sind, mitentscheiden. Die Welt hat nur zwei Möglichkeiten: Freihandel oder Protektionismus. Wer gegen Freihandel auftritt, macht das Geschäft des Donald Trump. Europa aber muss mehr sein. Trumpismus ist kein Rezept für Europa! Europa steht für großartige Werte und müsste diese umso mehr wahrnehmen, als die USA in diesem Bereich an Leuchtkraft verliert. Das ist die Chance Europas in unserer Zeit!

Fritz Verzetnitsch, ÖGB-Präsident a. D.:

Wir haben keine zweite EU im Kofferraum

Ausgehend von der Gründeridee wäre eine Rückbesinnung auf die gemeinsamen Werte mehr denn je angebracht, denn wir haben keine zweite EU im Kofferraum. Überlegenswert ist eine Aufwertung der EU-Bürgerinitiativen. Ich kann der Idee, dass eine erfolgreiche Bürgerinitiative (z. B. gegen die Privatisierung des Wassers) automatisch zu gesetzlichen Initiativen der Kommission führen muss, viel abgewinnen. Wer besorgt die Einstellung der Bürger zur EU beobachtet, darf nicht an der Frage der Kommunikation Bürger versus EU-Institutionen vorbeigehen. Wie berichten Print- oder elektronische Medien über die EU? Wie wäre es mit einer Übertragung aus dem EU-Parlament? Ohne dass man zum Arzt geschickt wird – meine Visionen sind: starke Demokratien, humane Gesellschaften, fairer Handel, gleichberechtigtes Miteinander, Schutz einer lebenswerten Umwelt!

Franz Fischler,
Österreichs erster EU-Kommissar von 1995 bis 2004:

Europa zurück auf den Wachstumspfad führen

Wir verdanken den größten Teil unseres Wohlstandswachstums der letzten 25 Jahre unserer Mitgliedschaft in der EU. Wir müssen daher ein allergrößtes Interesse daran haben, dass Europa prosperiert und funktioniert. Prosperieren heißt ein Mehrfaches: Wir müssen endlich die große Delle des Jahres 2008 ausbügeln und auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückkehren. Das bedeutet, unsere Innovationskraft zu stärken

und nach mehr qualitativem Wachstum oder – mit anderen Worten – nach mehr Nachhaltigkeit zu streben. Nur so können wir der wachsenden Arbeitslosigkeit begegnen, die steigende soziale Ungleichheit reduzieren, den Klimawandel bekämpfen und den Ressourcenverbrauch eindämmen. Wir dürfen auch nicht mehr länger die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein intergouvernementales Randthema bleiben lassen.

Michael Spindelegger,
EU-Parlamentarier der ersten Stunde:

Rolle Österreichs als Brückenbauer fortführen

Die Europäische Union soll ein von der Welt anerkannter, starker und verlässlich agierender Partner sein, ein Partner, der stolz darauf ist, mehr als 500 Millionen Menschen friedlich zu vereinen, ein Partner, der stolz auf die europäischen Werte und Standards ist, in sozialer Hinsicht, in Fragen der Ökologie und Menschenrechte sowie kulturell und technologisch führend. Zusätzlich soll die Europäische Union in der Lage sein, ausbalancierte Migrationsströme steuern zu können, auch indem sie die wirtschaftliche Entwicklung in den Herkunftsländern unterstützt und vorantreibt. Österreich hat dabei seine historische und aktuelle Verbindung zu den Ländern des Westbalkans als Brückenbauer in die EU einzubringen.

Ursula Stenzel, EU-Abgeordnete a. D.:

Europa der ‚Verzwegstaatlichung‘ wäre ebenso verhängnisvoll wie ein zentralistischer Superstaat

Wolfgang Schüssel hat mich als parteiunabhängige Kandidatin in die für Österreich erste Direktwahl zum Europäischen Parlament geschickt. Er hatte eine klare Vorstellung von der politischen Architektur Europas und Österreichs Platz in ihr, und ich teilte diese Vorstellung und teile sie bis heute. Österreichs Platz ist innerhalb und nicht außerhalb der EU. Die Europäische Union befindet sich in einer Krise, durch den Austritt Großbritanniens ist sie amputiert und weder die Euro- noch die Migrationskrise sind ausgestanden. Ich bin vorsichtig mit Patentrezepten, ein Europa der Verzwegstaatlichung wäre ebenso verhängnisvoll wie ein zentralistischer europäischer Superstaat. Der Weg muss dazwischenliegen, und es muss ein Weg der Behauptung unserer Werte und Eigenschaften sowie des Selbstschutzes sein.

Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin a. D.:

Das Ziel muss ein Bundesstaat Europa sein

Die EU ist zuallererst dafür zu beglückwünschen, dass sie über 62 Jahre in Europa Kriege verhindert hat und für Frieden, Wohlstand und Solidarität steht, auch wenn das jüngere Generationen heute zum Teil vergessen haben.

Ich war immer eine Verfechterin eines Bundesstaates Europa. Angesichts der aktuellen Vertrauenskrise ist dies nicht durchsetzbar. Trotzdem muss die EU vorangehen. Deshalb sollten wir einer EU zustimmen, die in konzentrischen Kreisen, in Form einer variablen Geometrie, vorangeht. Diese Möglichkeit besteht bereits im Lissabonner EU-Vertrag für eine Gruppe von Staaten, die in der sogenannten verstärkten Zusammenarbeit vorangehen, immer dann, wenn die Staaten, die anfangs bewusst zurückbleiben, in den ersten Kreis vorrücken können, wenn sie dazu bereit und fähig sind. Ich trete auch für eine verkleinerte EU-Kommission ein, die ähnlich wie der UN- Sicherheitsrat funktioniert.

Hannes Swoboda, EU-Parlamentarier und
Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion a. D.:

Die EU müsste von Grund auf neu durchdacht werden

Die EU sollte sich spätestens 2030 neu etabliert und aufgestellt haben. Die Länder des Balkans sollten vollwertige und aktive Mitglieder sein. Mit Ländern wie der Ukraine, der Türkei – und wenn das Vereinigte Königreich nicht schon wieder beigetreten ist, auch mit diesem – sollte eine enge Partnerschaft zu beiderseitigem Wohl bestehen. Auch die östliche und südliche Nachbarschaft sollte durch ein enges Arbeitsverhältnis mit der EU verknüpft werden. Die Außengrenzen wären gut geschützt – durch eine gemeinsame europäische Grenzschutztruppe. Dennoch wäre Europa keine Festung, sondern eine offene Region, aber mit kontrolliertem Zugang. Europa hätte eine enge wirtschaftliche und politische Verbindung mit einem langsam, aber stetig aufstrebenden Afrika, unserem Nachbarn im Süden.

Ulrike Lunacek (Grüne),
Vizepräsidentin des EU-Parlaments a. D., Staatssekretärin:

Vormachtstellung der nationalen Regierungen brechen

Den fünf technischen Szenarien von Präsident Juncker fehlt eine Vision für eine echte europäische Demokratie. Um die Unterstützung für Europa zurückzugewinnen, muss die EU den BürgerInnen aber echte Beteiligungs-

möglichkeiten bieten. Nur ein Europa, in dem die BürgerInnen mehr beteiligt werden, hat eine Zukunft – nicht umsonst fordern wir Grüne schon lange einen Konvent mit breiter Beteiligung der Zivilbevölkerung. Das heißt, das Szenario 5: ‚Viel mehr gemeinsames Handeln‘, bereichert um demokratische, soziale und ökologische Positionen, ist meine Präferenz. Aus der EU muss eine effektive und vielschichtige Demokratie werden.

Südtirolers Landeshauptmann Arno Kompatscher:

Die EU bedarf einer revolutionären Veränderung

Meine persönliche Vision ist jene, dass wir imstande sind, aus unserer Geschichte als Region Südtirol zu lernen, um über die Europaregion, die Makroregion Alpen und schließlich innerhalb der EU für jene Werte zu stehen, die allem zugrunde gelegen sind: Frieden und Freiheit, ein funktionierender Binnenmarkt, Mitgliedstaaten, die bereit sind, sehr vieles an nationaler Souveränität abzugeben, um gemeinsam für das europäische Ideal zu kämpfen, EU-Mitglieder, die einen anderen Mitgliedstaat nicht mit seinen Problemen alleinlassen, um lediglich die eigenen Interessen aus politischen Gründen zu wahren, eine EU, in welcher Klein- und Mittelunternehmen, Landwirte, Studierende, Rentner, Arbeitslose sowie Forscher usw. spüren, dass es einen gemeinsamen Geist gibt, der Wille, als Europäische Union weltweit wettbewerbsfähig zu sein, mit der Überzeugung, dass das Gemeinsam weiter bringen kann als das Alleine.

Walter Schwimmer, Generalsekretär des Europarats a. D.:

Der Europarat ist für das Europa der 47 zuständig

Nachdem mit der Aufnahme des selbstständig gewordenen Montenegros die Erweiterung des Europarates praktisch abgeschlossen wurde (fehlt nur noch Weißrussland, und vielleicht klopft eines Tages auch Kasachstan, das zu etwa 5 Prozent in Europa liegt, an), muss die politische Verantwortung des Europarates stärker herausgestrichen werden. Um seine Wahrnehmbarkeit im Besonderen bei den politischen Entscheidungsträgern zu verstärken, sollten die an sich gut eingeführten und bewährten Fachministerkonferenzen als Organ des Europarates, ähnlich dem Rat der Europäischen Union/Ministerrat der EU, tätig werden. Auf parlamentarischer Ebene wäre eine stärkere Verflechtung mit den nationalen Parlamenten durch eine Berichterstattung im Europaausschuss des nationalen Parlaments wünschenswert.

Werner Fasslabend, Präsident des Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik:

Rückbesinnung auf die eigene Sicherheitsvorsorge

Die österreichische Neutralität hat aufgrund der Auflösung der Paktkonfrontation des Kalten Krieges ihren ursprünglichen Zweck verloren und ist zu einer Kernneutralität geworden: keine Mitgliedschaft in einer militärischen Allianz (sehr wohl aber intensive Kooperation wie im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden seit 1995) und keine dauerhaften fremden Truppenstützpunkte auf österreichischem Boden. Die Möglichkeit zur Teilnahme an sicherheitspolitischen Aktivitäten der Europäischen Union wurde durch eine dem Neutralitätsgesetz gleichberechtigte Solidaritätsbestimmung in der österreichischen Bundesverfassung geschaffen. Österreich muss allerdings teilweise noch lernen, seine vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten politisch optimal umzusetzen und seine volle Solidarität für eine gemeinsame europäische Sicherheit und Verteidigung einzubringen. Die geopolitische Situation Österreichs erfordert dies im eigenen Interesse.

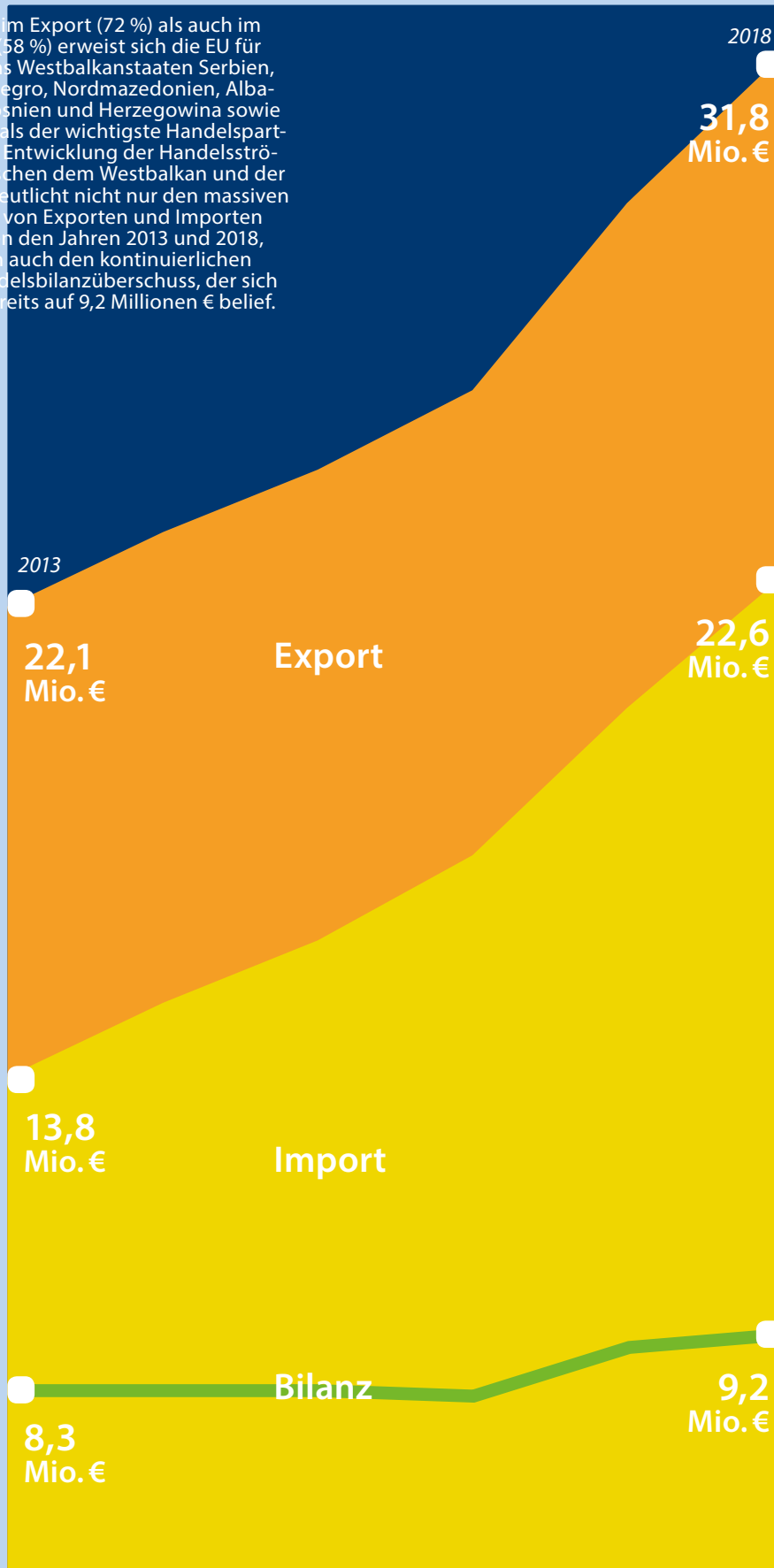
Wolfgang Sobotka, Nationalratspräsident:

Neue Maßstäbe in der Handlungsfähigkeit setzen

Ich bin überzeugt, dass wir – mit den richtigen Rahmenbedingungen – den europäischen Gedanken wieder näher zu den Menschen und die europäische Integration voranbringen werden. Dies ist zum einen eine inhaltliche Herausforderung – zum anderen aber muss es uns gelingen, die Beitrittsperspektive, die in den Ländern des Westbalkans Reformprozesse angestoßen und beschleunigt hat, zu einem erfolgreichen Ziel zu führen und die Länder, die schon historisch immer Teil unseres Europas waren, zu integrieren. Wenn es der Europäischen Union auch in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, die Herzen der Bürgerinnen und Bürger zu erobern, so soll sich immerhin in unser aller Denken breit etablieren, dass wir ohne EU wirtschaftlich, sozial und sicherheitspolitisch um Jahrzehnte zurückgeworfen wären!

WESTBALKANSTAATEN: ENORMES HANDELSPOTENZIAL FÜR DIE EU (2003–2008)

Sowohl im Export (72 %) als auch im Import (58 %) erweist sich die EU für die sechs Westbalkanstaaten Serbien, Montenegro, Nordmazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo als der wichtigste Handelspartner. Die Entwicklung der Handelsströme zwischen dem Westbalkan und der EU verdeutlicht nicht nur den massiven Anstieg von Exporten und Importen zwischen den Jahren 2013 und 2018, sondern auch den kontinuierlichen EU-Handelsbilanzüberschuss, der sich 2018 bereits auf 9,2 Millionen € belief.



VORAUSSCHAU

ERNST BRUCKMÜLLER

EUROPA 2020 – EIN SCHWIERIGES JAHR

Am 31. Jänner 2020 um 23 Uhr Londoner Zeit wird der Brexit in Kraft treten. Das heißt: formal ja, aber noch nicht in Wirklichkeit, denn jetzt beginnt erst die Übergangszeit bis zu einem neuen Übereinkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union.

Bis Ende 2020 bleiben daher im Verkehr der Waren und Dienstleistungen zwischen Großbritannien und der Union alle geltenden Regeln in Kraft. Großbritannien wird bis Ende Dezember 2020 auch die Urteile des Europäischen Gerichtshofs anerkennen und weiterhin den verhassten Mitgliedsbeitrag zahlen. Freilich werden die britischen Agrarier auch noch der Segnungen des gemeinsamen Agrarmarkts und der besonders für große Grundbesitzer recht üppigen Förderungen teilhaftig bleiben. Der lebhafteste Handel zwischen der Union und Großbritannien wird daher auch noch keinen Einbruch erleiden: Immerhin exportiert Großbritannien Waren im Wert von fast 351 Milliarden Pfund nach Europa, aber die Importe sind erheblich höher, besonders im Bereich der Agrarprodukte. Die britische Handelsbilanz mit Europa ist deutlich negativ.

Nun wollen sowohl die EU wie auch Großbritannien nach dem Austritt ein Freihandelsabkommen, das beiden Seiten eine Fortsetzung des überaus regen Waren- und Dienstleistungsaustauschs ermöglichen würde. Für das Königreich sind die Dienstleistungen besonders interessant, denn London ist immer noch eines der ganz großen Finanzzentren der Welt, die dort angebotenen Dienste werden besonders auch im kontinentalen Europa konsumiert. Alles wird davon abhängen, ob die Union und Großbritannien wirklich bis Jahresende 2020 den neuen Freihandelsvertrag fertig haben werden. Auf die-

sen – im Hinblick auf die komplexen Materien zeitlich äußerst knappen Termin hat sich der britische Premier Boris Johnson festgelegt; er verglich eine Verlängerung dieser Frist mit einer „Folter“. Das heißt aber umgekehrt, dass, falls der neue Vertrag nicht bis Jahresende 2020 unter Dach und Fach ist, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Großbritannien auf WTO-Bestimmungen basieren werden.

Nun ist ja die gute alte Welthandelsorganisation seit der Regierung Trump auch nur mehr ein Schatten ihrer selbst, aber dass sich die beiden europäischen Parteien im schlimmsten Fall einer Nichteinigung auf diese Basis zurückziehen werden, gebietet schon der Hausverstand. Aber auch die WTO-Bestimmungen erlauben gewisse Zollsätze – auf Automobile 10 Prozent, auf Lebensmittel wie Milchprodukte bis zur 35 Prozent. Sollte es also bis Jahresende 2020 keine Einigung geben, können sich Exporteure und Importeure, die den Handel zwischen den Inseln und Europa betreiben, auf einiges gefasst machen – vor allem auf einen ordentlichen Schuss Bürokratie, denn selbstverständlich benötigt man dann für jede Fracht hin oder her über den Kanal zunächst einmal zahlreiche Formulare.

Das ist das Mindeste. Aber weitere Unsicherheiten folgen: Ist das Problem der offenen Grenze zwischen dem britischen Nordirland und der Republik Irland tatsächlich schon gelöst? Oder wird doch irgendeine Grenzkontrolle kommen und damit die Spannungen auf der Insel auf Neue schüren? Und wie werden die europafreundlichen Schotten reagieren? Eine unendliche Zahl von Weiterungen wird da möglich: Angenommen, die Schotten wollen ein unabhängiges Schottland als Mitglied der EU; sofort

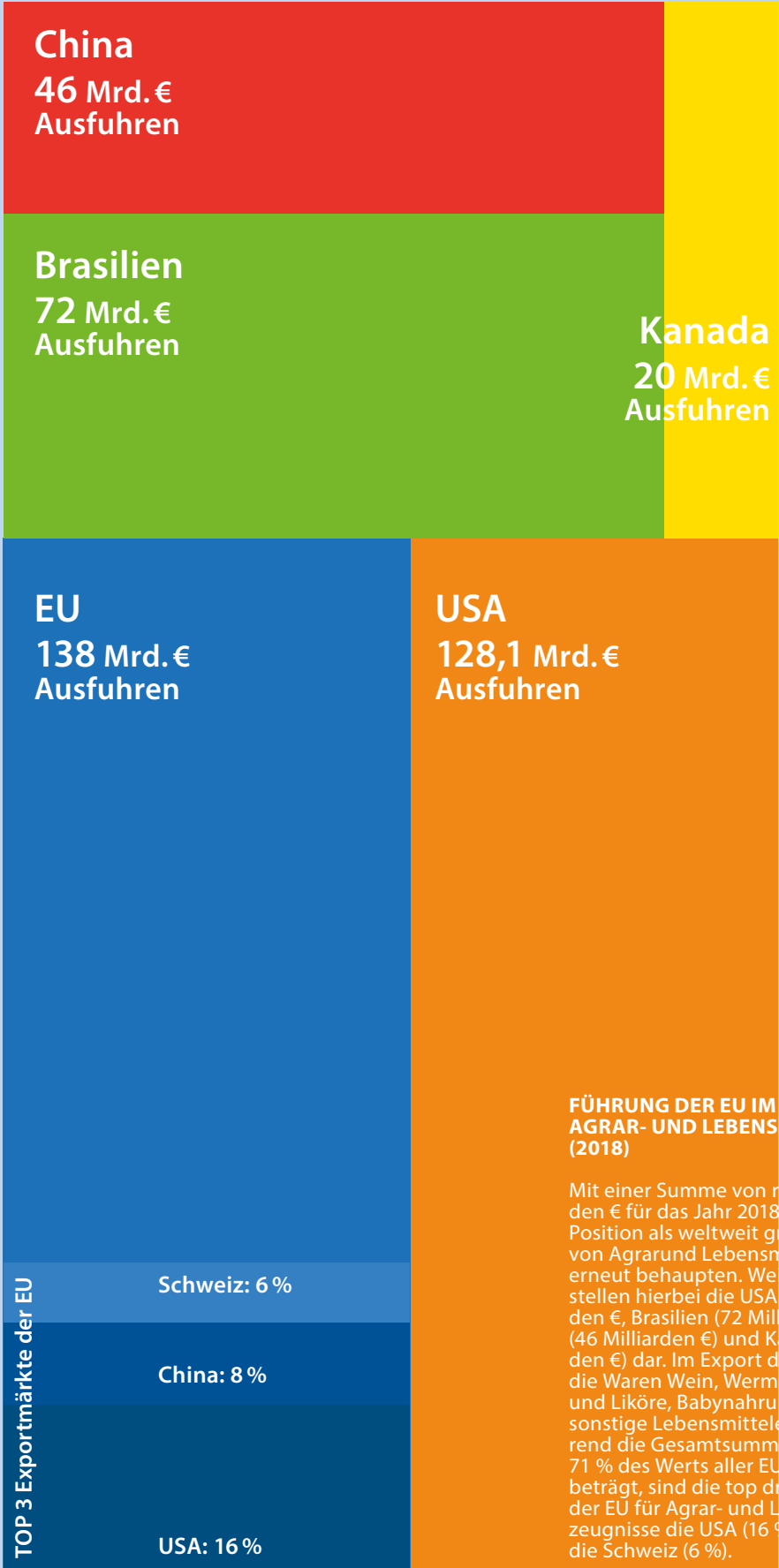
würden die Katalanen ebenfalls daherkommen und ein gleiches Modell haben wollen. Und die Spanier haben den Briten wegen Gibraltar im Falle des Brexits sowieso bereits Ungemach in Aussicht gestellt ...

Auf Europa kommt also einiges zu. Die Konzentration auf das Vereinigte Königreich ermöglicht es auch, anderes bis auf Weiteres zu ignorieren, etwa das Pulverfass Balkan. Bulgarien ist zurzeit das einzige „echte“ Balkanland, das Mitglied der EU ist. Niemand behauptet, dass das frühere Zentrum einer blühenden Gartenkultur inzwischen ökonomisch und mental bereits wirklich in der EU angekommen sei. Ein zweites Mitgliedsland, Kroatien, hat durch seine lange Adriaküste und deren Hinterland Anteil am Balkan, aber ebensowenig wie Bulgarien ein besonders herzliches Verhältnis zur dortigen Nachbarschaft. Außerdem bescheinigt ein Artikel in der „Presse“ vom 12. 1. 2012 diesem EU-Mitgliedsland ein erhebliches Problem mit der Korruption. Das Wahlplakat eines Kandidaten wurde von unbekannter Hand mit der großen roten Beschriftung „KRADEM“ versehen – was klar und deutlich sagt: „Ich stehle“. Das mag auch die stockende ökonomische Entwicklung wenigstens miterklären, die noch durch das Phänomen einer starken Abwanderung gerade der jüngeren und aktiveren Arbeitskräfte verschärft wird. Dieser Verlust an aktiveren Bevölkerungsteilen wird auch aus allen anderen Staaten der Balkanregion gemeldet – Zeichen einer allgemein eher stagnierenden Wirtschaftsentwicklung, die ihrerseits offensichtlich als eine Folge der zögernden Haltung internationaler Investoren anzusehen ist.

Wenn es nun schon in Kroatien, das wenigstens formal seine Gesetzgebung an die europäischen Stan-

dards angepasst hat, in der Durchführung ein wenig hapert – wie sieht es erst weiter südlich aus? Andererseits hat die Europäische Union ein reges Interesse an ruhigen Verhältnissen in dieser Region, samt deutlicher Verbesserung des Lebensstandards für breite Bevölkerungsschichten. Aber wie dies bewerkstelligen? Ein Beitritt einiger oder aller dieser Länder – es handelt sich immerhin um Albanien, Bosnien-Herzegowina, Crna Gora (Montenegro), Kosovo, Nordmazedonien und Serbien – würde eine Fülle ungelöster Konflikte in die Union hereinbringen. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass schon das vergleichsweise winzige Problem der See-grenze zwischen Slowenien und Kroatien in der Bucht von Piran – soll die Grenze die Bucht genau teilen oder der größere Teil der kleinen Bucht unter slowenischer Hoheit stehen? – Aufgrund der Weigerung Kroatiens, den Schiedsspruch eines einvernehmlich eingesetzten Schiedsgerichts anzuerkennen, bis auf Weiteres nicht gelöst werden kann, dann kann man sich leicht vorstellen, welche Flut von Problemen etwa zwischen Serbien und Kroatien, Serbien und Kosovo, Bosnien und Serbien plötzlich EU-interne Fragen wären.

Europa hat sich seit 1991 in der ganzen Region nicht eben mit Ruhm bedeckt. Die Kompetenz, die Balkannationalisten zu bekehren oder zumindest ruhigzustellen, darf man der Union ruhig absprechen. Es wäre aber auch ein Wunder, würde irgendjemand auf der Welt diese ebenso komplexe wie zerstrittene Region zu einem neuen Einvernehmen führen können. Man sollte die Frage einer Erweiterung der Europäischen Union in Südosteuropa jedenfalls mit äußerster Vorsicht behandeln. Der Brexit wird Europa genug aufzulösen geben.



EINKOMMENSUNGLEICHHEIT IM VERGLEICH: EU – USA – CHINA (2016)

Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zwischen 0 und 100 Punkten, das zur Darstellung von Ungleichverteilungen dient, wobei 0 absolute Gleichheit bedeutet. In der vorliegenden Grafik wird die Einkommensschere, das heißt der Einkommensunterschied zwischen Arm und Reich in der EU, den USA und China, verglichen. Mit einem Wert von 30,5 ist diese Einkommensungleichheit hierbei in der EU am geringsten. China weist 2016 mit einem Punktwert von 46,5 die höchste Ungleichheit auf, gefolgt von den USA mit 41,5.



Region	Gini-Koeffizient (2016)
USA	41,5
EU	30,8
China	46,5

USA 41,5 EU 30,8 China 46,5

PAUL SCHMIDT

25 JAHRE ÖSTERREICH IN DER EUROPÄISCHEN UNION – GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN

Der Teilnahme Österreichs an der europäischen Integration waren infolge der Nachkriegsordnung lange Jahre Grenzen gesetzt. Erst mit der Annäherung von Ost und West – symbolisiert durch die Öffnungspolitik Michail Gorbatschows – konnte ein Beitritt zur damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft realistisch in Erwägung gezogen werden. Mit dem sogenannten Brief nach Brüssel, der von Außenminister Alois Mock im Namen der Bundesregierung am 17. Juli 1989 an den Präsidenten des EG-Ministerrats, Roland Dumas, gesandt wurde, startete ein Prozess, der nicht nur zu einem tief greifenden strukturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel führte, sondern gleichzeitig auch von den Österreicherinnen und Österreichern eine Neubewertung der Stellung ihres Landes in Europa und der Welt verlangte – ein notwendiger, wenn auch kein leichter Schritt, war doch das Bild Österreichs als einer Insel der Seligen, als eines neutralen, von den Unbilden des Weltgeschehens kaum berührten Landes in der Mitte Europas, fest im heimischen Selbstverständnis verankert.

Ergebnis der EU-Volksabstimmung

Dennoch ergab die am 12. Juni 1994 abgehaltene EU-Volksabstimmung einen deutlichen Ausschlag zugunsten der Mitgliedschaftsbefürworter. Zwei Drittel (66,58 Prozent) gaben ihre Zustimmung, bei einer Wahlbeteiligung von 82 Prozent. Damit stieß der Beitritt letztlich auf deutlich positivere Resonanz als in anderen Ländern, die sich ebenfalls um die Mitgliedschaft bewarben – in Schweden stimmten 52,3 Prozent, in Finnland 56,9 Prozent dafür, die Norweger lehnten mit 52,2 Prozent den EU-Beitritt ihres Landes ab.

Die stärksten Befürworter fanden sich im Burgenland, wo sich fast drei Viertel für die EU-Mitgliedschaft aussprachen, am wenigsten begeistert zeigten sich mit knapp über 56 Prozent die Tiroler. Die hohe Zustimmung war damals alles andere als selbstverständlich, der Abstimmungsausgang bis zuletzt unsicher. Noch zu Beginn des Jahres 1992 *„erscheint die Europäische Gemeinschaft im allgemeinen Stimmungsbild der Bevölkerung als etwas, das außerhalb Österreichs liegt. Die Bevölkerung sieht keinen unmittelbaren Einfluss und keine Vorteile in ihrem individuellen Leben durch eine EU-Mitgliedschaft“*, wie aus einer Dokumentation des Außenministeriums zum Beitrittsprozess hervorgeht. In Meinungsumfragen entschieden sich damals 38 Prozent für eine EU-Mitgliedschaft, 30 Prozent dagegen, während ein Drittel unentschieden war. Nur 16 bis 18 Prozent der Österreicher fühlten sich *„als Europäer“*.

Den Ausschlag gab schlussendlich, dass sich sowohl Regierungsparteien als auch Sozialpartner einhellig für den Beitritt zur EU eingesetzt hatten. Mit dem Motto *„Besser gemeinsam als einsam“* wurde die Identifikation mit Europa bewusst thematisiert. Der Wunsch, eine Abseitsstellung Österreichs zu verhindern, zählte zu den wichtigeren Motiven, für den Beitritt zu stimmen. Hauptbeweggrund für ein Ja war jedoch unbestritten die Erwartung wirtschaftlicher Vorteile. Im Gegenzug machten Beitrittskritiker Nachteile für Landwirtschaft und Umwelt, eine höhere Transitbelastung und die Gefährdung der Neutralität geltend.

Aufgrund der Tragweite der Entscheidung beherrschten Emotionen und eine Polarisierung des Meinungsbilds die öffentliche Debatte – und haben seit damals den heimischen EU-Diskurs nicht verlassen.

Mit dem Tag der Volksabstimmung fand auch die umfassende Information über die EU ein jähes Ende, was

zur Geburt von teils bis heute wirkenden (Vor-)Urteilen gegenüber der Union führte. Die im Rahmen der Beitrittskampagne versprochenen Vorteile erwiesen sich als oft zu allgemeingültig formuliert, eine schwächelnde Konjunktur ließ die wirtschaftlichen Effekte zu Beginn geringer ausfallen als erwartet. Das Referendum weckte Erwartungen, die nicht leicht zu erfüllen waren. Ernüchterung und Indifferenz stellten sich ein. EU-kritische Stimmen füllten die Kommunikationslücke, die von der Politik offen gelassen wurde. Während laut Eurobarometer im November 1994 noch 42 Prozent Vorteile und 31 Prozent Nachteile durch die Mitgliedschaft erwarteten, hatte sich dieses Bild kaum ein Jahr später praktisch gedreht (Oktober 1995: 34 zu 44 Prozent).

Die bilateralen Maßnahmen der EU-14 nach dem Regierungseintritt der FPÖ im Jahr 2000 versetzten der EU-Stimmung einen weiteren Dämpfer, besonders da sie der Union und ihren Institutionen generell zugeschrieben wurden. Die selektive Wahrnehmung „Brüssels“ als Widerpart heimischer Interessen wirkt bis heute nach.

Das offizielle Österreich hat sich trotzdem über weite Strecken seiner Mitgliedschaft als Unterstützer des Integrationsprozesses verstanden und war bei allen maßgeblichen Einigungsschritten von Anfang an dabei. Dies führte zum einen zu einer intendierten Stärkung des europäischen Identitätsgefühls, bewirkte aber – gerade in der Implementierungsphase – in skeptischeren Bevölkerungsgruppen auch einen gegenteiligen Effekt. So war die Einführung des Euro – eigentlich eine Phase hoher Zustimmung zur EU – auch von einer Teuerungsdebatte geprägt. Die Erweiterungsrunde 2004, die hierzulande zwar mehrheitlich begrüßt wurde, nährte auch Zweifel über die faire Verteilung des wirtschaftlichen Mehrwerts der EU-Mitgliedschaft und Sorgen vor erhöhtem Wettbewerb vor allem im Niedriglohnssektor, was dann mit Ende der Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit nochmals zum Thema wurde. Auch die Diskussion über die Einführung der letztlich gescheiterten EU-Verfassung bzw. des Vertrags von Lissabon sowie die Öffnung der Grenzen im Zuge der Schengenerweiterung sind Teil dieses ambivalenten Bilds.

Europaidentifikation der Österreicher

Die Frage nach der Europaidentifikation der Österreicher ist untrennbar mit der heimischen Europadiskussion verbunden. Symptomatisch für den EU-Diskurs hierzulande sind sein oftmals defensiver Charakter, das Kokettieren mit EU-Skepsis und der Fokus auf die nächste Schlagzeile. Lange galt es als riskant, sich offen proeuropäisch zu positionieren und den Anspruch zu erheben, Europa ex-

plizit mitgestalten zu wollen. Die eigene Verantwortung und die Beteiligung an europäischen Beschlüssen werden ungenügend thematisiert. Umso lauter zeigen sich dagegen desintegrative Stimmen, die, unterstützt von Boulevard und virtuellen Echokammern, die Themenführerschaft übernehmen.

In der Diskussion um europäische Handelsabkommen etwa verabsäumte es die Politik, frühzeitig einen faktenbasierten Diskurs vorzugeben. Das entstandene Informationsvakuum verstärkte ein diffuses Gefühl des Unbehagens in der Öffentlichkeit und trug zu verfestigten Standpunkten bei.

Bei der Bewältigung der Herausforderung von Flucht und Migration führte die gefühlte Überforderung in Versuchung, gemeinsame europäische Verantwortung durch nationalen Aktivismus und verschärfte Sicherheitsrhetorik zu ersetzen und die Union als handlungsschwachen Gegenpol darzustellen.

Österreichs Stellung als Nettozahler – eigentlich aber als Nettogewinner – lässt seit jeher die Wogen hochgehen. Die Kosten-Nutzen-Debatte wird allzu eng geführt, eine Opposition zwischen heimischen und europäischen Interessen konstruiert.

Traditionell muss auch der viel zitierte „Regulierungswahn“ der EU für innenpolitische Profilierung erhalten. Plakative Beispiele und die sie umgebenden Mythen sind fest im kollektiven Bewusstsein verankert, hoch emotionalisiert und werden bei sich bietender Gelegenheit gerne wiederholt. Dass diese Regelungen eigentlich von den Mitgliedstaaten oftmals selbst initiiert wurden und dahinter auch relevante ökonomische, umweltpolitische oder soziale Überlegungen stehen könnten, findet selten Eingang in die öffentliche Auseinandersetzung.

Austritt aus der Europäischen Union nicht vorstellbar

Bei aller Kritik an der Funktionsweise der Union: Einen Austritt aus der EU kann sich die überwiegende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher dennoch nicht vorstellen. 59 bundesweite Befragungen der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik seit Juni 1995 zeigen, dass – trotz Schwankungen – die Befürworter der EU-Mitgliedschaft stets in der Mehrheit waren. Im Durchschnitt lag ihre Zahl bei rund 70 Prozent, die Zahl jener, die sich für den EU-Austritt aussprachen, dagegen bei 22 Prozent. Die höchste Zustimmung fand sich im Juni/Juli 2002 (80 Prozent), der stärkste Wunsch nach einem Austritt im Juni/Juli 2008 (33 Prozent), als Irland den Vertrag von Lissabon ablehnte und im Zuge dessen der Union von der heimischen Politik ein Demokratiedefizit und mangelnde Transparenz vorgeworfen

und überlegt wurde, bei künftigen EU-Vertragsänderungen auf Volksabstimmungen zurückzugreifen. Ein ähnliches Niveau erreichte die Austrittsbefürwortung im Zuge der griechischen Staatsschuldenkrise (2012) sowie als Folge der im Herbst 2015 einsetzenden Flucht- und Migrationsbewegungen nach Mitteleuropa und dem damit verbundenen Erstarken rechtspopulistischer Strömungen.

Aktuell wünschen sich drei Viertel der Österreicher, dass unser Land EU-Mitglied bleibt, gerade ein Zehntel plädiert dafür, die Union zu verlassen. Der Stimmungsumschwung ist eng mit dem 23. Juni 2016, dem Tag der Brexitabstimmung, verbunden, die Wahl von Donald Trump einige Monate später tat ihr Übriges. Eine Eurobarometer-Umfrage des EU-Parlaments von Juni 2019 kommt zu dem Ergebnis, dass das Ansehen der EU das höchste Niveau seit dem Jahr 2000 erreicht, dass sich drei Viertel als EU-Bürger fühlen und dass sich die Hälfte auch persönlich mit der Union identifiziert. Doch das Meinungsbild differiert teils deutlich nach einzelnen Bevölkerungsgruppen: Ältere Befragte und Personen am Land stehen der Union kritischer gegenüber, was auch für jene Österreicher gilt, die sich eher rechts im politischen Spektrum ansiedeln.

Alleine der verbesserten Performance der EU die grundsätzlich positivere Entwicklung zuzuschreiben wäre vermessen, denn die Meinungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten nehmen nicht ab, die Integrationsrichtung ist weiter umstritten. Das abschreckende Beispiel des Brexits hat jedoch, ebenso wie die aggressive Rhetorik aus Washington, dazu beigetragen, dass die Zugehörigkeit zur EU wieder stärker geschätzt wird. Auch der Anstieg der Beteiligung an den Europawahlen gegenüber 2014 – EU-weit um mehr als 8, in Österreich um 14 Prozentpunkte – weist in diese Richtung und zeigt zudem ein gestiegenes Interesse an europäischen Entwicklungen.

Festigung einer europäischen Identität

Die Festigung einer europäischen Identität ist ein Prozess, der nicht von heute auf morgen stattfindet. Die vielfältige Geschichte Europas belegt, dass ihre Ausbildung aus einer weiteren Perspektive betrachtet werden muss. Helfen könnte jedoch ein konstruktiveres Europa-narrativ, das überzeugende, gemeinsam getragene und selbstbewusste Antworten auf jene Fragen gibt, die für die Bevölkerung ganz oben auf der Prioritätenliste stehen: Klimaschutz, Sicherheit, Wohlstand. Dafür braucht es nicht zwangsläufig neue Verträge, sondern politischen Gestaltungswillen in den Regierungsvierteln Europas und generations- und grenzübergreifendes Denken und Handeln.

Auch für Österreich ist die Europäische Union weder Gegensatz noch Außenfeind, sondern eine Chance, neue politische Spielräume zu nutzen und mit proaktiver Politik unser Land und Europa weiterzuentwickeln. Angesichts der demografischen Entwicklungen und wirtschaftlichen Verflechtungen kann Österreich nur im EU-Rahmen weltweit bestehen. Das gilt ebenso für die vermeintlich Großen in der EU, von denen manche nach wie vor nicht registriert zu haben scheinen, dass sie global gesehen auch ziemlich klein aussehen.

Vor einem Vierteljahrhundert haben die Österreicherinnen und Österreicher über ihren künftigen Integrationsweg entschieden – ein nicht immer einfacher, doch ein sich lohnender Weg, insbesondere wenn statt Polarisierung und Konflikt Selbstvertrauen, eine stärkere Identifikation und Sachlichkeit in den Vordergrund gestellt werden. Ein nachhaltig positives EU-Image ist kein Selbstläufer, aber mit politischem Willen, vermehrt eigenen Akzenten sowie Dialogbereitschaft kann die gefühlte Distanz zur EU nur geringer werden. Es zahlt sich aus, sich dafür einzusetzen. Österreich ist gekommen, um zu bleiben.

Die Vielfalt der europäischen Kultur macht ihre Einzigartigkeit und ihren besonderen Wert aus.



Die europäische Kultur wird durch die Globalisierung noch dynamischer werden und sich weiter in der Welt ausbreiten.



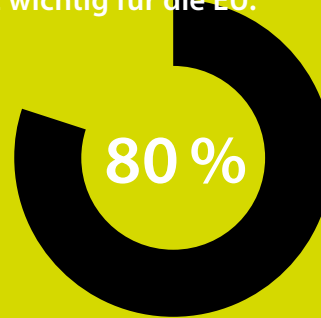
Das Leben in der Nähe von Orten, die mit dem Weltkulturerbe Europas in Zusammenhang stehen, kann Menschen das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa geben.



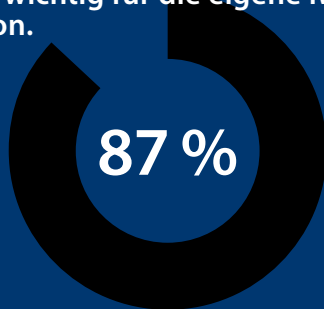
Das europäische Kulturerbe ist für sie persönlich wichtig.



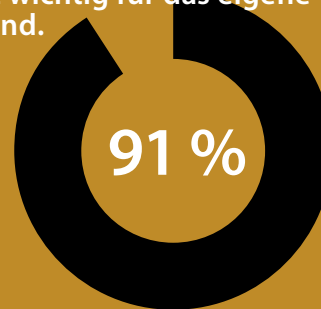
Das europäische Kulturerbe ist wichtig für die EU.



Das europäische Kulturerbe ist wichtig für die eigene Region.



Das europäische Kulturerbe ist wichtig für das eigene Land.



DAS EUROPÄISCHE KULTURERBE IN DER WAHRNEHMUNG DER EU-BÜRGER

Ziel der europäischen Kulturpolitik ist, das kulturelle Erbe Europas zu erhalten sowie das Kunst- und Kulturschaffen in seiner Vielfalt zu fördern und für alle EuropäerInnen zugänglich zu machen. Eine Studie hinsichtlich der Bedeutung der europäischen Kultur und des Kulturerbes ergab, dass ebendiese Vielfalt für 80 % der Befragten die Einzigartigkeit der europäischen Kultur ausmacht, wobei ein ebenso hoher Anteil bestätigte, dass das europäische Kulturerbe für die EU wichtig sei (80 %). 70 % sind überdies davon überzeugt, dass das Leben in der Nähe von Orten, die mit dem Kulturerbe Europas in Zusammenhang stehen, Menschen das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa gibt. Gleichzeitig bestätigen 62 % der Befragten, dass die europäische Kultur durch die Globalisierung dynamischer wird und sich weiter in der Welt ausbreiten wird. 84 % der Befragten gaben an, dass das europäische Kulturerbe für sie persönlich wichtig sei, während 87 % der Meinung sind, dass die Kultur eine wichtige Rolle für ihre Region spielt. Mit 91 % ist die überwiegende Mehrheit der Überzeugung, dass das Kulturerbe für das eigene Land von großer Bedeutung ist.

THOMAS PANKRATZ

DER BEITRITT ÖSTERREICHS ZUR EU – DIE SICHERHEITSPOLITISCHE DIMENSION

1. Einleitung¹

Von der österreichischen Öffentlichkeit und Politik wurde und wird der Beitritt zur EU (der damaligen EG) 1995 als wichtigstes politisches Ereignis seit dem österreichischen Staatsvertrag bewertet. Mittlerweile ist die Mitgliedschaft in der EU eine Selbstverständlichkeit, hat im Grunde alle Lebens- und Politikbereiche durchdrungen und wird trotz aller möglichen oder auch nur vermuteten Nachteile prinzipiell nicht infrage gestellt. Eine Nichtmitgliedschaft Österreichs in der EU ist heute kaum noch vorstellbar.²

Mehrheitlich wird die Mitgliedschaft in der Europäischen Union von den im Parlament vertretenen Parteien durchaus positiv gesehen. Auch wenn die österreichische Bevölkerung zu den eher EU-kritischen Bevölkerungen innerhalb der Union zählt, hält eine große Mehrheit die Mitgliedschaft in der EU für wichtig. 74 Prozent der Österreicher gaben in einer Befragung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik von September 2019 an, dass Österreich Mitglied der EU bleiben solle, lediglich 10 Prozent plädierten für einen Austritt. 16 Prozent bezogen keine Stellung. Insgesamt 59 österreichweite ÖGfE-Befragungen seit Juni 1995 zeigen, dass trotz Schwankungen die Befürworter der EU-Mitgliedschaft stets überwiegend in der Mehrheit waren.³

Der Beitritt zur EU und die Mitgliedschaft berührte selbstverständlich auch die österreichische Sicherheitspolitik.⁴ Die nun folgenden Gedanken widmen sich der Frage, ob und inwieweit sich die österreichische Sicherheitspolitik seit dem EU-Beitritt vor allem entlang zentraler Grundparameter geändert hat. Gab und gibt es eine Kontinuität oder muss man von einer grundsätzlichen Neuorientierung sprechen?

Dazu werden zunächst diese Grundparameter untersucht. In weiterer Folge werden die sicherheitspolitische Dimension des Beitritts selbst und die Entwicklung der österreichischen Sicherheitspolitik im Rahmen der EU behandelt.⁵ Exemplarisch wird hierbei auf die Dimension der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bzw. Europäischen/Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP/GSVP) eingegangen; dies nicht zuletzt, da hier das besondere Spannungsverhältnis mit der österreichischen Neutralität zum Tragen kommt. In einem kurzen Exkurs werden Beitritt und Mitwirkung in der EU unter strategischen Gesichtspunkten dargestellt. Letztlich wird in einer Zusammenfassung und Bewertung Resümee gezogen.

2. Grundparameter und Phasen der österreichischen Sicherheitspolitik

Betrachtet man die österreichische Sicherheitspolitik, so lassen sich einige Grundparameter ableiten: Sicherheit wurde konzeptionell bereits sehr früh nicht nur unter militärischen Gesichtspunkten, sondern umfassend gesehen. Dies lässt sich aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges sowie aus der Erkenntnis heraus erklären, dass sich ein neutraler Kleinstaat im Spannungsfeld zwischen zwei rivalisierenden Blöcken nicht alleine militärisch verteidigen kann, sondern alle seine Kräfte bündeln muss. Dieses Denken manifestierte sich im Konzept der ULV von 1975 bzw. im Landesverteidigungsplan 1985, in dem neben der militärischen auch die zivile, geistige und

wirtschaftliche Landesverteidigung angesprochen wird, die in unterschiedlichen Anlassfällen in unterschiedlicher Qualität zum Tragen kommen sollten. Ein zweiter zentraler Eckpfeiler war und ist die immerwährende Neutralität, wie sie im Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 festgehalten wurde. Diese war zunächst im Zuge der Verhandlungen zum Staatsvertrag ein Mittel, um die Souveränität Österreichs wiederzuerlangen und in weiterer Folge, auch über die sogenannte aktive Neutralitätspolitik der 1960er- und 1970er-Jahre, die Sicherheit Österreichs im Ost-West-Konflikt zu gewährleisten. Parallel entwickelte sich die Neutralität als identitätstiftendes Momentum, verlor aber mit der Zeit ihre Funktion als Mittel und wurde immer mehr zum eigentlichen politischen Ziel.⁶ Die österreichische Sicherheitspolitik war jedoch nie ausschließlich rein national ausgerichtet. Der bereits im Dezember 1955 erfolgte Beitritt zur UNO, die Teilnahme an UN-Friedenseinsätzen (ab 1960), die aktive Neutralitätspolitik sowie auch der ausgeprägte Multilateralismus spiegeln die Idee wider, die österreichische Sicherheitspolitik zu internationalisieren. Und letztlich – spätestens seit Mitte der 1970er-Jahre – ist durch die aktive Mitwirkung im Rahmen des KSZE-Prozesses auch das Interesse an der Mitgestaltung einer europäischen Sicherheitspolitik zu bemerken.

Die österreichische Sicherheitspolitik ist aber auch dadurch gekennzeichnet, dass oftmals eine Diskrepanz zwischen guten Konzepten und der realen Umsetzung zu bemerken ist.⁷ Ein Grund hierfür ist sicherlich das kaum spürbare Interesse sowie auch Verständnis sowohl der heimischen Politik als auch der Bevölkerung an sicherheitspolitischen Themen. Dies steht auch in engem Zusammenhang mit dem Umstand, dass Sicherheit, trotz des offiziellen Bekenntnisses zu einem umfassenden Verständnis, oftmals nur segmenthaft wahrgenommen bzw. verstanden wird. Sicherheit und Sicherheitspolitik werden sowohl von Bevölkerung als auch Politik oftmals mit Landesverteidigung, innerer Sicherheit, Bundesheer, Polizei, Kriminalität, Migration und Terrorismus (um nur einige Schlagworte zu nennen) gleichgesetzt. Diese sind zwar zentrale Elemente bzw. Themen, spiegeln aber nicht das ganze Spektrum von Sicherheit, insbesondere nicht von Sicherheitspolitik, wider.

Die Entwicklung der österreichischen Sicherheitspolitik kann grob in drei Phasen unterteilt werden:

Während der Phase 1945 bis 1955 bzw. 1955 bis 1989⁸ war das Ziel der österreichischen Sicherheitspolitik zunächst die Wiedererlangung der Souveränität. Seit der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955 war sie vom Ost-West-Konflikt geprägt und durch die Neutralität gekennzeichnet. Die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geänderten Rahmenbedingungen führten ab 1989 (Phase 2) sowohl zu einer Annäherung an das westliche Si-

cherheitssystem als auch zu einer Neuinterpretation des Neutralitätsbegriffs. Mit dem Beitritt Österreichs zur EU begann eine neue Phase der Sicherheitspolitik. Mit der EU-Mitgliedschaft ab 1. Jänner 1995 übernahm Österreich sämtliche politischen und rechtlichen Verpflichtungen, auch in Bezug auf die sich abzeichnende Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Gleichzeitig mit dem EU-Beitritt erhielt Österreich den Beobachterstatus in der Westeuropäischen Union (WEU), die in der Sicherheitspolitik kontinuierlich mit der Europäischen Union verknüpft wurde. Seit 1995 beteiligt sich Österreich an der Partnerschaft für den Frieden der NATO (PfP). Ebenfalls 1995 schloss sich Österreich dem Schengener Übereinkommen an, womit es durch die damalige lange EU-Außengrenze eine besondere sicherheitspolitische Aufgabe erfüllte.

3. Die sicherheitspolitische Dimension des Beitritts zur EU und der Mitgliedschaft in der EU⁹

Nachdem in Österreich lange Zeit der Konsens herrschte, dass eine Mitgliedschaft in der EG vor allem aus außenpolitischen und neutralitätsrechtlichen Gründen unmöglich sei¹⁰, wurde ab Mitte 1985, spätestens ab 1986 die Diskussion über einen EG-Beitritt doch zu einem, wenn nicht dem zentralen politischen Thema. Maßgeblich hierfür waren u. a. der sich abzeichnende Abschwung der österreichischen Wirtschaft, aber auch verschiedene innenpolitische Entwicklungen sowie eine Dynamisierung des Integrationsprozesses der Europäischen Gemeinschaft.¹¹ Letztlich eröffneten auch die 1989 sich fundamental veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen die reale Chance, den Beitritt Österreichs zur EU zu beantragen.

Der sogenannte Brief nach Brüssel mit dem Beitrittsansuchen Österreichs wurde am 17. Juli 1989 an den Außenministerrat der Europäischen Gemeinschaft übergeben. Bereits knapp eineinhalb Jahre nach formeller Aufnahme der Beitrittsverhandlungen am 1. Februar 1993 wurden diese am 12. April 1994 abgeschlossen.¹² Am 12. Juni 1994 sprachen sich rund zwei Drittel (66,58 Prozent) der österreichischen Bevölkerung in einer Volksabstimmung für die Mitgliedschaft Österreichs in der EU aus; dies war damals die höchste Zustimmungsrate aller Kandidatenländer. Österreich trat schließlich am 1. Jänner 1995 der EU bei. Die Anzahl der EU-Mitgliedsländer wuchs somit von zwölf auf 15, denn neben Österreich traten 1995 auch Schweden und Finnland der Europäischen Union bei.¹³

Zu den Themen, die im Vorfeld des Beitritts diskutiert und die auch im Rahmen einer breit angelegten Informationskampagne der Bundesregierung thematisiert wurden, zählten sicherheitspolitische Aspekte eher am Rande. Sicherheit wurde vor allem in Kontext mit der sich entwickelnden Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik thematisiert.¹⁴ In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass bei der Entwicklung der GASP „auf die sicherheitspolitischen Traditionen der einzelnen Mitgliedsländer auf jeden Fall Rücksicht genommen werden soll“.¹⁵ Zudem wurde betont, dass „sich Österreich nach dem erfolgten Beitritt in allen internationalen Belangen mit den übrigen Mitgliedstaaten abstimmen wird, um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu ermöglichen“. Aus der Teilnahme an der gemeinsamen Außenpolitik würden sich keine großen Veränderungen ergeben, da sich die Positionen in den vergangenen Jahren ohnehin kaum unterschieden hätten.¹⁶

Eine der zentralen sicherheitspolitisch relevanten Fragen, die heftig diskutiert wurde, war, ob der Beitritt Österreichs zur EU mit der immerwährenden Neutralität vereinbar wäre.

Als 1989 im Nationalrat der Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) beschlossen wurde, geschah dies mit dem Vorbehalt, dass auch bei einer vollen Integration in die Staatengemeinschaft an der Neutralität festgehalten werden müsse. Im Beitritts-gesuch vom 17. Juli 1989 findet sich folgende Formulierung:

*„Austria submits this application on the understanding that its internationally recognized status of permanent neutrality [...] will be maintained and that, as a member of the European Communities by virtue of the Treaty of Accession, it will be able to fulfill its legal obligations arising out of its status as a permanently neutral State and to continue its policy of neutrality as a specific contribution towards the maintenance of peace and security in Europe“.*¹⁷

Zur gleichen Zeit bekannte sich die Große Koalition jedoch vollinhaltlich zu den Zielsetzungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In der Informationsbroschüre „Europa. Das Buch“ wird argumentiert, dass man aufgrund der Beschlüsse von Maastricht davon ausging, dass die Neutralität Österreichs mit den zukünftigen Zielsetzungen der Gemeinschaft in Einklang gebracht werden könne; dies umso mehr, als die Neutralitätspolitik in Inhalt und Funktion den neuen Gegebenheiten in Europa Rechnung tragen müsse. Explizit wird darauf verwiesen, dass die EG bei der Entwicklung der GASP den besonderen Charakter der Sicherheitspolitik einzelner Mitgliedstaaten berücksichtigen werde.¹⁸

Die Situation im ehemaligen Jugoslawien, die Gefahr einer Eskalation und eines möglichen Übergreifens auf Österreich und die damit einhergehende Diskussion, ob das österreichische Bundesheer in der Lage wäre, das Land im Falle einer Aggression zu verteidigen, führten dazu, dass die Neutralität an Popularität verlor. Dennoch kann angenommen werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung auf einen Beitritt zur EU verzichtet hätte, wenn dies eine Aufgabe der Neutralität bedeutet hätte.¹⁹

Um im Hinblick auf den Neutralitätsstatus etwaige Probleme zu vermeiden, wurde mit der Ratifizierung des EU-Vertrags der Artikel 23f²⁰ in die Bundesverfassung eingefügt. Dieser bestimmt, dass die Mitwirkung an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verfassungsrechtlich nicht durch das Neutralitätsgesetz beschränkt wird. Möglich wurde dies auch dadurch, dass die Außen-, Sicherheits- und später die Verteidigungspolitik seit ihrer Entstehung streng intergouvernemental strukturiert sind sowie durch das in diesen Bereichen geltende Einstimmigkeitsprinzip.²¹

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam im Juni 1999 wurde die GASP schließlich um die sogenannten Petersberg-Missionen erweitert. Diese sehen neben humanitären Aufgaben, Rettungseinsätzen und friedenserhaltenden Maßnahmen auch die Möglichkeit für Kampfeinsätze, einschließlich friedensschaffender Maßnahmen, vor. Österreich hat diesbezüglich keine Vorbehalte vorgebracht und wirkt in vollem Umfang mit.

Die Entwicklungen im Bereich der Sicherheitspolitik der EU fanden auch Niederschlag in der im Jahr 2001 vom Nationalrat verabschiedeten Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin. In dieser werden die grundlegenden Prinzipien, nach denen die Sicherheitspolitik gestaltet werden soll, dargelegt. Dementsprechend soll den zivilen und militärischen Aspekten der Sicherheit entsprechende Bedeutung beigemessen werden (umfassende Sicherheit), die Chancen im präventiven Krisenmanagement genutzt (präventive Sicherheit) und die europäische Solidarität einer nationalen Sicherheitspolitik vorgezogen werden.²² Abgeleitet wird dies vom geänderten Bedrohungsbild und den veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen.²³ Dies führte zu der Erkenntnis, dass Sicherheit im 21. Jahrhundert nicht mehr von Staaten allein, sondern nur mehr im Verbund gewährleistet werden könne. Die EU wird hier ganz eindeutig als zentraler Sicherheitsrahmen Österreichs beschrieben: „Die Sicherheit Österreichs und der EU sind untrennbar miteinander verbunden. Österreich verwirklicht seine Sicherheitspolitik heute im Wesentlichen im Rahmen der EU“.²⁴ In der Doktrin wird auch die Funktionalität der Neutralität thematisiert und bemerkt, dass der völkerrechtliche Status Österreichs im internationalen Vergleich nicht mehr dem eines neutralen, sondern dem eines allianzfreien Staats entsprechen würde.²⁵

Durch den Vertrag von Nizza 2001 wurde die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eingeführt. Durch den Vertrag von Lissabon 2007 wurde diese in Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)²⁶ umbenannt und zur gleichen Zeit reformiert und erweitert. Zielsetzung war, ein Instrument der EU zur Bewältigung der neuen Sicherheitsbedrohungen zu schaffen. Zu den ersten Schritten auf diesem Weg zählten eine Effizienzsteigerung des Verteidigungssektors in der EU und eine bessere gegenseitige Abstimmung unter den EU-Staaten. Ziel ist auch, Vorbereitungen einer möglichen zukünftigen gemeinsamen europäischen Verteidigung zu treffen.

In der Österreichischen Sicherheitsstrategie von 2013, die die Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin ablöste, wird betont, dass „*Österreich seine sicherheitspolitischen Gestaltungschancen in erster Linie im Rahmen der VN, der EU, der OSZE, von Partnerschaften mit der NATO und des Europarats, darüber hinaus in Kooperation mit regionalen Partnern sowie gegebenenfalls in Kooperation mit weiteren geeigneten Akteuren [wahrnimmt]*“.²⁷ Die EU bildet als „*umfassende Friedens-, Sicherheits- und Solidargemeinschaft [...] den zentralen Handlungsrahmen für die österreichische Sicherheitspolitik. Österreich wird sich an der Sicherheitspolitik der EU in allen ihren Dimensionen beteiligen*“.²⁸ Dies inkludiert auch die aktive Beteiligung an der Weiterentwicklung der GSVP, an der Österreich vollumfänglich und ohne Vorbehalte teilnimmt. Dies bezieht sich auch auf die in Art. 42 Abs. 2 festgelegte Bestimmung des Lissabonner Vertrages, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen kann.²⁹ Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wurde Art. 23j in die Bundesverfassung verankert. Diese Position führte in weiter Folge auch dazu, dass Österreich an der im Dezember 2017 ins Leben gerufenen Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit ohne Vorbehalte teilnimmt.

Die Vereinbarkeit mit der Neutralität wird durch Art. 41 Abs. 2 des EU-Vertrags (EUV) gewährleistet, demzufolge „*die Politik der Union nach diesem Abschnitt [...] nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedsstaaten [berührt]*“.³⁰ Durch den Vertrag von Lissabon wurde auch eine gegenseitige Beistandsverpflichtung aller EU-Mitgliedstaaten im Falle eines bewaffneten Angriffs verankert. Aber auch in diesem Fall stellt die sogenannte irische Klausel³¹ die theoretische Vereinbarkeit mit der Neutralität sicher.

Obwohl Österreich formal immer noch neutral ist, hat die sich weiterentwickelnde EU-Mitgliedschaft die Rolle der österreichischen Neutralität dennoch maßgeblich beeinflusst. Die Möglichkeit einer autonomen Neutralitätspolitik kann im Grunde nur mehr dann zum Tragen kommen, wenn sie nicht im Gegensatz zur EU-Politik

und zu den dieser zugrunde liegenden Absichten steht oder die EU keine gemeinsame Position bezieht. Österreichs Neutralität wurde somit nicht nur der Charta der UNO³², sondern auch den Bestimmungen der GASP und der GSVP untergeordnet. Daher spricht man heute nicht mehr von einer integralen, sondern von einer differentiellen Neutralität.

4. Ein kurzer Exkurs: EU-Beitritt aus strategischer Perspektive

Interessant scheint, den Beitritt Österreichs zur EU bzw. die Rolle der EU für Österreich durch die „strategische Brille“ zu betrachten. Zentrale Frage hierbei ist, welche Rolle die EU in der Gesamtstrategie Österreichs spielt.

Ein Rückgriff auf die Grundprinzipien strategischen Denkens kann hier eine Klärung bringen. Die Strategie in einem modernen Verständnis kennt drei zentrale Elemente: Ziel, Mittel und die strategisch-relevante Umwelt. Strategisch-relevante Umwelt bezieht sich auf die für den jeweiligen Akteur relevante Umwelt, wie diese sich real abbildet und wie der jeweilige Akteur letztere wahrnimmt und interpretiert, sowie auch, wie er selbst wahrgenommen werden will.³³

Strategische Ziele sind als die übergeordneten Ziele eines jeden Akteurs zu verstehen und können in weiterer Folge in Macht³⁴- und Gestaltungsziele³⁵ unterteilt werden. Geht man vom Staat als zentralem Akteur der internationalen Beziehungen aus, so sind dessen übergeordnete strategische, d.h. politische³⁶ Ziele das Überleben an sich bzw. die Existenzsicherung von Staat und Gesellschaft, das reibungslose Funktionieren und die Weiterentwicklung des Staats und der Gesellschaft, Stabilität und Einheit und gegebenenfalls auch die Behauptung des eigenen gesellschaftspolitischen Systems (Souveränität nach außen und innen) sowie der zugrunde liegenden Werte. Im Kern geht es um Macht, die Bewahrung der Deutungs- und Handlungshoheit und letztlich Sicherheit. Als Mittel sind hierbei sowohl Wege als auch Instrumente zu verstehen. Zu den Instrumenten können Diplomatie, wirtschaftliche Faktoren aber auch Gewaltmittel (z. B. Streitkräfte) u. dgl. gezählt werden. Wie diese Mittel eingesetzt werden, um die Ziele zu erreichen, bezeichnet man als Weg. Ein solcher kann z. B. ein institutionalisierter oder anomischer Machtprozess ebenso wie die Teilnahme an (oder auch Nichtteilnahme oder Austritt von) Bündnissen, Allianzen, der Beitritt zu einer Gemeinschaft sowie auch Kooperative oder ein konfrontativer Ansatz oder ein Alleingang sein. Idealtypisch sind diese drei zentralen Elemente (Ziel, Mittel,

Umwelt) in einer staatlichen Gesamtstrategie festgelegt, woraus sich in Folge entsprechende Handlungsoptionen ableiten lassen.

Aus dieser strategischen Interpretation lässt sich klar ableiten, dass der Beitritt zur EU und die Mitgliedschaft in dieser kein Ziel an sich war (auch wenn es so empfunden wird) bzw. ist, sondern ein Mittel zum Erreichen der übergeordneten strategischen Ziele Österreichs. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Neutralität. Auch wenn diese oftmals als (Staats-)Ziel gesehen wird, ist sie doch letztlich ein Mittel zum Erreichen des Ziels, d. h. der Sicherheit Österreichs. Und als solche sollte sie auch diskutiert und gesehen werden.

Die Formulierung einer staatlichen Gesamtstrategie ist die grundsätzlichsste Aufgabe der obersten politischen Führung. Von dieser Gesamtstrategie ist alles weitere Planen und Führen abzuleiten, wobei die übergeordneten Ziele in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen sind. Diese Gesamtstrategie kann auch als Orientierungspunkt für die Bevölkerung gesehen werden, da hier die Ausrichtung des Staats und die erforderlichen Mittel festgehalten sind. Dies schafft zum einen Vertrauen in die Politik und hilft zum anderen, zu erkennen, dass die EU bzw. die Sicherheitspolitik der EU nicht Selbstzweck sind³⁷, sondern Mittel zum Erreichen eines hohen Grades an Sicherheit für Staat und Bevölkerung.

5. Zusammenfassung und Bewertung

Die österreichische Sicherheitspolitik hat sich seit dem Beitritt zur EU kontinuierlich weiterentwickelt. Zu fragen ist nun, ob sich an der grundsätzlichen sicherheitspolitischen Konzeption, d. h. an den einleitend erwähnten Grundparametern, etwas geändert hat.

Die ganz große Veränderung – ohne diese an dieser Stelle bewerten zu wollen – erfolgte nicht: So hätte Österreich theoretisch – sei es im Rahmen des Beitritts zur EU oder auch im Laufe der Mitgliedschaft – das Konzept der Neutralität mit der Mitwirkung an der GASP und GSVP aufgeben oder durch eine NATO-Vollmitgliedschaft³⁸ ersetzen können. Beide Varianten wurden zwar diskutiert, es gab aber weder parteipolitisch noch in der Bevölkerung eine entsprechende und überzeugende Mehrheit hierfür. Österreich hat einen Mittelweg gewählt, indem es an der Sicherheitspolitik der EU vollumfänglich teilnimmt, aber immer mit dem Verweis auf die Neutralität. Hierzu wurden entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen. Über die Partnerschaft für den Frieden und den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat

(EPAC) besteht eine gewisse Nähe zur NATO, ohne aber Vollmitglied zu sein. Dieser Kurs findet bislang innen- wie außenpolitisch überwiegend Akzeptanz, auch wenn es immer wieder Kritik gibt. Österreichs Neutralität, auch wenn sie sich selbst geändert hat und letztlich auch sehr „dynamisch“ interpretiert wird, wird wohl noch lange eine sicherheitspolitische Konstante darstellen. Dies nicht zuletzt, da diese stark, auch emotional, in der Bevölkerung verankert ist.³⁹ Dies zeigt eine Umfrage, die im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik im Februar 2019 durchgeführt wurde: Demnach geben 56 Prozent der Befragten an, dass ihnen die österreichische Neutralität persönlich „sehr wichtig“ und 24 Prozent „eher wichtig“ ist. Die Zahl jener, die der Neutralität persönlich weniger Bedeutung zumessen, ist dagegen gering (11 Prozent: „eher nicht wichtig“ bzw. 4 Prozent „gar nicht wichtig“).⁴⁰ Die Österreichische Sicherheitsstrategie 2013 stellt gleich zu Beginn fest, dass eine

*„moderne Sicherheitspolitik ein Querschnittsthema ist, das in beinahe allen Lebens- und Politikbereichen mitgedacht werden muss. Sie muss umfassend und integriert angelegt, aktiv gestaltet und solidarisch umgesetzt werden“.*⁴¹

Das konzeptionelle Verständnis von Sicherheit und Sicherheitspolitik ist im Grunde gleich geblieben, hat sich aber weiter ausdifferenziert. Der umfassende, aber auch der proaktive Gedanke wurden im Laufe der letzten Dekaden mehr betont. Dies findet letztlich Ausdruck im Begriff und dem dahinterliegenden Konzept der Umfassenden Sicherheitsvorsorge, in dessen Rahmen die Sicherheitspolitik verwirklicht werden soll. Die Mitgliedschaft in der EU spiegelt sich im Begriff „solidarisch“ wider:

*„Solidarische Sicherheitspolitik trägt dem Umstand Rechnung, dass die Sicherheit des neutralen Österreich und der EU heute weitestgehend miteinander verbunden sind“.*⁴²

Auch wenn vieles zu kritisieren ist, überwiegen doch die Vorteile, die die Mitgliedschaft in der EU Österreich gebracht hat. Die wohl größte Errungenschaft der EU ist die Schaffung eines Friedens- und Sicherheitsraums, eines Raums, in dem Konflikte zwischen den Staaten nicht gewaltsam mit militärischen Mitteln ausgetragen werden. Es ist dies eine Tatsache, die, blickt man nur wenige Jahrzehnte in die europäische Geschichte zurück, nicht selbstverständlich ist. Durch die Mitgliedschaft in der EU hat Österreich die Möglichkeit, seine Interessen und Vorstellungen einzubringen und aktiv mitzugestalten – wobei Möglichkeit nicht gleich mit Umsetzen zu verstehen ist und auch im Rahmen der EU immer eine gewisse Dis-

krepanz zwischen politischer Willenserklärung und real-politischem Engagement zu erkennen ist.

Möglicherweise ist 1995 eine Chance vertan worden. Hierauf machte die ehemalige Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner in der Informationsbroschüre „Die österreichische Informationskampagne zum EU-Beitritt“ aufmerksam, indem sie darauf verwies, dass die Informationskampagne der Bundesregierung am Tag der Volksabstimmung endete. *„Sie hätte aber über diesen Tag hinaus weiter fortgeführt werden sollen, um die Bevölkerung auch weiter über Europa und die wichtigsten Entwicklungen zu informieren.“*⁴³ Dies trifft auch – oder vielmehr in besonderem Maße – auf den Bereich der Sicherheitspolitik zu. Es wäre dies die Chance gewesen, zum einen die EU als wesentliches Element der österreichischen Sicherheit zu vermitteln, zum anderen aber auch die Notwendigkeit adäquater Sicherheitspolitik in Bevölkerung wie auch Politik zu verankern.

Eine solche Chance ist auch 2013 vertan worden. Hier wurde im Vorfeld zur Verabschiedung der Österreichischen Sicherheitsstrategie postuliert, dass eine breite sicherheitspolitische Diskussion geführt werden sollte. Eine solche Diskussion, die vor allem auch die Bevölkerung hätte involvieren müssen, fand nicht statt. Dies ist bedauerlich, denn die Sicherheitsstrategie gibt die Grundlinie der österreichischen Sicherheitspolitik vor. Und umso bedauerlicher ist es, dass dieses Grundsatzdokument kaum bekannt ist, weder in der Bevölkerung noch in der Politik.

Getragen von einer Informationskampagne des Bundesministeriums für Landesverteidigung wird zurzeit versucht, eine Diskussion um den dramatischen Zustand des österreichischen Bundesheers zu initiieren. Es geht hierbei zwar in erster Linie um den Zustand des Bundesheers, doch diese Diskussion wäre auch eine Möglichkeit, Sicherheitspolitik an sich zu diskutieren und der Bevölkerung ein umfassendes, integriertes, proaktives sowie solidarisches Verständnis von Sicherheit zu vermitteln. Und in diesen Diskurs müsste auch die Rolle der EU als wesentliches Element der österreichischen Sicherheitspolitik thematisiert werden.

Die gegebenen und vor allem künftigen Erfordernissen aber auch politischen Gestaltungsmöglichkeiten stellen Politik und Gesellschaft vor erhebliche Herausforderungen und würden ein grundsätzliches Um- bzw. Neudenken von Sicherheitspolitik erfordern. Dies müsste zu einem Einstellungswandel zur Sicherheitspolitik und der zur Verfügung stehenden Mitteln, d. h. auch den eigenen Streitkräften, führen. Dies ist aber bislang ausgeblieben, das Interesse, aber auch Kenntnisse in diesem Bereich bleiben eher begrenzt.⁴⁴ Sicherheit und Sicherheitspolitik werden nach wie vor oftmals lediglich punktuell nur mit Verteidigungs-

politik oder dem Politikbereich der inneren Sicherheit gleichgesetzt. Für das große Ganze ist leider wenig Verständnis vorhanden. Es besteht die Gefahr, dass der vorhin erwähnte Friedens- und Sicherheitsraum als zu selbstverständlich wahrgenommen wird. Friede und Sicherheit entstehen nicht von alleine, an diesen muss permanent gearbeitet werden!

QUELLENHINWEISE

¹ Der Beitrag gibt die ausschließliche Meinung des Verfassers wieder.

² Es wäre natürlich ein interessantes, wenn auch sehr kontrahistorisches Gedankenexperiment, zu überlegen, wie sich Österreich entwickelt hätte, wäre es nicht der EU beigetreten. Interessant wären auch Überlegungen, wie die Diskussion ablaufen würde, würde Österreich heute das Beitrittsansuchen stellen.

³ Im Durchschnitt lag ihre Zahl bei rund 70 Prozent, die Zahl jener, die sich für den EU-Austritt aussprachen, dagegen bei 22 Prozent. Die Umfrage wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft vom 6. bis 13. September 2019 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt. Siehe: https://oegfe.at/2019/10/29_umfrage_eumitgliedschaft (Abruf am 30. November 2019).

⁴ Sicherheitspolitik wird hier zum einen als Grundaufgabe des Staats und zum anderen sehr umfassend verstanden: „diejenige Politik, die die Gemeinwesen in die Lage versetzen soll, den Sicherheitsbedrohungen erfolgreich zu begegnen, sei es durch die Fähigkeit zur Risikovorsorge oder zur präventiven Verhinderung, zur Abwehr, durch Schutzmaßnahmen oder zumindest durch die Fähigkeit zu einem ‚Folgemanagement‘“. Stefan Böckenförde, „Sicherheitspolitik“, in: Wichard Woyke/Johannes Warwick, Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn 2016; S. 444.

⁵ Nicht nachgezeichnet wird hier die generelle Entwicklung der EU.

⁶ Anzumerken ist hier, dass die österreichische Neutralität im Grunde immer eine militärische Neutralität war und nie eine politische oder gar ideologische. Österreich fühlte sich immer dem „Westen“ zugehörig und wurde auch als westlicher Staat gesehen.

⁷ So wurde der Landesverteidigungsplan 1985 aus unterschiedlichsten Gründen in vielen Bereichen kaum umgesetzt.

⁸ Zur Entwicklung der österreichischen Sicherheitspolitik bis 1989 siehe u. a. Anselm Skuhra, Österreichische Sicherheitspolitik, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis et al. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, 1991; S. 658-673. Bemerkenswerterweise findet sich dieser Beitrag unter dem Abschnitt „Außenpolitik“.

⁹ Sehr ausführlich zur Vorgeschichte des EU-Beitritts auch unter sicherheitspolitischen Aspekten siehe: Heinrich Schneider, Österreich als Mitglied der Europäischen Union: Sicherheitspolitik zwischen Neutralität und Allianzbeitritt, in: Michael Gehler/Anton Pelinka/Günter Bischof (Hg.), Österreich in der Europäischen Union. Bilanz seiner Mitgliedschaft, Wien/Köln/Weimar 2003; S. 333- 376 sowie Paul Luif, On the Road to Brussels, Wien 1995; insbesondere S. 185-199 bzw. S. 238-243.

¹⁰ Als im Jahr 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet wurde, wurde sowohl innenpolitisch als auch von anderen Staaten, insbesondere der damaligen Sowjetunion, argumentiert, dass Österreich wegen seines Status als neutrales Land nicht daran teilnehmen könne.

¹¹ Vergl. Luif, On the Road to Brussels, Wien 1995; S. 188ff

¹² Heinrich Schneider verweist auf den zumeist kaum beachteten Umstand, dass die „Union“, mit der nun Beitrittsverhandlungen geführt wurden, letztlich etwas anderes war als die „EG“, deren Mitgliedschaft anzustreben man 1989 beschlossen hatte. Heinrich Schneider, Der sicherheitspolitische Optionenbericht der österreichischen Bundesregierung: Ein Dokument, das es nicht gibt – und ein Lehrstück politischen Scheiterns, in: Landesverteidigungsakademie, Die sicherheitspolitische Entwicklung in Österreich und der Schweiz, Wien 1999; S. 27-96; hier S. 40.

¹³ Die norwegische Bevölkerung lehnte einen EU-Beitritt nach 1972 zum zweiten Mal ab.

¹⁴ So findet sich auch in der Informationsbroschüre der Bundesregierung „Europa. Das Buch“ kein Eintrag zum Thema Sicherheit. Bei Sicherheitspolitik erfolgt der Verweis auf „Außen- und Sicherheitspolitik“.

¹⁵ Bundeskanzleramt, Europa. Das Buch, Wien 1992; S. 60.

¹⁶ Bundeskanzleramt, Europa. Das Buch, Wien 1992; S. 60.

¹⁷ Vergl. Luif, On the Road to Brussels, Wien 1995; S. 198.

¹⁸ Bundeskanzleramt, Europa. Das Buch, Wien 1992; S. 124-125.

¹⁹ Vergl. Luif, On the Road to Brussels, Wien 1995; S. 241 bzw. 244.

²⁰ Seit 2010: Artikel 23j.

²¹ Seit dem Vertrag von Lissabon gibt es allerdings die Möglichkeit, dass einzelne Mitgliedstaaten freiwillig eine sogenannte Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ; Permanent Structured Cooperation/PESCO) einrichten und in einigen Bereichen intensiver zusammenarbeiten.

²² Bundeskanzleramt, Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin-Analyseteil, Wien 2001; S. 5-6.

²³ So würden nicht mehr zwischenstaatliche Konflikte dominieren. Risiken, Gefahren und Bedrohungen entstehen vielmehr aus ungelösten innerstaatlichen Konflikten, transnationalem Terrorismus, organisierter Kriminalität, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und regionalen Konflikten.

²⁴ Bundeskanzleramt, Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin – Allgemeine Erwägungen, Wien 2001; S. 2.

²⁵ Bundeskanzleramt, Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin – Allgemeine Erwägungen, Wien 2001; S. 8.

²⁶ Sie umfasst zivil-militärische, militärische und polizeiliche Maßnahmen. Nationale Truppen können von den Mitgliedstaaten für gemeinsame Einsätze zur Verfügung gestellt werden. Daneben gibt es seit 2004 aber auch das Konzept der EU-Battlegroups.

²⁷ Bundeskanzleramt, ÖSS, Wien 2013; S. 7.

²⁸ Bundeskanzleramt, ÖSS, Wien 2013; S. 12.

²⁹ Bundeskanzleramt, ÖSS, Wien 2013; S. 13.

³⁰ Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union (März 2010): Artikel 41 Absatz 2.

³¹ Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union (März 2010): Artikel 42 Absatz 7.

³² Im Zuge des Golfkriegs 1991 wurde von Österreich unter Berufung auf Artikel 103 der UN-Charta die Vorrangigkeit der UN-Charta vor der Neutralität anerkannt.

³³ Dies könnte beispielsweise auf Österreich bezogen die Interaktion der anderen Mitgliedstaaten zueinander und mit Österreich, die Interaktionen der Organe der EU, Bedrohungen, Gefahren usw. sein.

³⁴ Z. B. die eigene Positionierung gegenüber anderen Akteuren.

³⁵ Z. B. Vorstellungen hinsichtlich des gesellschaftspolitischen Systems.

³⁶ Als „politisch“ sind hierbei sehr umfassend alle Angelegenheiten, die die Einrichtung und Steuerung von Staat und Gesellschaft im Ganzen betreffen, zu verstehen. Umfasst werden dabei alle Aufgaben, Fragen und Probleme, die den Aufbau, den Erhalt sowie die Veränderung und Weiterentwicklung der öffentlichen und gesellschaftlichen Ordnung anbelangen.

³⁷ Dies gilt selbstverständlich auch für die anderen Politikbereiche der EU.

³⁸ In diesem Zusammenhang zu erwähnen ist auch der sogenannte Optionenbericht, der im Herbst 1998 bereits an der Frage, ob eine NATO-Vollmitgliedschaft grundsätzlich eine Möglichkeit für Österreich darstellen könnte, scheiterte.

³⁹ Dies obwohl anzunehmen ist, dass ein Großteil der Bevölkerung unterschiedliche oder gar falsche Vorstellungen darüber hat, was die österreichische Neutralität im Kern bedeutet.

⁴⁰ Die Umfrage wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft vom 14. bis 28. Februar 2019 im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik durchgeführt. Siehe: https://oegfe.at/2019/03/eu_armee_umfrage/ (Abfrage am 30. November 2019).

⁴¹ Bundeskanzleramt, ÖSS, Wien 2013; S. 4.

⁴² Bundeskanzleramt, ÖSS, Wien 2013; S. 4.

⁴³ Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Die österreichische Informationskampagne zum EU-Beitritt“, Wien, o.J.; S. 6.

⁴⁴ In diesem Zusammenhang soll ein Detailspekt erwähnt werden, der aber diese Situation trotzdem gut charakterisiert. Sicherheitspolitik in strukturierter Form wird an österreichischen Universitäten und auch Fachhochschulen kaum bzw. nicht unterrichtet (dies gilt im Übrigen auch für das Thema Strategie). Ausnahmen bilden die Akademien des BMLV.

824 Mio. €

Sub-Programm MEDIA

55 %

455 Mio. €

Sub-Programm Kultur

45 %

CREATIVE EUROPE

Das Programm Creative Europe stellt eine der wichtigsten Säulen des Kultur- und Kreativsektors der EU dar. Mit einem Gesamtbudget von 1,5 Milliarden € für die Laufzeit 2014–2020 soll die kulturelle und sprachliche Vielfalt sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Kulturschaffenden vorangetrieben werden. Auch die Verbesserung des Zugangs zu Kultur sowie die supranationale Zusammenarbeit wird forciert. Während mit 824 Millionen € 55 % des Gesamtbudgets für die Entwicklung, Verbreitung und Vermarktung europäischer Filme im Rahmen des Sub-Programms MEDIA investiert werden, sind 30 % (455 Millionen €) des Gesamtbudgets für das Sub-Programm Kultur vorgesehen. Dies umfasst den gesamten Kunst- und Kultursektor, wobei hier die Realisierung von Kooperationsprojekten im Fokus steht. Der mit 121 Millionen € (8 %) ausgestattete Garantiefonds zielt darauf ab, im Kreativsektor tätigen Unternehmen Bankkredite leichter zu ermöglichen. Im Sinne der Internationalisierung des europäischen Kultur- und Kreativsektors werden außerdem 63 Millionen € (4 %) in die kulturpolitische Zusammenarbeit investiert.

121 Mio. €

Garantiefonds

30 %

63 Mio. €
kulturpolitische
Zusammenarbeit

4 %

Sonstiges

3 %

BARBARA SCHRANK

VON EU-MOMENTEN UND WAS SIE UNS LEHREN – SICHTWEISEN EINER JUNGEN EUROPÄERIN

Die EU ist, wie auch Österreich, Teil meines Lebens. Ich fühle mich beides – österreichisch und europäisch. Meinem Geburtsjahr 1994 geschuldet, blicke ich anders auf die EU als meine Eltern, Großeltern, ja sogar als meine älteren Geschwister. An ein Österreich ohne die EU kann ich mich nicht erinnern. Ich bin mit ihr aufgewachsen, gehöre der Generation EU an, für die die Union ein ständiger Lebensbegleiter, eine Selbstverständlichkeit ist. Ich genoss den Schengenraum, wuchs seit meinem achten Lebensjahr mit dem Euro auf, erlebte, wie Österreich in der EU florierte. Kurzum, die Errungenschaft, Teil dieser Union zu sein, stand für mich nie infrage. Und dennoch: Vergleiche ich meine jetzige Bindung zur EU mit jener vor meiner Studienzeit, so stelle ich fest, dass mein heutiges Verhältnis zu ihr ein intensiveres, ja näheres ist als je zuvor. Denn dank zahlreicher Erfahrungen, EU-Momente wie ich sie im Folgenden nennen will, identifiziere ich mich heute nicht nur rational, sondern zuvorderst stark emotional mit der Europäischen Union. Lassen Sie mich in den folgenden Zeilen drei meiner prägendsten EU-Momente schildern.

Europa bereisen heißt Europa kennenlernen

Als Maturageschenk erhielt ich von meinen Eltern eine Interrailreise – ich solle etwas über die Länder Europas lernen, verstehen, was die EU ausmache, meinte meine Familie. Drei Wochen fuhr ich also mit Freunden durch Europa, besuchte sieben EU-Länder, zahlreiche Städte und unzählige Monumente. Ich schlief im Zug und in Hostels, führte nächtelang Gespräche mit fremden Mit-

reisenden, schloss neue Freundschaften. In diesen drei Wochen lernte ich die Charakteristika verschiedenster Nationen kennen und setzte mich mit der Geschichte Europas und der EU auseinander. Ich lernte neue Perspektiven zu unserem Kontinent, unserer Union kennen, erfuhr von Menschen aus aller Welt die Begeisterung für die EU, begriff, welches Privileg sie für uns darstellt. Ich überquerte dank Schengen mühelos die innereuropäischen Grenzen, und mir wurde bewusst, welche Errungenschaft die Freizügigkeit und der ihr zugrunde liegende Aufbau des gegenseitigen Vertrauens der Länder nach zwei Weltkriegen darstellte. Deutlicher als je zuvor wurde mir klar, warum die EU ein einzigartiges Friedensprojekt ist. Im selben Jahr, 2012, wurde ihr der Friedensnobelpreis zugesprochen. Ich erinnere mich, dass viel diskutiert war, ob sie, in Anbetracht der Krisen und Herausforderungen, eine derartige Auszeichnung verdient hätte. Ja, hat sie; denn blickt man zurück, gab es in der Geschichte Europas noch nie so lange Frieden.

Neue Wissenszugänge durch Erasmus

Der zweite prägende EU-Moment in meiner Studienzeit stellt mein Erasmussemester in Paris dar: In der Überzeugung, dass ein Auslandsaufenthalt nicht nur eine sprachliche, sondern vor allem auch eine persönliche Bereicherung für einen jungen Menschen darstellt, kam ich im Alter von 21 Jahren erstmals mit dem Erasmusprogramm der EU in Berührung. Schnell verstand ich, dass die Besonderheit dieses Programms nicht nur in seinen finanziellen Förderungen liegt, vielmehr stellt es ein Netzwerk

dar, ein Netzwerk des Wissenstransfers, des Dialogs, der Freundschaft zwischen den europäischen Universitäten und ihren Studierenden. Die Teilnahme am Erasmusprogramm ermöglichte es mir, in Paris neue Wissenszugänge sowie neue akademische Traditionen kennenzulernen. Es eröffnete sich mir aber vor allem ein zweites Zuhause, dessen Sprache und Kultur ich verinnerlichte, in dem ich verstehen lernte, was europäische Integration und europäische Vielfalt bedeutet. Denn nicht nur musste ich mich in ein neues Land und in eine andere Kultur integrieren, gleichzeitig fungierte ich selbst als Botschafterin meiner eigenen Kultur, Sprache, Universität.

Im Austausch mit meinen Erasmuskolleginnen und -kollegen nahm die Auseinandersetzung mit der EU, mit ihren Meriten, aber auch ihren Herausforderungen einen großen Stellenwert ein. Die Bandbreite dieser Gespräche reichte von begeisterten Praktikumserfahrungen in diversen EU-Institutionen, Reiseberichten, EU-Fernbeziehungen bis hin zu intensiven Diskussionen über die Zukunft unserer Union. Nicht zuletzt bei gemeinsamen Abenden pflegten wir ungezwungen den europäischen Dialog, offerierten uns gegenseitig neue Perspektiven, lernten die Sorgen und Herausforderungen anderer EU-Bürgerinnen und -Bürger kennen.

Mein Aufenthalt in Paris hat mich selbstständig, ja ein Stück weit erwachsener gemacht, meinen politischen Blick auf die EU und Europa bereichert. Er hat mir Freundschaften in Paris, aber auch in ganz Europa beschert, mein europäisches Netzwerk erweitert. Er hat mir gezeigt, dass das Europamotto „In Vielfalt geeint“ nicht treffender gewählt sein könnte, denn die EU macht räumliche, physische wie mentale Distanzen in Europa geringer, sie erzeugt ein Gefühl von Gemeinschaft zwischen den europäischen Staaten, gibt ein bestandssicheres Fundament.

Brexit – Gefühl des Zusammenhalts infrage gestellt

Der dritte, für mich ebenso prägende EU-Moment stellte der Ausgang des Brexitreferendums am 23. Juni 2016 dar: Mit der knapp mehrheitlichen Entscheidung der Briten, nicht mehr Teil der EU sein zu wollen, wurde die Union in ihren Grundfesten erschüttert. Europaweit grassierte Bestürzung und ein Gefühl der Unsicherheit – der drohende Brexit verdeutlichte so stark wie nie zuvor, was es heißt, wenn eine Gemeinschaft im Inneren bröckelt, wie sehr die EU leidet, wenn das Gefühl des

Zusammenhalts infrage gestellt wird. Im Austausch mit meinen ehemaligen britischen Erasmuskolleginnen und -kollegen vernahm ich nicht nur Ratlosigkeit, sondern auch eine Spur traurige Überraschung, wie gering die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der EU oftmals ausgeprägt ist. Zum ersten Mal war auch ich mit dem Gedankenspiel konfrontiert, was es heißen würde, plötzlich nicht mehr Teil der EU zu sein. Ein Dasein Österreichs außerhalb der Europäischen Union ist für mich nicht denkbar, denn die Weichen für die Zukunft Europas werden jetzt gestellt. Wir leben in einem Zeitalter der Brüche, des rasanten gesellschaftlichen Wandels – die Warnsignale gesellschaftlicher Konflikte sind auch in der EU omnipräsent. Um den Herausforderungen gewachsen zu sein, gilt es, über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg eine europäische Handlungsstrategie zu entwickeln, tief greifende Reformen durchzusetzen, eine gemeinsame Stimme nach außen zu entwickeln. Um es mit den Worten von Helmut Kohl zu sagen:

„Wir alle brauchen die Europäische Union vor allem deshalb, weil wir anders nicht oder nur unzureichend den Herausforderungen von heute und morgen begegnen können. Nur wenn Europa mit einer Stimme spricht und seine Kräfte bündelt, kann es sein Gewicht angemessen zur Geltung bringen.“¹

Überzeugte, ja glühende Europäerin

Komme ich nun wieder zu meiner anfangs postulierten These zurück, nämlich, dass diese EU-Momente mein Verhältnis zur Union nachträglich geprägt und intensiviert haben, so möchte ich ihre Auswirkungen auf meine Wahrnehmung nochmals pointieren:

Diese positiven wie negativen Momente haben mich nicht nur verstehen, sondern vor allem aktiv spüren lassen, was es heißt, Teil dieser Gemeinschaft, dieser europäischen Idee zu sein. Sie haben mich zu einer noch überzeugteren, ja glühenden Europäerin gemacht.

Diese Erfahrungen haben mich zu der festen Überzeugung gebracht, wie wichtig es ist, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Begeisterung, eine emotionale Identifizierung mit der EU verspüren. Dass die EU nicht nur als zweckdienliche Wirtschaftsunion, sondern zuvorderst als Wertgemeinschaft gesehen wird.

Hierin resultiert meines Erachtens gleichzeitig auch eine der großen Herausforderungen der EU, sowohl für ihre Institutionen als auch für ihre Politikerinnen und Politiker, denn in der Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger dominiert oftmals ein emotionsfreier, resignierter, ja gleichgültiger Zugang zur EU. Es gilt, ihre Begeisterung für die EU zu stärken, ihnen das Gefühl zu geben, ihre Interessen bzw. Anliegen seien hinreichend vertreten. Ziel muss es sein, ein europäisches Band zu knüpfen, in dem alle Länder an einem gemeinsamen Strang ziehen.²

Eine 2017 durchgeführte Standard-Eurobarometer-Umfrage ergab, dass sich 68 Prozent der Befragten als EU-Bürgerinnen und Bürger fühlen. 56 Prozent stehen der Zukunft der EU mit Optimismus gegenüber – die Einstellung der Europäerinnen und Europäer ist somit wieder im Aufschwung, der Glaube an die EU wächst. Es gilt, diese Dynamik zu nutzen, die Erfolge der EU angesichts der Präsenz euroskeptischer Parteien umso mehr herauszustreichen und nicht nur den Verstand, sondern vor allem auch das Herz der Bürgerinnen und Bürger für die EU einzunehmen.

Besonders meiner Generation obliegt es, den europäischen Gedanken nicht nur passiv zu leben, sondern aktiv zu kultivieren, die Errungenschaften der Union stets hochzuhalten und in einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit für ihre demokratische Legitimität zu kämpfen. Kein EU-Staat ist in unserer globalisierten Welt mit ihren Herausforderungen groß genug, um sich alleine zu behaupten und unseren Werten Geltung zu verschaffen. Denn die EU ist nicht nur Straßburg oder Brüssel. Die EU sind nicht die anderen, sondern wir alle.

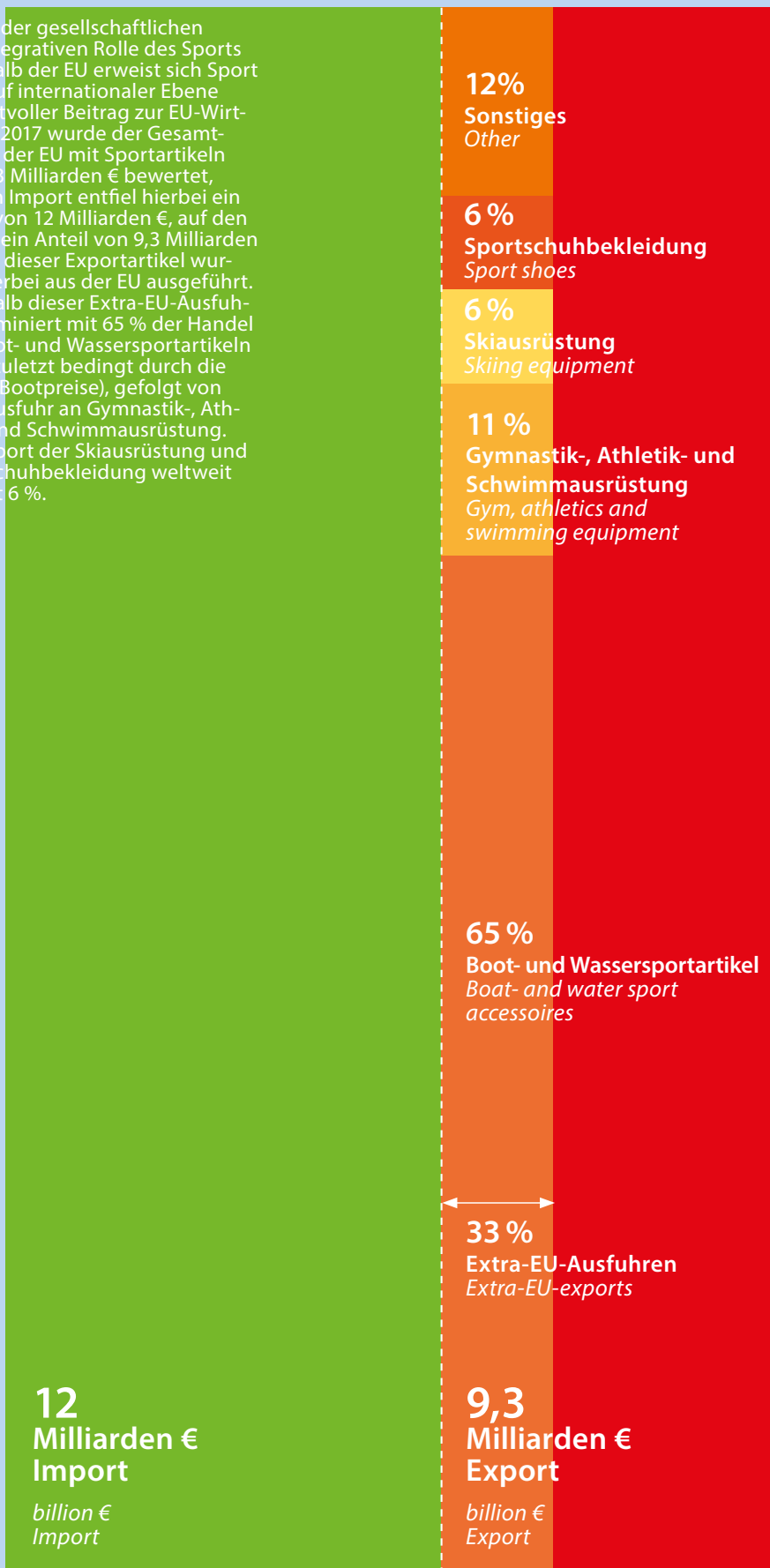
QUELLENHINWEISE

¹ Vortrag im St. Antony's College in Oxford, 11. November 1992.

² Europäische Kommission, Standard-Eurobarometer 87, 2017.

**DER WIRTSCHAFTLICHE
EINFLUSS DES SPORTS –
EXTRA-EU-EXPORT
VON SPORTARTIKELN (2017)**

Neben der gesellschaftlichen und integrativen Rolle des Sports innerhalb der EU erweist sich Sport auch auf internationaler Ebene als wertvoller Beitrag zur EU-Wirtschaft. 2017 wurde der Gesamt-handel der EU mit Sportartikeln auf 21,3 Milliarden € bewertet, auf den Import entfiel hierbei ein Anteil von 12 Milliarden €, auf den Export ein Anteil von 9,3 Milliarden €. 33 % dieser Exportartikel wurden hierbei aus der EU ausgeführt. Innerhalb dieser Extra-EU-Ausfu-hren dominiert mit 65 % der Handel mit Boot- und Wassersportartikeln (nicht zuletzt bedingt durch die hohen Bootpreise), gefolgt von 11 % Ausfuhr an Gymnastik-, Ath-letik- und Schwimmausrüstung. Der Export der Skiausrüstung und Sportschuhbekleidung weltweit beträgt 6 %.



**12
Milliarden €
Import**

*billion €
Import*

**9,3
Milliarden €
Export**

*billion €
Export*

WIE SPORTLICH IST EUROPA? (2014/15)

Sport, sowohl in aktiver als auch in passiver Form, fungiert innerhalb der EU als zentrales verbindendes Merkmal der Identität, das nicht nur zur Verbesserung der Lebensqualität und Gesundheit beiträgt, sondern auch ein wesentliches Instrumentarium im Kampf gegen Rassismus, Ausgrenzung und Ungleichheit darstellt. Im Vertrag von Lissabon (2009) erstmals verankert, erfolgt die EU-Sportpolitik zu großen Teilen im Rahmen des Programms Erasmus+. Umfassende Befragungen zum sportlichen Verhalten der EuropäerInnen ergaben, dass sich im Durchschnitt 44 % der EuropäerInnen mindestens einmal die Woche sportlich betätigen, wobei der Anteil der Sport treibenden Männer mit rund 47 % geringfügig höher ist als jener der Frauen (rund 42 %). Mit knapp einem Drittel (30 %) im EU-Schnitt fällt die Zahl an Zusehern, die im Jahr mindestens einmal ein Livesportevent besuchen, gering aus. Mit 39 % ist hierbei der Schnitt bei den Männern deutlich höher als bei den Frauen (23 %).

Zahl der Europäer (ab 15 Jahren), die sich mindestens einmal die Woche sportlich körperlich ertüchtigen

(Number of Europeans (from 15 years of age) who do sports at least once a week.

47 % Männer / men

44 % EU-Durchschnitt / EU average

42 % Frauen / women

11 % kein Sport / no sports

Zahl der Europäer (ab 16 Jahren), die mindestens einmal im Jahr ein Live-Sport-Event besuchen

Number of Europeans (from 16 years of age), who visit a live-sport event at least once a year.

39 % Männer / men

30 % EU-Durchschnitt / EU average

23 % Frauen / women

38 % keine Sport / no sports

Kurzbiografien

Univ.-Prof. i. R. Dr. phil. Ernst Bruckmüller

* 1945

Studium der Geschichte und Germanistik in Wien, 1969 Dr. phil., 1976 Habilitation, 1977–2010 ao. Prof. bzw. Univ.-Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Wiener Universität. Seit 1991 Vors. d. Inst. für Österreichkunde, seit 2003 korr., 2006 wirkl. Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; 2009–2013 Direktor des Instituts Österreichisches Biographisches Lexikon der ÖAW. Forschungsgebiete: Sozialgeschichte, Agrargeschichte, Geschichte des Bürgertums, historische Biografie, Geschichte der Nationsbildung, Geschichte Österreichs.

Univ.-Prof. Mag. Dr. Michael Gehler

* 1962 in Innsbruck

Leiter des Instituts für Geschichte an der Stiftung Universität Hildesheim und Jean-Monnet-Chair (seit 2006); Forschungsschwerpunkte: Geschichte Tirols und Südtirols, Österreichs, Deutschlands, Europas und der europäischen Integration. Publikationen u. a.: „The Revolutions of 1989. A Handbook“ (2015), gem. m. Wolfgang Mueller und Arnold Suppan; „Europa und die deutsche Einheit“ (2017), gem. m. Maximilian Graf

Alexander Kada (Kadadesign/Kadaconcept)

* 1968

Designer, Ausstellungsgestalter, Markenentwickler, Lehrbeauftragter an der FH Joanneum Graz (Ausstellungsdesign, Industrial Design), zahlreiche Ausstellungsprojekte im Kunst- und Kulturbereich (Auswahl): (Steirischer Herbst, Universalmuseum Joanneum, Graz2003 Kulturhauptstadt Europas, Biennale di Venezia, Berlinale, Berlin, regionale08-Steiermark, Steiermark Schau, Austrian Cultural Forum, New York, Österreichische Nationalbibliothek, Österreichisches Staatsarchiv, Österreichisches Parlament...); Designprojekte für die Industrie (MAGNA, BMW, Vola, Komtech, u.a.), Editorial Design-Buchgestaltung (Auswahl): (Der Marshall-Plan, Der Erste Weltkrieg, 300 Jahre Freimaurer, 650 Jahre Universität Wien, 10 Jahre Vienna Design Week, Österreich in 99 Dokumenten und Urkunden, Der Wiener Kongress), mehrere Staatspreise für Gestaltung.

Dr. Thomas Pankratz

* 1967

Studium der Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und Philosophie. Leiter Referat Strategie, Hauptlehtroffizier und For-

scher am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie.

Umfangreiche Lehrtätigkeit im Rahmen des BMLV sowie Lehrbeauftragter an FH Wr. Neustadt, Universität Wien sowie Universität für Bodenkultur.

Zahlreiche Publikationen mit den Schwerpunkten Strategie und Sicherheit/Sicherheitspolitik.

Paul Schmidt

* 1975

Ist seit September 2009 Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. Davor war er für die Oesterreichische Nationalbank in Wien und in Brüssel tätig. Schmidt studierte Internationale Beziehungen, Politikwissenschaften und Publizistik an Universitäten in Österreich, Spanien und den USA und ist Alumnus der Diplomatischen Akademie in Wien.

Mag.^a Barbara Schrank, MA

* 1994

Barbara Schrank studierte Geschichtswissenschaften und Romanistik an der Karl-Franzens-Universität Graz und am Institut d'études politiques de Paris (Sciences Po) in Paris. Sie forschte an der Karl-Franzens-Universität Graz unter anderem zur Medien- und Kommunikationsgeschichte Europas ab dem 16. Jahrhundert. Derzeit ist sie in der Steiermärkischen Landesregierung im Kulturbereich tätig.

Mag. Herbert Vytiska

* 1944 in Wien

Noch während des Studiums (Mathematik und Darstellende Geometrie) Beginn journalistischer Tätigkeit. Die berufliche Laufbahn startet 1968 beim ORF. Anschließend 1970 bis 1972 Österreichkorrespondent von „Stern“ und „Eltern“. Von 1972 bis 1988 Pressesprecher von ÖAAB-Bundes-, ÖVP-Klub- und schließlich ÖVP-Bundesparteiobmann Alois Mock. 1988 bis 1994 Aufbau des privaten Rundfunks mit Blickrichtung Österreich. 1995 bis 2014 Medien- und Politikberatung (internationale Lizenzverhandlungen, EU-Wahlkampfbetreuung). 2009 bis 2019 Korrespondent für das Nachrichtenportal „EurActiv“ sowie Gastkommentator in österreichischen und deutschen Medien. Generalsekretär des „Vereins zur Dokumentation der Zeitgeschichte“. 2003 Gestaltung der Erst-Ausstellung „Schauplatz Eiserner Vorhang“ (Weitra) Publikationen u. a.: „Der logische Nachfolger“ (1983), „Himmelfahrtskommando“ (1989), „Heimat Europa“ (1994), „Das Balkan-Dossier“ (1997), „Sein Einsatz für Österreich“ (2016), „Vision Österreich in Europa“ (2017), „1989-Europa verändert sein Gesicht“ (2019)

Impressum

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin:

Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Redaktion: Prof. Dr. Andreas Pittler, Mag. Susanne Roth

Grafische Gestaltung (Layout): New Vienna

Grafiken: © Parlamentsdirektion/softworks/Alexander Kada

Korrektur: Mag. Johanna Axmann, Aida Besirevic, BA MA

Druck: Parlamentsdirektion

Wien, im Februar 2020

